

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf., frei ins Ausland.
 Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntag, den 12. Februar 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Kolon-
 zelle oder deren Raum 60 Pf., für
 vollstimmige und gewerkschaftliche Vereins-
 und Beraternotizen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (frei-
 gebrauchte) Wort 20 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schul-
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“

Der Schuldentilgungsschwindel im Reichsetat.

Die „Deutsche Tageszeitung“ gesteht heute, freilich nicht ohne einen Hauch törichter Schimpfereien und abgeschmackter Verlegenheitsphrasen, die runde und nette Tatsache ein, daß die Aufmachung des Reichsetats auf einem plumpen Schwindel beruht. Sie gesteht zu, daß im Etat ein Ausgabeposten von 89,6 Millionen Mark für Tilgung der Reichsschuld angeführt ist, für den es keine Deckung gibt. Sie gibt zu, daß, wenn dieser Betrag an alten Schulden wirklich getilgt werden sollte, die Anleihe um genau den entsprechenden Betrag erhöht werden müßte. Das heißt also: Sollen die 89,6 Millionen Schulden wirklich getilgt werden, wie es durch das Gesetz vorgesehen ist, so genügen nicht die 97,8 Millionen Anleihe, die im außerordentlichen Etat vorgesehen sind, sondern dann muß eben die Anleihe 97,8+89,6 Millionen gleich 187,4 Millionen Mark betragen!

Das ist eine bittere Tatsache, die den Mißerfolg der Reichsfinanzreform so eklatant zutage treten läßt, daß die Regierung im Interesse des schwarzblauen Vlots ein so totales Fiasko nicht rundweg eingestehen möchte, vielmehr durch eine geradezu unglaubliche Anstellung des Etats nach Möglichkeit zu verschleiern sucht. Oder ist es kein plumper Verschleierversuch des Standes unserer Reichsfinanzen, wenn die Regierung durch die Aufstellung des Etats den Anschein zu erwecken sucht, daß nur 97,8 Millionen Mark Anleihe notwendig seien, um den Verpflichtungen für das Jahr 1911 nachzukommen, während in Wirklichkeit eine laufende Lücke von 89,6 Millionen bestehen bleibt?! Wenn sie aus dem Dilemma nur so herauskommt, daß sie entweder die 89,6 Millionen „Schuldentilgung“, die pomphaft unter den Ausgaben des ordentlichen Etats stehen, auch nicht mit einem roten Pfennig tilgt, oder aber statt der Anleihe von 97,8 Millionen eine solche von 187,4 Millionen zu machen genötigt ist?!

Und das unglaublichste ist, daß die „Deutsche Tageszeitung“ eine solche Schwindelbilanz ganz in der Ordnung findet, daß sie sich drei Tage dreht und windet, um den vom „Vorwärts“ und von der „Leipziger Volkszeitung“ entlarvten Schwindel zu beschönigen!

Um zu zeigen, wie ungeheuerlich die Regierung bei der Etataufstellung vorgegangen ist, wie sehr ihre Etataufstellung auf den Versuch einer plumpen Täuschung der Öffentlichkeit hinausläuft, wollen wir die Sachlage noch einmal kurz darstellen.

Der ordentliche Etat balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 2.707.819.913 M. Das heißt, einer Ausgabe von dieser Höhe steht eine Einnahme von der gleichen Höhe gegenüber. Unter den Ausgaben des ordentlichen Etats befindet sich auch der Posten von 89,6 Millionen Mark zum Zwecke der Schuldentilgung. Er ist gleich allen übrigen Ausgabeposten des ordentlichen Etats gedeckt durch die Einnahmen des ordentlichen Etats. Und wie uns die Denkschrift zur Erläuterung des Etats und die Etatsrede des Reichsfinanzreferenters Bernuth zeigt, sollen die 89,6 Millionen Mark Schuldentilgung ihre Deckung finden durch die Ueberschüsse bei der Reichspost, bei den Reichseisenbahnen und die Mehreinnahmen an Zöllen und Steuern. (Stenogramm der 97. Sitzung des Reichstages, Seite 3510). Diese Ueberschüsse sind aber vollständig, ohne einen Pfennig Abzug enthalten in der oben genauer angeführten Einnahmesumme des ordentlichen Etats. Soweit ist gegen die Aufstellung des Etats nicht das geringste einzuwenden. Nun aber kommt das Wunderbare.

Der außerordentliche Etat enthält Ausgaben in Höhe von 217.125.817 M. Diese Ausgaben enthalten, wie wir ausdrücklich hervorheben wollen, die 89,6 Millionen für Schuldentilgung nicht nochmals. Wohl aber finden wir unter den Einnahmen des außerordentlichen Etats verblüffenderweise die 89,6 Millionen Mark für Schuldentilgung nochmals angeführt, die bereits zur Deckung der 89,6 Millionen Mark Schuldentilgung unter den Ausgaben des ordentlichen Etats dienen mußten. Also: die Einnahme von 89,6 Millionen erscheint zweimal als Einnahme! Einmal, um die Schuldentilgung zu decken, und zum zweitenmal, um Deckung zu liefern für die ganz anders geartete Ausgabe des außerordentlichen Etats!

Bekanntlich hat die „Deutsche Tageszeitung“ wiederholt bestritten, daß die 89,6 Millionen, die als besondere Einnahme im außerordentlichen Etat erscheinen, bereits in den Einnahmen des ordentlichen Etats enthalten seien. Wir haben sie ebenso oft in der lebenswürdigsten Weise um den Beweis dafür ersucht! Der Beweis konnte nicht geliefert werden, weil unsere Behauptung stimmt, weil die 89,6 Millionen Mark wirklich schon einmal in den 2,7 Milliarden der Einnahmen des ordentlichen Etats enthalten sind. Die „Deutsche Tageszeitung“ ist denn auch in ihrem letzten Erguß auf diesen springenden Punkt unserer ganzen Darlegung mit keinem Wort mehr eingegangen. Da sie trotz unserer Aufforderung, ihren Lesern doch einmal mitzuteilen, um was es sich bei unserer Auseinandersetzung mit ihr überhaupt handelt, diesen Lesern unsere Darstellung ängstlich verheimlicht hat, glaubt sie offenbar diesen

wichtigsten Punkt unserer Darstellung vollständig unter den Tisch fallen lassen zu können! Daß diese Tatsache der doppelten Inrechnungstellung der Einnahme von 89,6 Millionen Mark aber den wichtigsten Punkt, den Angelpunkt der ganzen Angelegenheit bildet, ergibt sich aus dem folgenden:

Wenn die 89,6 Millionen, die bereits in den Einnahmen des ordentlichen Etats enthalten sind, wirklich zur Deckung des Ausgabepostens von 89,6 Millionen zum Zwecke der Schuldentilgung im ordentlichen Etat verwendet werden, sind sie damit verausgabt, existieren sie nicht mehr. Sie können dann nicht mehr als Einnahme zur Deckung der Ausgaben des außerordentlichen Etats verwendet werden! Da aber dann, wenn die 89,6 Millionen als Einnahme des außerordentlichen Etats nicht mehr in Frage kommen, ein unge deckter Betrag von 89,6 Millionen übrig bleibt, muß die Anleihe in Höhe von 97,8 Millionen um weitere 89,6 Millionen erhöht werden, ist also zur Deckung der Ausgabe des außerordentlichen Etats nicht eine Anleihe von 97,8 Millionen, sondern eine solche von 187,4 Millionen erforderlich.

Es gibt also nur ein Entweder-Oder. Entweder werden die 89,6 Millionen zu tilgender Schulden nicht getilgt — und dann ist es ein unerhörter Schwindel, diesen Posten überhaupt unter den Ausgaben des ordentlichen Etats aufmarschieren zu lassen — und die 89,6 Millionen werden zur Deckung der Ausgaben des außerordentlichen Etats verwendet; oder aber die im ordentlichen Etat vorgesehene und durch das Gesetz vom 15. Juli 1909 vorgeschriebene Schuldentilgung erfolgt unter der Bedingung, daß die im außerordentlichen Etat fehlenden 89,6 Millionen durch eine weitere Anleihe in der gleichen Höhe gedeckt werden!

Die Etataufstellung aber erweckt, und das ist eben der Schwindel, für jeden, der nicht gleich uns den Etat mit aller Steyris gründlich durchstöbert, den Anschein, als ob 89,6 Mill. Mark Schulden getilgt würden, ohne daß der Anleihebedarf die Summe von 97,8 Millionen Mark um die volle Höhe von 89,6 Millionen Mark überschreitet!

Wie sich die Regierung, auf diesen unerhörten Schwindel festgenagelt, herauszureden versuchen würde, ist uns natürlich nicht eine Sekunde schmeierhaft geblieben. Das haben wir ja selbst in unserer Mittwochsnnummer durch das Zitat aus der „Leipziger Volkszeitung“ mit aller Klarheit auseinandergesetzt! Die betreffende Stelle des Zitats lautete wörtlich:

„Die gleiche Summe zweimal ausgeben, zur Tilgung der Schuld im ordentlichen Etat und zur Deckung der Ausgaben im außerordentlichen Etat, das geht offenbar nicht, es wäre die reinste Hezerei. Da aber Herr Bernuth unseres Wissens als Gegenwärtiger noch nicht erprobt ist, so muß man schon eine vernünftige Erklärung suchen.“

Die Erklärung ist die: es wird nicht getilgt, kein roter Heller wird auf die Reichsschuld abgezahlt! Es beträgt das faktische Defizit im außerordentlichen Etat 187,4 Millionen. Will man 89,6 Millionen für die Tilgung ausgeben, dann muß man diese 187,4 Millionen pumpen. Es würde sich also die verhasste Manipulation aus den Jahren 1890 bis 1899 wiederholen. Herr Bernuth umgeht das und verwendet einfach die 89,6 Millionen Mark nicht zur Tilgung, sondern zur Deckung der außerordentlichen Ausgaben. Das geht auch aus dem Gesetze über den Etat klar hervor. Dort heißt es nämlich in § 2: „Der Reichsanleger wird ermächtigt, zur Verrichtung einmaliger außerordentlicher Ausgaben die Summe von 97.991.412 M. flüssig zu machen. Werden die zur Tilgung der Reichsschuld bestimmten Mittel ganz oder teilweise zum Ankauf von Schuldverschreibungen verwendet, so erhöht sich die im Absatz 1 bezeichnete Kreditsumme um den entsprechenden Betrag.“ Wir anderen Worten: soll getilgt werden, dann kann man nur tilgen, indem man pumpt!

Das ganze Gerede von der Tilgung, all die schönen Tabellen über die Verminderung der Schuld und die Ersparnis an Zinsen ist einfach Bluff.

Wozu das? Et nun, um die Lage günstiger zu malen, als sie ist, um das Defizit geringer erscheinen zu lassen, als es ist, um glauben zu machen, daß es mit der Tilgung erst ist.

Trotzdem wird der Reichstag dieses Etatsgesetz annehmen, denn mit seinem Gesetz vom Jahre 1909 über die Tilgung hat ja der Schnapshotel von vornherein bewußten Schwindel getrieben. Das Resultat ist: es werden neue Schulden gemacht und getilgt wird nichts.

Frägt man: wie tilgt das Reich seine Schulden? so lautet die Antwort: durch Schwindel!

Die „Deutsche Tageszeitung“, die so heftig gegen „Vorwärts“ und „Leipziger Volkszeitung“ polemisierte, weiß denn auch in ihrer Sonnabendnummer nichts Geschickteres zu sagen, als diese unsere Darstellung vollständig zu bekräftigen. Sie schreibt:

„Im ordentlichen Etat für 1911 hat sich ein Ueberschuß von 89,6 Millionen Mark ergeben. Dieser Ueberschuß muß (??) hier, um Einnahmen und Ausgaben zu balancieren, natürlich als Ausgabe gebucht werden; und das ist geschehen mit der Bestimmung „zur Schuldentilgung“. Aus naheliegenden Gründen (??) ist dann dieser Ueberschuß als Einnahme in den außerordentlichen Etat übernommen worden, um in erster Linie zur Verminderung des dort herrschenden Anleihebedarfs, also notwendiger neuer „Schulden“ zu dienen. Soweit aber doch die 89,6 Millionen zum Ankauf von Schuldverschreibungen, also zur Tilgung alter Schulden verwendet werden sollten, muß — so wird im Etatsgesetz weiterhin natürlicher- und notwendigerweise bestimmt — die Anleihe für Zwecke des außerordentlichen Etats erhöht werden.“

Wenn die „Deutsche Tageszeitung“ weiter nichts beachtete, als unsere Kritik an der Schwindelbilanzstellung des Etats dergestalt schließlich vollinhaltlich zu bekräftigen, so hätte es für sie eines so großen Aufwandes in Worten wahrhaftig nicht bedurft!

Aber freilich, die „Deutsche Tageszeitung“ tut noch immer so, als ob die Etataufstellung, trotzdem sie schließlich auf nichts anderes hinausläuft, als den Lesern Potemkinsche Dörfer vorzuspiegeln, ihnen nämlich entweder eine Schuldentilgung vorzugaukeln, die gar nicht erfolgt, oder aber einen neuen Haump zu verschleiern, ganz den etatismäßigen Usancen entspräche!

Das aber ist denn doch eine Dreistigkeit ohne Gleichen! Eine Handelsgesellschaft, die mit solchen Bilanzen arbeiten würde, die einfach eine nicht vorhandene Summe von 89,6 Millionen in den Etat einstellte, um dann an anderer Stelle und mit halben Worten zu bemerken, daß diese Art der Bilanz nur eine rein buchmäßige sei, nur auf dem Papier existiere, würde zweifellos die Bekanntheit des Straftatbestandes machen. Solche Schwindelbilanzen aber, die sich kein Kaufmann, keine Aktiengesellschaft leisten dürfte, sollten für den Etat des Reiches erlaubt sein?

Wir sagten, daß die Bemerkung im § 2, daß, falls die 89,6 Millionen ganz oder teilweise zur Schuldentilgung Verwendung finden, dann die Kreditsumme, d. h. die Anleihe, um den entsprechenden Betrag zu erhöhen sei, die wirkliche Sachlage nur mit halben Worten andeutet. Dem ist wirklich so. Denn es handelt sich ja gar nicht etwa nur um die bloße Möglichkeit, daß die vorgesehene Tilgung der Reichsschuld nicht erfolgen könne, ohne daß eine Erhöhung der Anleihe notwendig sei, sondern es war von vornherein ja ganz klar, daß es hier nur ein glattes Entweder — Oder gibt. Soll die Schuldentilgung in dem Maße erfolgen, wie es die Ausgabe des ordentlichen Etats auf Grund des Gesetzes vom 15. Juli 1909 verlangt, so bleibt eben von den 89,6 Millionen kein roter Pfennig mehr zur Deckung der Ausgaben des außerordentlichen Etats übrig. In diesem Falle müßte unter allen Umständen die Anleihe um die 89,6 Millionen erhöht werden! Wenn das aber von vornherein klar war, wozu dann die ganze trampfahne Kunstlei des Etats, wozu dann die absurde Fälschung des Etats dadurch, daß man dieselbe Summe zweimal als Einnahme aufmarschieren ließ?!

Wozu? Nun, wir haben von Anfang an keinen Zweifel darüber gelassen. Einfach deshalb, um die finanzielle Lage des Reiches günstiger erscheinen zu lassen, als sie in Wirklichkeit ist! Um der Öffentlichkeit blauen Dunst vorgumachen, um möglichst zu verschleiern, daß ein rundes Defizit von 100 Millionen vorhanden ist, daß 97,8 Millionen Mark gepumpt werden müssen, ohne daß auch nur ein Pfennig alter Schulden abgetragen werden kann, wie es doch das Gesetz vom Jahre 1909 fordert.

Wir hoffen, daß sich nun endlich auch die bürgerliche Presse der Sache annehmen und gleich uns kategorisch fordern wird, daß künftig dem Reichstage klare, übersichtliche, den Tatsachen entsprechende Bilanzen statt der jetzigen Schwindelbilanz vorgelegt werden, damit der Stand der Reichsfinanzen sofort deutlich in Erscheinung tritt. Was wir in unserem Artikel vom 1. Dezember vorigen Jahres, in dem wir den Bilanzschwindel zum erstenmal entlarvten, forderten, fordern wir auch heute wieder. Nicht nur die Aufstellung einer korrekten Bilanz, sondern auch die Vorlegung einer Uebersicht über die wirklichen Nettoausgaben und -Einnahmen des Reiches.

Vor ein paar Jahren, vor der Reichsfinanzreform, hat sich die Regierung ja bereits einmal zur Vorlegung eines solchen Nettoetats bequemt. Der Reichstag und das Volk haben ein Recht, zu verlangen, daß ein solcher Nettoetat alljährlich vorgelegt wird. Wenn dadurch denjenigen, die an der Verschleierung der Finanzlage des Reiches ein Interesse haben, das Handwerk ershwert wird, um so besser!

Der Kampf der russischen Studenten.

Die Bewegung auf den russischen Hochschulen ist in ein neues, höchst ernstes Stadium eingetreten. Die Studenten der Hochschulen in Petersburg, Moskau und Kiew haben den Beschluß gefaßt, keine Vorlesungen zu besuchen, bis die Regierung ihre reaktionären Verfügungen zurücknimmt und die Besetzung der Hochschulen einstellt. Dieser Beschluß ist nach reiflicher Ueberlegung gefaßt worden, nachdem die Studentenschaft aus den Verfügungen und Repressivmaßnahmen des Ministeriums die Ueberzeugung gewonnen hat, daß die Regierung mit der Protestbewegung der Studierenden auch die Autonomie der Universitäten „liquidieren“ will. Da die Opposition der liberalen Professorenkollegien vollkommen versagte und die echrussische Duma sich natürlich, nach Niederstimmung der sozialdemokratischen Anträge, auf die Seite der Regierung stellte, blieb den Studenten in ihrem Kampfe um die freie Hochschule kein anderer Weg übrig, als zur Selbsthilfe zu greifen. Sie haben nun in ihrer überwältigenden Majorität den Weg des passiven Widerstandes gegen die Regierung beschritten, um die Hochschulen der Polizei und den echrussischen Hochschülern zu entreißen, die sie, nach dem Muster der Odessaer Universität, zu überschwemmen drohen.

Die Regierung ist schon seit Monaten bestrebt gewesen, ihre Aktion gegen die Hochschulen entsprechend vorzubereiten. Die Regierungspresse schilderte die „revolutionäre Gefahr“ in den Universitäten mit den glühendsten Farben, während die beförderten Handlanger der politischen Polizei in der Odesseer Universität ein Massaker veranstalteten, um den den „Revolutionarismus“ und „Terrorismus“ der „Roten“ nachzuweisen. Dieses Manöver hatte allerdings nur den Erfolg, die frivol-provokationspolitische Politik der Regierung an den Pranger zu stellen. Das hinderte aber das Ministerium Stolypin nicht, seine Aktion in verstärktem Maße fortzusetzen, um in den Universitäten desto schneller „reinen Tisch“ zu machen. Es wurden hierbei dieselben Methoden angewandt, die schon vor 1905 vollständig Bankrott erlitten haben. Der Minister hat in seinem Befehl vom 23. Januar das Versammlungs- und Vereinsrecht der Studierenden auf und degradierte die Professorenkollegien zu Untergeordneten der Polizei. Gleichzeitig verlangte der Unterrichtsminister eine unverzügliche Verstärkung der Aufsichtsbeamten in den Universitäten. Gegen die Studentenschaft selbst wurde mit denselben Mitteln gearbeitet wie in den achtziger und neunziger Jahren, wo man die Protestbewegung der akademischen Jugend durch Verhaftung und Verbannung niederhalten wollte. Die regierenden Gewaltpolitiker sind natürlich außerstande, die tiefen sozialen Ursachen der jetzt ausgebrochenen Studentenbewegung zu erkennen. Anstatt in derselben ein Symptom der politischen Belebung der bürgerlichen Demokratie zu sehen, die sich gegen die unerträglichen Härten des Stolypin'schen Regimes zu organisieren beginnt, sieht die Regierung nur einen Haufen von „Aufrührern“ und „Demonstranten“, die beseitigt werden müssen. Anstatt das drohende Steigen des politischen Barometers zu beachten, zerbricht die Regierung, wie schon oft zuvor, mit brutaler Faust das Barometer, von der törichten Hoffnung geleitet, daß dadurch auch die Ursachen vernichtet werden, die das Steigen des Barometers hervorgerufen haben. Um diese Bewegung zu „liquidieren“, ist es nach Ansicht der Regierung vor allem notwendig, die „Anführer“ ausfindig zu machen und zu beseitigen. Es werden darum in den Ministerien Proskriptionslisten der Studenten und Studentinnen angefertigt, die relegiert und in entfernte Gouvernements verbannt werden. Wie dieser Feldzug gegen die Studentenschaft durchgeführt wird, hat Genosse Bokrowski in seiner letzten Dumarede ausführlich erzählt:

„Der Ministerrat — so erklärte er — führt jetzt einen Vernichtungsfeldzug gegen die Hochschule. Es werden nicht etwa überführte Personen verurteilt, sondern Personen, die auf den von den ecktrüffischen Spionen und den Schußabteilungen schon früher ausgefertigten Proskriptionslisten stehen. Die Schritte, die jetzt in den Hochschulen ergriffen werden, werden sonst nur während einer Kriegsexpedition ausgeführt. Die Regierung relegierte die Studenten nach Listen, die gar nicht nachgeprüft waren. In der Liste der Studenten der Petersburger Universität, die das Unterrichtsministerium mit dem Befehl der Regierung der Universität übermittelte, standen eine Reihe von Personen, die in den Universitätslisten gar nicht zu finden waren. In Tomsk wurden circa 400 Studenten relegiert, die von der Polizei in dem Institut angegriffen wurden. Das ist nichts anderes als die schamloseste Exekution, als ein wilder Raubfeldzug, der keinerlei Rücksicht nimmt. Die Professoren sind jetzt nicht anders, als blinde Vollstrecker der polizeilichen Verfügungen der Regierung in der Universität.“

Die hier geschilderten Zustände illustrieren die infame Willkürherrschaft in den Universitäten, die von den Regierungskreaturen zu dem Zweck eingeführt wurde, um auch die Universitäten in chauvinistische, nationalistische Verhetzungsanstalten, in denen ecktrüffische Professoren ihre bayerischen Agitationsreden halten könnten. Leider hat die liberale Professorenschaft, von kurzfristigen Opportunitätsgründen und ihrer Furcht vor der revolutionären Bewegung geleitet, durch ihr serviles Verhalten den Bestrebungen der Regierung Vorschub geleistet und bereits jeden Kontakt mit der Studentenschaft verloren.

Wenn die Studentenbewegung in den letzten Monaten noch als Ausdruck der beginnenden oppositionellen Stimmung der demokratischen Schichten der Bevölkerung angesehen werden konnte, so hat sie jetzt durch die notwendige Verquickung der demokratischen Forderungen mit den unmittelbaren akademischen Forderungen der Studentenschaft einen stärkeren Rückhalt, eine festere Basis gewonnen. Mag die Bewegung in ihrem Vorwärtsschreiten auch auf Hindernisse, vielleicht auch auf vorübergehende Mißerfolge stoßen, ihr Ergebnis wird sein, daß die Studentenschaft, die sich in den letzten Jahren von dem öffentlichen Leben abzuwenden begonnen hatte, sich

Polizeispitzeleien.

Recht zeitgemäße Erinnerungen sind es, die Genosse Eugen Ernst in einer soeben erschienenen Broschüre*) auffrischt. Zeitgemäß, wenn auch unerfreulich! Denn Genosse Ernst leuchtet an Spion eines reichhaltigen Materials hinein in das unsaubere Getriebe der politischen Polizei mit ihrem Werben von Verrätern und Spitzeln. Wenn auch heute noch dann und wann eine Blase aus dem Sumpfe der politischen Polizei zum Vorschein kommt, das flüssige Zeitalter der Polizeispitzeleien bleibt unbestreitbar die Zeit des Schandgeschehes, das geschaffen wurde, die aufstrebende Sozialdemokratie niederzurufen. Mit welcher skrupellosen Mitteln die mit Korruptionsfonds reich gespickte politische Polizei ihre unsauberen Aufträge durchführte, erzählt der folgende Abschnitt aus der Schrift unseres Genossen:

„Berlin war im Jahre 1888 der Brennpunkt des Spionagesystems; hier wurde das System der politischen Spionage zur höchsten Entfaltung gebracht. Und wiederum die Glanzzeit für dieses staatsbehaltende Ministerium war die Zeit des Sozialistengeschehes. Nur mit Trauer denken heute die Kostgänger des Alexanderplatzes an jene herrliche Zeit. Ja, damals sorgte der Herr noch für die Seinen, da konnte man noch etwas verdienen, heute ist die Sache schon schwieriger. Damals gab es noch Staatsanwälte wie Lessendorf, oder Gerichtshöfe wie die berühmte VII. Deputation des Berliner Stadtrichts, die an einem einzigen Tage, am 8. Juni 1878, sieben wegen Majestätsbeleidigung Angeklagte zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilte. Diese Vertreter des „Rechts“ schritten unbedenken Fragestellungen der Verteidigung einfach ab. Damals wäre sogar der wichtigste Polizeieid nicht leicht als falsch bewiesen worden, so daß wahrscheinlich selbst Herr v. Tausch nicht hängen geblieben wäre.“

„Ach, was waren das noch für herrliche Tage für jedes treue deutsche Polizeigenosse, die Zeiten der Haupt, Schröder, Zähring, Malow und wie jene „Ehrenmänner“ sonst noch heißen. Als die Schiffe des blödsinnigen Hödel und des verrückten

Wieder zu neuen Kämpfen aufrufen wird. Die konter-revolutionäre Regierung will mit der Universitätsautonomie einen der wenigen Ueberreste der Volksbewegung „liquidieren“, die der völligen Wiederherstellung des Absolutismus im Wege stehen. Das Ergebnis wird aber sein, daß auch im russischen Bürgertum neue Reihen von Kämpfern entstehen, die der erstarkenden revolutionären Bewegung des Proletariats große Dienste erweisen können.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. Februar 1911.

Die Gefahr ausländischer Anleihen.

Aus dem Reichstage, 11. Februar. Das Kapital, das bei dem wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß eines Landes sich neubildet und dann zur Anlage drängt, fließt überall dorthin, wo ihm die größten Profite winken, das heißt natürlich die wirklichen Profite nach Abzug der Risikoprämie. Landesgrenzen und nationale Vorurteile respektiert das Kapital dabei nicht im allergeringsten, so kommt es, daß aus allen kapitalistisch höher entwickelten Staaten ein ständiger Abfluß von Kapital nach den minderentwickelten aber aufnahmefähigeren und höhere Profite versprechenden Staaten stattfindet. Die Kapitalisten des kapitalistenreichsten Landes sind damit auch durchweg zufrieden; die Industriellen nur insoweit, als die Kapitalanlage in dem fremden Lande der heimischen Industrie größere Aufträge verheißt. Mit durchaus schlechem Auge sehen dem Kapitalabfluß die Agrarier zu, da für sie das nur eine Zinssteigerung oder doch eine Verhinderung umfassender Zinsverbilligung bei Befriedigung des Kapitalbedarfs für ihre eigenen Betriebe bedeutet. Ihnen wäre es am liebsten, es könnte die Kapitalausfuhr überhaupt verboten werden. Aber schließlich haben auch diese Nutznießer einer kurzfristigen Politik wohl oder übel zu der Einsicht kommen müssen, daß sich keine chinesischen Mauern zur Absperrung des Kapitalverkehrs zwischen den Ländern errichten lassen. Wohl aber haben die agrarischen Politiker auch in Deutschland von jeher sich mit Ideen abgeplagt, die zur Eindämmung des Kapitalabflusses führen können. Ihre Vörsenfeindschaft entspringt zum guten Teil solchen Ideengängen.

Es ist deshalb nicht überraschend, daß eine Interpellation, was getan werden könne gegen die Ueberschwemmung des deutschen Marktes mit fremden Wertpapieren und einen übermäßigen Abfluß deutschen Kapitals nach dem Ausland, von den Konservativen eingebracht und von dem Agrarminister, dem Grafen Kanitz, begründet wurde. Er konnte auf einige verlustbringende Papiere, die in Deutschland Eingang gefunden haben, hinweisen, befürchtete überhaupt einen zu starken Kapitalabfluß und empfahl als Heilmittel die Errichtung einer Zentralstelle in Deutschland zur Entscheidung über die Zulassung ausländischer Emissionen in Deutschland.

Darüber, daß man möglichst suchen müsse, riskante ausländische Spekulationspapiere vom deutschen Geldmarkt abzuhalten, waren mit dem Interpellanten nicht nur der Staatssekretär Delbrück, sondern auch die Vertreter aller Parteien, einschließlich der Sozialdemokratie, einverstanden. Aber mit seinen weitergehenden Forderungen fand er doch nur bei dem Vertreter des Zentrums, Herrn Speck, und den Antisemiten Unterstützung. Für die Sozialdemokratie erklärte Genosse Frank, daß es eine aussichtslose Utopie sei, der im Wesen der kapitalistischen Entwicklung begründeten stetigen Zunahme der Verästelung der nationalen Kapitalmassen untereinander durch irgendwelche am grünen Tisch ausgefonnene Maßregeln entgegenwirken zu wollen. Das Kapital sei vaterlandlos durchaus. Diese Kapitalverästelung enthalte außerdem eine große Friedensbürgschaft. Wohl aber liege es im Interesse Deutschlands, daß die sozialdemokratische Forderung eines Ausschusssamts für das Bankwesen in Erfüllung gehe. Nachdem noch Herr Dove (Sp.) den agrarischen Ueberlieferungen entgegengetreten war, wurde nach einer siebenstündigen Debatte die Beratung vertagt, d. h. tatsächlich geschlossen.

Am Montag beginnt die Staatsberatung mit dem Marineetat.

Aus dem Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus erledigte am Sonnabend zunächst in erster und zweiter Lesung den Gesetzentwurf über die Bewilligung weiterer 12 Millionen Mark zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Staatsarbeitern und Beamten. Während die Redner aller bürgerlichen Parteien für die Vorlage eintreten, erklärte sich namens der Sozialdemokraten Genosse Hirsch

Rohling gefallen waren, sah Bismarck die Zeit gekommen, wo er die Herrschaft der Junker befestigen und Deutschland ihnen durch Schutzpolizei tributpflichtig machen konnte. Die Junker haben starke Nerven, und als sie nach den Attentaten die Furcht der Bourgeoisie sahen, rechneten sie bei ihren Entwürfsreden kaltblütig nach, wieviel sie bei dem Geschäft verdienen und wie sie das vor Angst bebende Bürgertum vor ihren Wagen spannen konnten. Das Sozialistengesetz wurde gemacht, nicht wegen der Attentate, nein, lediglich, um die aufstrebende Arbeiterklasse in ihren berechtigten Forderungen niederzuhalten, um sie rechtlos und damit widerstandslos machen zu können. Die Sozialdemokratie nahm den hingeworfenen Hebelhandschuh auf und stolz antwortete sie nach Erlass des Gesetzes: „Wir sind, was wir waren, und wir bleiben, was wir sind!“ Aber die Reaktion feierte jahrelang wahre Orgien der Bestialität.

Als Speie die Hölle ihre Insassen aus, so warfen sich die Spitzel und Spitzeln, diese Prostituierten des Charakters, auf die deutsche Arbeiterbewegung. Treue, Wahrhaftigkeit, Redlichkeit im Augenblick verneinend. War der „Sozialdemokrat“ doch genötigt, den Briefschreibern in Deutschland warnend besondere Vorsichtsmaßregeln vorzuschlagen, damit das Briefgeheimnis gewahrt blieb. Eine Hochschule für Polizeispitzelerie wurde von Bismarck in Berlin errichtet, und sein Vetter Puttkamer war der berufene Lehrer. Ihm zur Seite standen die Polizeikräfte, Inspektoren und dergleichen: Saltenbach, Rühlhausen, Rumpff, Frankfurt a. M., Engel, Altona, Krieger, Roggeburg, Gehret, München (der sogar von den Bürgerlichen der „Reineidmichel“ genannt wurde) und der größte von allen: der Polizeirat Krüger. Berlin mit seinem Freunde v. Hake.

Krüger war es, dessen Fähigkeit zur Leitung der Geheimpolizei Bismarck, der „Heros des Jahrhunderts“, zuerst entdeckte. Krüger war bis 1870 noch Orchestermitglied am damaligen Bahnhofs-Theater, dann trat er in den Dienst der Geheimpolizei. Als der frühere preussische Gesandte in Paris v. Arnim durch Bismarck angeklagt war, sah er in die Schweiz. Hier schrieb er eine Broschüre: „Um Nichts“, die seiner Verteidigung dienen sollte. Die preussische Regierung wollte um jeden Preis den Vertrieb der Broschüre hindern und mußte zu einem Vorgehen gegen sie den Anhalt kennen. Krüger fuhr nach Jülich, bestach einen Lehrling der Buchhandlung Schabelitz, die den Verlag hatte, und erhielt dadurch die Korrekturen zugeschiebt. Durch diese Verleitung zum Treubruch und zum Verrat von Geschäftsgeheimnissen war dem jungen Mann für sein ganzes Leben zwar das Rainschloß des Verräters aufge-

bei aller Anerkennung der Bedeutung gesunder Wohnungen aus prinzipiellen Gründen gegen den Entwurf, da erfahrungsgemäß diese Art von Wohlfahrtsrichtungen oft zur Wohlfahrtsplage wird und den Arbeitern und Beamten Fesseln anlegt. Er betrieb sich dabei besonders auf die im Vorjahre vom Zentrum angeführten Fälle von Terrorismus gegen Arbeiter, die wegen Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte aus der Arbeit entlassen und gleichzeitig zur Räumung ihrer Werkwohnungen gezwungen wurden. Das hinderte das Zentrum natürlich nicht, der Vorlage mit Befestigung zuzustimmen — wieder ein Beweis von der Arbeiterfeindschaft der schwarzen Garde.

Der Budgetkommission überwies das Haus die Vorlage betr. eine Anleihe zur Erweiterung der Anlagen der Staatsbergverwaltung. Diesmal war unsere Fraktion in der Lage, ihr grundsätzliches Einverständnis mit dem Vorgehen der Regierung zu erklären. Genosse Hoffmann erklärte mit allem Nachdruck, daß die Schätze der Erde der Gesamtheit gehören, er bekämpfte den Privatbesitz an Bergwerken und forderte die Ausgestaltung der Staatswerke zu Musterwerkstätten, die sie heute noch nicht sind, die sie aber in einer demokratisch organisierten Gesellschaft werden können.

Nachdem noch der Gesetzentwurf betr. die Erweiterung des Stadtkreises Erfurt der Gemeindefraktion überwiesen war, bewilligte das Haus die Einnahmen des Etats des Ministeriums des Innern. Die Generaldebatte zum Etat des Ministeriums des Innern beginnt Montag.

Zur elsass-lothringischen Verfassungsfrage.

Die „Straßburger Post“ veröffentlicht in ihrer heutigen Mittagsausgabe einen von dem Wolffschen Telegraphenbureau weiterverbreiteten offiziellen Leitartikel „Reichsland oder Kaiserland“ betitelt, der sich mit dem in der Reichstagskommission für die elsass-lothringische Verfassungsreform zur Annahme gekommenen Zentrumsantrag auf Erhebung Elsass-Lothringens zum gleichberechtigten Bundesstaat beschäftigt.

In diesem Artikel wird ausgeführt, daß die Erhebung von Elsass-Lothringen zum Bundesstaat, ganz einerlei in welcher Form, für den gegenwärtigen Zeitpunkt vollkommen ausgeschlossen sei. Die Verbündeten Regierungen würden, darüber besteht kein Zweifel, eher auf eine Weiterberatung der Vorlage verzichten, als auf der Grundlage des jüngsten Kommissionsbeschlusses im Plenum weiter verhandeln. Dieser Beschluß der Kommission zu dem grundlegenden ersten Paragraphen des Verfassungsentwurfes würde natürlich für die weitere Ausgestaltung der Vorlage seine Konsequenzen haben und eine völlige Umwandlung aller wichtigsten Bestimmungen nach sich ziehen. Das alles würde wertvolle Arbeit sein, da auf dieser Grundlage eine Verfassung für Elsass-Lothringen in absehbarer Zeit bestimmt nicht zustande kommen wird. Sicherlich sei der Bundesrat bereit, einer Vorlage für Elsass-Lothringen zuzustimmen, die unter Wahrung der Reichsinteressen dem Lande eine wesentlich größere Selbständigkeit verleihe und dabei die Möglichkeit einer Zukunftsentwicklung zum Bundesstaat offen halte. Doch könne dies nur auf dem Boden von Vorlagen, wie sie aus dem Bundesrat hervorgegangen sind, geschehen, Ueber Einzelheiten werde sich dabei reden lassen. Insbesondere würde man die Frage der Bundesratsstimmen stärker in den Vordergrund schieben dürfen, aber an dem staatsrechtlichen Charakter Elsass-Lothringens als Reichsland werde man im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht rütteln dürfen, wenn man überhaupt etwas Positives schaffen wolle. Alle Anträge, und wenn sie mit noch so großer Mehrheit angenommen würden, die an der Stellung des Kaisers als Träger der Staatsgewalt rütteln wollen, seien nur geeignet, das ganze Verfassungswerk zu Fall zu bringen.

Der Artikel der Post schließt: „Die Verbündeten Regierungen werden vorläufig nicht auf ihr gemeinsames Beistehen im Reichsland verzichten. Die Reichsgesetzgebung bleibt für absehbare Zeit der entscheidende Faktor auch für die elsass-lothringische Verfassung. Es ist ein neuer Uebergangszustand, der durch diese Vorlage geschaffen wird, aber er bedeutet einen großen Fortschritt und trägt die Kräfte der weiteren Entwicklung in sich. Und diese Entwicklung kann nur ein Ziel haben: Elsass-Lothringen muß vollberechtigter Bundesstaat werden neben den übrigen, aber nicht eine kleine Duodezmonarchie oder ein Statthalterland im Sinne der alten Kleinstaaten. Der Bundesstaat Elsass-Lothringen muß eine stolzere Zukunft haben als Kaiserland, soll er sich einst dem Deutschen Reich angegliedern, selbständig wie alle anderen Bundesstaaten,

drückt, aber das verursacht dem Polizeirat Krüger durchaus keine Beweinenswürdigkeit, so wenig es seinen Nachfolgern Bedenken machte, einen ähnlichen Versuch mit einem Voten des „Vordrucks“ anzustellen. Seine Aufgabe war, sich in den Besitz der Broschüre zu setzen, die dann zur Beurteilung dieses Feindes von Bismarck ausgenutzt wurde. Krüger verstand es auch, gefährliche Verschönerungen auf Lager zu halten und natürlich sie vor Ausführung zu entscheiden. Dieses „Entdeckertalent“ betätigte Krüger zum Beispiel 1881 in Genf. Hier erschien er, um den neugeworbenen Polizeispitzeln Haupt zu unterweisen, wie er zur Begründung der Notwendigkeit einer Verlängerung des Sozialistengesetzes brauchbares Material liefern könne. Haupt, ein preussischer Deserteur, war etwas ägernd bei der Beschaffung von Material. Deshalb schrieb ihm erst der Polizeikommissar von Hake: „Wir sind unzufrieden mit Ihnen, Ihre Berichte sind nichtislegend. Wir müssen mehr haben.“ Aber trotz der Ermunterung wollte Haupt seine früheren Freunde noch nicht der Polizei denunzieren, weshalb der Polizeirat Krüger ihm schrieb: „Dies seien keine Berichte, sie betreffen nur die Sache; er wolle Mitteilungen über Personen haben.“ Haupt kam dann auch bald zum Spitzeln herab. Krüger trug ihm auf, auch die Polen und Russen zu bespitzeln, und die ganze Tiefe seines Polizeigenossens offenbarte Krüger in dem guten Rat: „Sie sind ja ein baumstarker Mensch, lassen Sie die Kerle über den Haufen, führen Sie die selben nach Hause, bleiben Sie in deren Zimmer des Nachts, so bekommen Sie das Nötigste.“

Auf diese biedere Art ermunterte das Polizeigenosse Krüger den Haupt zu größeren Taten. Als dieser trotz der Erhöhung seines Jahreslohnes noch gewisse Bedenken hatte, beruhigte Krüger ihn aus dem reichen Schatze seiner Erfahrungen: „Machen Sie sich an die Arbeit; ich versuche vollkommen, daß Sie noch von Humanitätsrücksichten geplagt werden. Das wird sich schon verlieren; arbeiten Sie nur fort.“

Krüger suggerierte dem Haupt auch, daß das nächste Attentat gegen den Baron von Genf ausgehe, also von dem Orte der Tätigkeit Haupt; er brauchte nämlich dahingehende Berichte, da die deutsche Regierung das Schweizer Klotzdißkreditieren wollte.

An einem zweiten Polizeiklumpen, den Fischer Schröder, sandte Krüger ein Monatsgehalt von 250 Mark und außerdem Mittel zur Anschaffung von Dynamit und zur Herstellung der anarchistischen Zeitung „Freiheit“. Wurden doch bei Schröders Entlassung noch Dynamitpatronen aus der preussischen Dynamitfabrik Opladen gefunden,

*) Polizeispitzeleien und Ausnahmegerichte. 1878—1910. Ein Beitrag zur Geschichte der Bekämpfung der Sozialdemokratie von Eugen Ernst. Mit Illustrationen. Preis 1,25 M. Verlag Buchhandlung Vorwärts Berlin SW. 68.

mit eigener Gesetzgebung und mit dem Rechte, das man ihm auf die Dauer nicht vorenthalten kann, auch über seine eigene Verfassung auf dem Wege der Landesgesetzgebung zu bestimmen. Aber an der Spitze des Landes wird dann als Landesherr der deutsche Kaiser stehen, und als Kaiserland wird Elsass-Lothringen würdig seinen Platz einnehmen unter den deutschen Bundesstaaten."

Verstärkt wird diese offiziöse Auseinandersetzung durch eine Notiz an der Spitze der letzten Nummer der „Nordb. Allgem. Ztg.“, in der ebenfalls erklärt wird, daß die Regierung eher den Verfassungsentwurf fallen lassen werde, als die Beschlüsse der Kommission zu akzeptieren:

Die Verhandlungen in der Reichstagskommission über den elass-lothringischen Verfassungsentwurf haben eine Wendung genommen, die nach dem Ergebnis der ersten Lesung nicht vorausgesehen werden konnte. Allerdings war schon im Reichstage von den verschiedensten Seiten die Erhebung Elsass-Lothringens zum selbständigen Bundesstaate als letztes Ziel der Entwicklung bezeichnet worden, und auch vom Bundesratstische wurde darauf hingedeutet, daß dieses Ziel schon der Politik Bismarcks vorgeschwebt habe. Aber man durfte doch zu dem Eindruck gelangen, daß auch im Reichstage die politischen und staatsrechtlichen Schwierigkeiten gewürdigt wurden, welche einer sofortigen Durchführung eines solchen Programms im Wege stehen. Im Widerspruch hiermit hat die Kommission einen Zentrumsantrag angenommen, der einmal Elsass-Lothringen zum selbständigen Bundesstaate erklärt und ihm des weiteren drei Stimmen im Bundesrat zuspricht. Der Vertreter der Verbündeten Regierung hat sofort auf die außerordentlichen politischen und staatsrechtlichen Schwierigkeiten hingewiesen, die sich aus der Annahme dieses Antrages, insbesondere aus der Umwandlung des Reichslandes in einen selbständigen Bundesstaat ergeben würden.

Im Sinne der Ausführungen des Herrn Reichslandtagspräsidenten in seiner Rede vom 28. Januar möchten wir auch an dieser Stelle erneut und dringend vor der Falschheit des „Alles oder Nichts“ warnen, die nicht zum Ziele führen würde.

Die Mahnung richtet sich, deutlich ersichtlich, an das Zentrum, das durch sie erneut vor die Frage gestellt wird, ob es den Wünschen seiner reichsständischen Anhänger folgen oder den Verfassungsentwurf scheitern lassen soll. Vielleicht vollzieht die Zentrumsfraktion von neuem eine Schwertung.

Liberale „Einigkeit“.

Wie in einer ganzen Reihe von Bezirken, ist auch im Bezirk Kassel zwischen den Nationalliberalen und Fortschrittler ein Abkommen über gemeinsame Reichstagskandidaturen getroffen worden. Man bestimmte dort, daß in drei Kreisen der Kandidat von den Nationalliberalen, in zwei dagegen von den Fortschrittler gestellt werden sollte. Der Kreis Warburg, um den der Demokrat Werlach kämpft, wie auch Waldeck-Pyrmont, das den Kampf um das Mandat ausfechten soll, bleiben von den Abmachungen unberührt.

Das Abkommen scheint jedoch bis zur Wahl nicht aufrecht erhalten werden zu können; die liberale „Einigkeit“ wird bald in die Brüche gehen. Denn in zwei von den fünf Kreisen des Bezirkes sind den offiziellen gemeinsamen Kandidaten gegenüber von den nichtkandidierenden Parteien Gegner nominiert worden. So vor einigen Wochen im Kreise Friedlar-Homburg-Ziegenhain, wo die Fortschrittler dem nationalliberalen Bauernbändler Festermann den Göttinger Handelskammerpräsidenten Dr. Raporte entgegenstellten, und neuerdings in Hersfeld-Hünfeld-Rotenburg, das den Fortschrittler zugestanden worden ist, wo aber gegenüber dem Professor Arndt-Franfurt, der nationalliberale Bahnhofsvorsteher Fiedler-Debra kandidieren soll.

Die leitenden Kreise im liberalen Lager sind natürlich ob dieser Rebellion in den eigenen Reihen in größter Verlegenheit. Wir begreifen das. Sie hatten gewiß nicht erwartet, daß ihre friedlichen Abmachungen von den Wählern so bald über den Haufen geworfen würden.

Auch im Kreise Wittenberg-Schweinitz (S. Merleburg) ging die liberale „Einigkeit“ in die Brüche. Dort hat man dem gemeinsamen (fortschrittlichen) Kandidaten den nationalliberalen Hofbesitzer Bamhoff als „ausgezeichnete Kapazität für ländlichen Besitzstand“ gegenübergestellt unter der Motivierung, ein freisinniger Kandidat sei gegenüber der vorandringenden Sozialdemokratie nicht jugkräftig genug.

Wenn das so weiter geht, wird der Liberalismus vor der Wahl vollauf zu tun haben mit der Schlichtung des Prozesses um die Mandate in den eigenen Reihen. Da wird schließlich aus dem angestrebten „Kampf gegen rechts“ überhaupt nichts, und außerdem scheint unter den obwaltenden Umständen auch bitter wenig Aussicht vorhanden zu sein für die Erfüllung der „gemeinsamen liberalen Träume“ von den zweihundert Reichstagsmandaten!

Endlich erreichte auch diesen geliebten Fuchs die Remesse. Am Dezember 1887 waren unsere Genossen Singer und Bebel in der Lage, den Vertreter der preussischen Geheimpolizei in seiner ganzen Glorie dem Reichstage vorzuführen. Der schweizerische Polizeihauptmann Fischer hatte ihnen amtlich folgende Praktiken preussischer deutscher Polizeimethoden bestätigt:

1. Daß Schröder schon seit Jahren im Dienste der Berliner Polizei steht, anfangs monatlich 300 M. Gehalt und in den letzten Jahren 250 M. pro Monat erhalten hat.
2. Daß er das Geld auf Anweisung des Polizeipräsidenten Krüger in Berlin empfangen, seine Berichte an den Polizeibeamten Krüger gefandt hat.
3. Daß bei Schröder bei der Hausdurchsuchung eine Riste Dynamit aus der Dynamitfabrik Opladen, Regierungsbezirk Düsseldorf, stammend, gefunden wurde, die Schröder von den Anarchisten Eiter und Wübbeler empfing.
4. Daß Schröder mit den Anarchisten Stellmacher, Kammerer, Kaufmann, Kimmel und anderen genau bekannt war und in intimen Beziehungen stand und im Herbst 1883 einer in Zürich stattgehabten Konferenz der Schweizer Anarchisten beizuhöhen, bei der auch die Genannten zugegen waren.
5. Daß seine Verbindung mit der Berliner Polizei der Anarchist Kaufmann vermittelte und nach Schröders Aussage auch Kaufmann im Dienste der Berliner Kriminalpolizei arbeitete.
6. Daß Schröder auch mit den Anarchisten Peuser und Rebe in persönlichen Beziehungen, mit dem Anarchisten Julius Schwab in New York in brieflichem Verkehr stand.
7. Daß Schröder alle neu erscheinende sozialistische und anarchistische Literatur für die Polizei anzuschaffen und dieser sofort einzuliefern hatte; daß er die bezüglichen Versammlungen der erwähnten Richtungen zu überwachen und die darin anwesenden Personen zu denunzieren hatte.
8. Daß Schröder in Versammlungen und Wirtschaften die Arbeiter durch seine Reden erregt und ausgebeutet und sie auf den Weg der Gewalt, als das einzige Mittel zur Rettung, verwiesen und zur „Propaganda der Tat“ aufgefordert hatte.

Und bezüglich Haupt:

1. Daß Haupt zugehört, seit vollen sieben Jahren im Dienste der Berliner Polizei zu stehen, anfangs in Paris tätig war, dann nach Genua überwechselte.
2. Daß der Polizeipräsident Krüger den Haupt im Jahre 1881, und der Polizeipräsident Gode ihn im Jahre 1884 persönlich besuchten und ihn instruiert haben.

Aus der konservativen Partei.

In dem Vorstand der konservativen Partei hat die Richtung Heydebrand sehr völlig die Herrschaft erlangt. Wie die „Konserv. Korresp.“ meldet, tagte am Donnerstag der „Weiterer Vorstand“ der konservativen Partei (Fünfziger-Ausschuß) unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung im Reichstagsgebäude. Es wurde mitgeteilt, daß der bisherige langjährige Vorsitzende der Gesamtpartei, Landesdirektor Febr. v. Mantuffel, aus Gesundheitsrückichten sein Amt niedergelegt hat. Der Weiterer Vorstand nahm mit Bedauern hiervon Kenntnis. Es wurde beschlossen, die Führung der Parteigeschäfte den bisherigen Mitgliedern des Geschäftsführenden Vorstandes, den Herren v. Heydebrand, v. Kormann und Stadmann zu übertragen.

Im Engeren Vorstände der Partei wird Herr Febr. v. Mantuffel auf seinen Wunsch verbleiben.

Der neue Oberpräsident von Westfalen.

Nach der „Köln. Volksztg.“ ist als Nachfolger des ausscheidenden Oberpräsidenten von Westfalen, Freiherrn von der Recke, der derzeitige Unterstaatssekretär im Ministerium der öffentlichen Arbeiten, Freiherr v. Coels aussersehen, der bereits früher Regierungspräsident in Arnberg war.

Elbing-Marienburg.

Bei der Landtagswahl im Kreise Elbing-Marienburg hat die konservative Partei eine entschiedene Niederlage erlitten. Zwar ist das Landtagsmandat, das bekanntlich Herr Glard v. Oldenburg-Januschau niedergelegt hatte, wieder einem Konservativen zugefallen, aber sein Gegner, der Kompromißkandidat der Gemäßigtenkonservativen und der Liberalen hat nur 98 Stimmen weniger zu verzeichnen. Es erhielt nämlich der Kandidat des Herrn Glard v. Oldenburg 297, der Gegenkandidat, der Stadtforstrat Schröder, 201 Stimmen. Daß die „Kreuzztg.“ trotzdem das Risiko leugnet und einen Erfolg der konservativen Sache herausrechnet, ist begreiflich. Sie schreibt:

„Die Liberalen hatten sich von der Erhebung der Aufrehrung für ihre Sache so viel versprochen. Und in dem Wahlkreise selbst ist so intensio zugunsten des „vaterländischen“ Kandidaten gearbeitet worden, daß man auf der linken ganz andere Erfolge erwartete. Gewiß ist es zu bedauern, daß bei den Wahlergebnissen für einige ausgeschiedene Wahlmänner die konservativen Gegner in der Mehrzahl der Fälle gesiegt haben. Aber die Zurechnung und Vergebung der Wähler war eine zu starke, als daß ihr durch sachliche Gründe hätte begegnet werden können. Ist es doch wahrlich ein starkes Stück, daß die „vaterländischen“ Agitatoren selbst unter den für die Wahl eines konservativen Mannes verpflichteten Wahlmännern wählten und eine nicht geringe Zahl von ihnen unserer Partei abtrünnig machten.“

Ein Nachspiel zum Professorenstreit.

Nachdem in dem Streit zwischen den älteren Nationalökonomern an der Universität Berlin und Professor Bernhard bekanntlich durch Vermittlung des Unterstaatssekretärs D. Schwarzlopf eine Einigung zustande gekommen war, hat die philosophische Fakultät, vermutlich auf Grund des Berichtes der „Schiedskommission“, Veranlassung zu einer Eingabe an den Kultusminister genommen, in der die weitere Zugehörigkeit Bernhards zur Berliner Fakultät als nicht wünschenswert bezeichnet wurde. Wie die „Deutsche Tagesztg.“ aus akademischen Kreisen erzählt, hat der Kultusminister es abgelehnt, dem Wunsche der Fakultät Folge zu geben.

Der Gesekentwurf über den Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit.

liegt dem Kaiser zur Unterschrift vor. Er wird dann sofort dem Bundesrat zugehen. Die Vorlage soll dem Reichstage noch in dieser Session zugehen.

Spanien.

Ein Attentat auf Ferruz.

Sabadel, 11. Februar. Als gestern Abend der Führer der Radikalen Ferruz sich zu einer republikanischen Versammlung begab, wurden fünf Revolverkugeln auf ihn abgegeben. Ferruz blieb unverletzt. Drei Verhaftungen wurden vorgenommen.

Herr Ferruz, der infolge seines korrupten Verhaltens jedes Ansehen verloren hat, hat ja eine Auffrischung seiner Popularität sehr nötig und in Spanien verliert man sich auf das Arrangement von Attentaten mit ungeschicklichem Ausgang.

Portugal.

Die Trennung von Kirche und Staat.

Lissabon, 11. Februar. Der Minister des Kultus erklärte bezüglich der vorgesehene Trennung von Kirche und Staat, der Entwurf würde die Freiheit des Gewissens, des Unterrichts und der kirchlichen Propaganda unter einer einfachen Kontrolle des Staates. Er halte die Vorrechte des Klerus aufrecht und stelle die Kirchen zu seiner Verfügung, sobald der Klerus genügende Mittel zu ihrer Unterhaltung haben werde.

3. Daß beide mit seinen bisherigen Leistungen nicht zufrieden waren und „mehr“ von ihm verlangten, wobei Polizeizitat Krüger Wink erteilte, wie er namentlich die in Genua lebenden Russen und Polen an sich heranlocken, sich in ihre Vertrauen schieben und nächstherwelle in ihre Wohnungen eindringen sollte, v. Hode ihm den Rat gab, sich in die Kreise der Anarchisten zu drängen.

4. Daß Haupt anfangs 100 M., dann 125 M., später 150 M. und zuletzt 200 Frank pro Monat vom Polizeipräsident Krüger erhielt, welcher ihm auch Geld zur Gründung eines Geschäfts anbot.

5. Daß Polizeizitat Krüger dem Haupt schrieb, „er wisse, das nächste Attentat gegen den Zaren werde von Genua ausgehen, darüber brauche er Bericht“.

Außerdem befandete der Buchdruckerbesitzer Wilhelm Wübbeler in Schaffhausen, daß er die anarchistische Zeitung „Die Freiheit“ gedruckt habe und der Auftraggeber hierzu der preussische Polizeispiegel Schröder war, gemeinsam mit dem später in Wien wegen Raubmordes hingerichteten Stellmacher und dem Mechaniker Kaufmann, beides Polizeigeagenten. Schröder habe auch die Rechnungen immer bezahlt, da die anderen Komiteemitglieder nie Geld hatten. — Der hatte natürlich leicht zahlen, bezog er doch das Geld hierzu aus dem preussischen Reptsienfonds.

Für diese Taten hat Schröder circa 10000 M. und Haupt circa 14000 M. empfangen, so daß also 24000 Mark! Steuererlösen des deutschen Volkes allein für diese Schurkereien ausgegeben wurden. Und da soll ähnliches Gesindel noch keine Sehnsucht nach einem Ausnahmefest mit seinen vollen Fleischtöpfen haben?

Schröder, der eingestanden hat, daß er seit 1881 im Dienste der Berliner Polizei gestanden, war 1888 Vorsitzender einer Konferenz ausländischer Anarchisten, an der auch die späteren Raubmörder Schuhmacher Stellmacher und Buchbinder Kammerer, sowie deren Mentor Kaufmann teilnahmen. Hier wurden die Verbrechen in Wien und das gegen den Bankier Weildronner in Stuttgart beraten und beschlossen, auf die wir später noch zu sprechen kommen. Man denke: Der von der preussischen Polizei benutzte Polizeigeagent, der Initiator des königlichen Preussischen Polizeipräsidenten Krüger, war Vorsitzender einer Konferenz, in der gewöhnliche Raubmörder beraten und beschloßen wurden.

So gerieben aber auch der königlich preussische Polizeizitat Hermann Krüger war, einmal fiel er doch kränzlich herein. Es war im Herbst 1882. Zu jener Zeit stand der bekannte Elias Schmidt, der schon wegen Diebstahl verurteilt und damals stiefväterlich verfolgte Bankrotteur und Betrüger, der Vertrauensmann des schiff-

Rußland.

Schließung der Moskauer Universität.

Moskau, 10. Februar. In der heutigen Sitzung des Universitätsrates haben der Rektor, sein Gehilfe und der Prorektor ihre Abschiedsgelübde eingereicht. Der Universitätsrat beschloß, an den Unterrichtsminister das Ersuchen zu richten, die Universität bis zum 6. März zu schließen.

Türkei.

Ministerwechsel.

Konstantinopel, 10. Februar. Der Minister des Innern Talaa hat sein Amt niedergelegt und soll durch den Führer der jungtürkischen Kammerpartei Haki ersetzt werden.

Amerika.

Annahme des kanadischen Handelsvertrages in der Kommission.

Washington, 11. Februar. Der Ausschuss für Mittel und Wege des Repräsentantenhauses hat die Annahme des Zollabkommens mit Kanada mit 12 gegen 7 Stimmen empfohlen.

Aus der Partei.

Eine Sympathieäußerung für die Essener Freigesprochenen.

Die sozialdemokratische Fraktion des österreichischen Reichsrats hat an die Genossen, die im Essener Wiederaufnahmeprozess freigesprochen wurden, folgendes Telegramm abgeschickt:

An den Bergarbeiterverband, Bochum.

Der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten im österreichischen Reichsrat freut sich mit Euch des Sieges, den das gute Recht über die Klassenjustiz errungen hat, und grüßt die Kämpfer von gestern, die Sieger von heute mit hoffnungsvollem Glückwunsch!

Parteiliteratur.

Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erschien soeben: Eugen Ernst, Polizeispiegel und Ausnahmefest, 1878—1910. Ein Beitrag zur Geschichte der Bekämpfung der Sozialdemokratie. Mit Illustrationen. Vereinsausgabe Preis 1,25 M. Wir geben an anderer Stelle aus dem zeitgemäßen und interessanten Buche eine Stelle wieder.

Der schlesische Parteitag.

Ist für den 14. April (Karfreitag) nach Breslau, Gewerkschaftshaus, einberufen. Auf der Tagesordnung steht: 1. Der Bericht der Bezirksleitungen. 2. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. 3. Die schlesische Parteipresse, usw.

Arbeiterheime in Deutsch-Oesterreich.

Einer Erhebung des Wiener Zentralparteisekretariats entnehmen wir folgende Ergebnisse: Es bestehen in Deutsch-Oesterreich 68 Vereine zur Errichtung und Erhaltung von Arbeiterheimen, 13 davon in Wien, 17 in Böhmen, 11 in Mähren, 8 in Schlesien. Diese Organisationen besitzen 41 bereits in Benutzung stehende Häuser (davon 12 in Böhmen), zwei Häuser sind gepachtet, 16 Arbeiterheime wohnen zur Miete. Die Geldbeschaffung erfolgte 18mal (zum großen Teil natürlich) von Sparcassen und Frauvereinen, 7mal von Sparcassen, 5mal von Frauvereinen allein. 14 Heime sind aus eigener Kraft erbaut. Von den 60 in Betrieb befindlichen Heimen führen 29 Wirtschaften in eigener Regie, 19 haben den Wirtschaftsbetrieb verpachtet. In zahlreichen der Heime sind auch Privatwohnungen.

Soziales.

Der Profit in Gefahr.

Der Entwurf des Heimarbeitergesetzes hat unter den Unternehmern, die aus der Ausbeutung der Heimarbeiter bisher feste Gewinne gezogen haben, keine geringe Aufregung hervorgerufen. Sie überschweben dem Reichstage mit Eingaben, in denen die Hilfsbedürftigkeit der Heimarbeiter rundweg abgestritten wird. Dabei schieben sie mit Vorliebe die Handelskammern vor, in der Absicht, ihr persönliches Interesse nach Möglichkeit zu verdeden. So sagt die Handelskammer von Oberfranken in ihrer Eingabe:

„Wir betonen nochmals, daß die Einrichtung von Lohnämtern in der Heimarbeiter- und die Aufstellung von Mindestlöhnen durch dieselben und das öffentliche Aushängen von Lohn Tabellen, die alle für die einzelnen Arbeiter gezahlten Löhne enthalten sollen, und ähnliche Maßnahmen den Fabrikanten sehr bald die Möglichkeit nehmen würden, Heimarbeiter zu beschäftigen, denn in der Lohnfestsetzung muß unbedingt dem Fabrikanten freie Hand gelassen sein, er muß sich nach den Konkurrenzverhältnissen, nach der Konjunktur, nach dem Weltmarktpreis richten können, er muß auch seine diesbezüglichen Entschlüsse rasch fassen können, wenn er überhaupt auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben will. Wird den Fabrikanten aber die unumgänglich nötige Bewegungsfreiheit genommen, so beschäftigen sie keine Heimarbeiter mehr und damit kommt Not und Elend in viele tausend Familien.“

Wollen die Fabrikanten etwa dann die Arbeit selbst machen? Gerade Oberfranken mit seiner handindustriell betriebenen Schuhfabrikation, Weberei und Stickerie ist der dort üblichen schlechten Löhne wegen berüchtigt. Unser Artikel: „Abgründe menschlichen Elends“ im „Vorwärts“ vom 12. Januar hat dies hell beleuchtet.

schon Polizeiminister v. Rostiz und spätere Justizminister, noch auf der Höhe seiner Tätigkeit für deutsche Kultur. Erst von einigen Genossen beargwöhnt und überwacht, hielt er in einem Verkehrskreis der Sozialisten unersahenen Arbeiter Vorträge über die „Propaganda der Tat“ und gab Anleitung, wie man die Tyrannen vermittels Blasebälgen, deren Spitzen mit Gift zu tränken seien, aus dem Wege räumen könne. Die deutschen Sozialisten aus Zürich und Umgegend planten damals einen Ausflug nach Schloß Baden, zum Gedächtnis des vor zwei Jahren dort abgehaltenen deutschen Parteikongresses. Die Sache wurde in aller Öffentlichkeit verhandelt. Als „Ehren-Schmidt“ von dem Ausfluge vernahm, meldete er sofort seinen Auftraggebern in Dresden und Berlin, daß in Baden wieder ein geheimer Kongress stattfinden, über dessen Verlauf er — natürlich gegen Extrakontra — einen genauen Bericht liefern könne. Aber die deutsche Geheimpolizei beschloß, zu diesem wichtigen Akte einen Spezialvertreter aus Berlin zu senden. Sie wollte den Ruhm selbst ernten.

Als die Festteilnehmer aus dem Züricher Bahnhof in den Zug stiegen, stand ein Herr am Fenster eines Waggons zweiter Klasse, der über eine vorgehaltene Zeitung hinweg die Sozialdemokraten aufmerksam musterte. So sah ihn ein russischer Student, welcher in Berlin mit der politischen Polizei zu tun gehabt und deren Beamte im Gedächtnis behalten hatte. Er trat unbemerkt von der anderen Seite an das Wagenfenster und sagte plötzlich laut: „Guten Tag, Herr Krüger!“ Der Polizeizitat, dem er war, wandte sich überrascht um und lästete den Hut zum Gegengruße. Als eine Stunde darauf der Zug in Oslingen hielt, gedachten die Genossen den Mann, der sich selbstwegen so weit herbeimüht hatte, mit den gebührenden Ehren zu empfangen. Er zog es aber vor, den Wagen nicht zu verlassen und sofort unberrichteter Sache nach Deutschland zurückzufahren.

Dabei hielten die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten gerade um diese Zeit eine dreitägige Konferenz in Zürich ab, in der die Frage der zukünftigen Taktik beraten und die Vorbereitungen zur Abhaltung des Kopenhagener Kongresses getroffen wurden.

Herr Krüger war auch an den geschicklichen Verfassungen der im Frühjahr 1884 von dem Kopenhagener Kongress zurückkehrenden sozialdemokratischen Reichstagsmitglieder beteiligt, die wir nachher noch schildern werden.

Im Jahre 1902 hat Krüger, betrauert von sämtlichen Republikanten des In- und Auslandes; nach der Meinung der Arbeiter aber war sein Sterben die einzige anständige Tat, die er überhaupt je begangen hatte.

Gewerkschaftliches.

Übernatürliche Gewerkschaften.

In dem Streit der Meinungen, wie er politisch und gewerkschaftlich zwischen dem rechten und linken Flügel der Zentrumsfraktionen entbrannt ist, wird der Papst sehr oft genannt. Dieser drängt neben den deutschen Bischöfen auch die christliche Gewerkschaftsbewegung in jene Bahnen, die heute die katholischen Fachabteilungen wandeln. Der Papst, der kein Deutscher ist, deutsche Verhältnisse nicht kennt und kennen kann, schreibt einer deutschen Arbeiterbewegung die Grundsätze und Taktik vor. Die Autorität, die der Papst in kirchlichen Fragen besitzt, soll also auch ausstrahlen auf Dinge, die eigentlich doch außerhalb der kirchlichen Interessensphäre liegen. Um nun den katholischen Arbeitern das Vorgehen des Papstes begreiflich zu machen, sowie unter ihnen Oppositionen zu begegnen, bemühen sich katholische Organe, festzustellen, daß der Papst nur Eingebungen übernatürlicher Kräfte folgt. Die katholischen „Canisiusstimmen“ stützen das päpstliche Vorgehen mit folgenden Sätzen:

„Gott hat uns einen außerordentlich übernatürlichen Papst gegeben, den wir nur verstehen, wenn wir ihn mit den Augen des Glaubens ansehen. Alle Erlasse des Papstes haben ihren Grund im Glauben und in der Übernatur, das ist im heiligen Geiste; sie betreffen einzeln und allein die Ehre Gottes und das Heil der Seelen. Menschliche Beeinflussungen sind bei Erlassungen des Papstes absolut ausgeschlossen. Das wesentliche Werk Pius X. besteht darin, die Katholiken wieder recht katholisch zu machen, das ist die notwendige Vorbedingung zur Erneuerung der Gesellschaft. Der Papst will, daß jene Katholiken, welche entschieden im Glauben und läßt im Bekenntnis desselben sind, immer mehr vom übernatürlichen Geiste durchdrungen werden.“

Das ist sehr deutlich. Wir sind auf den Augenblick neugierig, wo Stegerwald, Giesberts, Imbusch, Hüskes, Effert u. a. sich zum ersten Male als die übernatürlichen Repräsentanten übernatürlicher Gewerkschaften vorstellen werden. Das muß ja förmlich von den christlichen Tribünen dann herabstrahlen! Aber was macht der rühmliche H. Behrens, wenn ihm, als evangelischen Christenführer, jener Heiligenschein mangelt, der den christlichen Gewerkschaftsführern so schön stehen wird?

Berlin und Umgegend.

„Der Gewerksverein“ gibt zu, daß wir ihm in vier Fällen die Unwahrheit nachgewiesen haben. Er beruhigt sich aber damit, daß er sagt: „Nun, wenn man die Unwahrheiten noch zählen kann, geht es immer noch einigermassen.“ Ein solcher Standpunkt erfüllt mancherlei. „Der Gewerksverein“ verweigert sich denn auch schleunigst zu der neuen Unwahrheit, wir hätten Krokodilstränen über seinen Ton vergossen. In Wirklichkeit ist uns nichts gleichgültiger, als der Ton des Hirsch-Dunderschen Organs. Dieses aber hatte festgestellt: „... wer schimpft, ist im Unrecht.“ Und da haben wir ihm an seinen Schimpfereien sein Unrecht nachgewiesen, ohne jede Entrüstung darüber und ohne Tränen, lediglich durch tatsächliche Feststellung.

Deutsches Reich.

Tarifvertrag und Hausfriedensbruch.

Eine namentlich für im Hause des Unternehmers wohnhafte Arbeiter interessante Hausfriedensbruchgeschichte beschäftigte das Schöffengericht Augsburg. Einem organisierten Brauer war von einem Brauereibesitzer das Betreten seiner Brauerei verboten worden, auch wenn es zum Zwecke des Besuchs dort beschäftigter Kollegen geschehen sollte. Der Arbeiter besuchte trotzdem in der Mittagsstunde einen Kollegen der betreffenden Brauerei, um Erkundigungen über die Durchführung des kürzlich abgeschlossenen Tarifvertrages einzuziehen. Er berief sich dabei auf folgende Tarifvertragsbestimmung:

„Soweit die Arbeitnehmer in der Brauerei wohnen, sind sie berechtigt, während der Mittagspause und vom Feierabend an bis 8 Uhr abends in den vom Arbeitgeber bestimmten Räumen Besuche zu empfangen.“

Der Brauereibesitzer erstattete Anzeige wegen Hausfriedensbruchs, und der Arbeiter erhielt einen Strafbefehl über 6 M. Nach Antrag auf richterliche Entscheidung kam das Schöffengericht nun sogar zu einer Verurteilung zu 15 M. Geldstrafe, wobei sich das Gericht auf den Standpunkt stellte, die Bestimmung des Tarifvertrages könne in diesem Falle nicht Platz greifen, weil sich der besuchte Brauer nur unter Tags in der Brauerei aufhalte, nicht aber dort wohne und weil andererseits das Hausverbot, mißliebige Personen fernzuhalten, durch die Bestimmung des Tarifvertrages nicht aufgehoben würde. Eine solche juristische Deduktion würde somit eine im wohlverstandenen Interesse der Arbeiter und ihrer Organisation im Tarifvertrag aufgenommene Bestimmung illusorisch machen. Im Gegensatz zum Gericht muß man doch ohne weiteres annehmen, daß sich das Besuchsrecht auch auf die nicht in der Brauerei schlafenden Arbeiter erstreckt, solange sie einen Teil ihres Lohnes in Verdienst und Naturalien erhalten und damit zweifellos auch das Recht haben, die zum Einnehmen der Speisen bestimmten Räume aufzusuchen. Was läßt es dann ferner, wenn der in der Brauerei wohnende Arbeiter zwar das Recht hat, Besuche zu empfangen, die andern aber nicht das Recht haben, ihn zu besuchen.

Achtung, Wagenfalter! Der Streit in den Norddeutschen Automobilwerken in Hameln ist nach den Mitteilungen der Presse als aufgehoben zu betrachten. Es haben auch eine Anzahl Metallarbeiter die Arbeit wieder aufgenommen, jedoch stehen außer einer beträchtlichen Anzahl der verschiedensten Berufsarbeiter der Metallindustrie auch die Holzarbeiter und Sattler noch außerhalb des Betriebes. In einem Schreiben der Direktion sollten von sechs streikenden Sattlern vier wieder eingestellt werden. Die Verhandlungen zogen sich aber furchtbar in die Länge und kamen vorläufig nur Metallarbeiter zur Einstellung. Bei dieser Gelegenheit schrieb die Firma an den Streikleiter:

„Soweit sich noch weiterer Bedarf geltend macht und wir die benötigten Leute aus der Anzahl derjenigen nehmen können, die zurzeit unbeschäftigt bleiben, werden wir Ihnen Nachsicht zukommen lassen.“

Die nicht eingestellten Sattler lebten nun in der Hoffnung, bald berücksichtigt zu werden, zumal die Firma mit den Arbeitswilligen nicht auskommen kann, obwohl sie mehr Arbeitswillige hat als früheres Personal. Dieser Lage suchte nun die Firma im „Deutschen Arbeitsmarkt“ Wagenfalter. Die noch auf der Straße liegenden Sattler erinnerten die Firma nun an ihr Versprechen. Die Direktion lehnte jedoch jede Wiedereinstellung der Sattler ab. Die Firma ist somit für alle Sattler als gesperrt zu betrachten und der Zugang streng fernzuhalten.

Die Tarifvertragsbewegung im Hamburger Holzgewerbe.

Eine Riesensammlung von Hamburger Holzarbeitern tagte am Freitag im dortigen Gewerkschaftshaus. Der große Saal und die Galerien waren bis auf den letzten Platz gefüllt, so daß mindestens tausend Mitglieder wieder umfassen mußten. Der Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe und die Hamburger Holzindustriellen hatten beschlossen, den paritätischen Arbeitsnachweis nach Ablauf des Tarifes, also nach dem 11. Februar, für ihre Mitglieder zu sperren. Inzwischen nahmen verschiedene Holzgewerkschaften der Hamburger Verwaltungsstelle des Holzarbeiterverbandes zu diesem Vorgehen der Unternehmer Stellung. Einmütig wurde in allen Versammlungen beschlossen, den Kampf mit den Arbeitgebern auch um den paritätischen Nachweis von

neuem aufzunehmen. Dies dürfte auch schon ab Montag, den 18. Februar, zur Tatsache, wenn die Unternehmer auf ihrem früheren Standpunkt stehen bleiben. Eine willkommene Gelegenheit, auf dieser Saugasse herauszukommen, fanden die Herren Holzindustriellen gelegentlich einer Schlichtung von Differenzen, welche aus dem alten Vertrage resultierten. Die Obmänner der Schlichtungskommission kamen überein, Verhandlungen durch die Schlichtungskommission darüber anzubahnen, wie während einer verlustlosen Zeit der paritätische Nachweis weitergeführt werden könne. Verhandlungen, welche Freitag, nachmittags 3 Uhr, im Innungshaus stattfanden, zeitigten das Resultat, daß der bestehende Tarifvertrag inklusive Weiterführung des paritätischen Nachweises auf die Dauer eines Monats verlängert werden. Die Versammlung der Holzarbeiter nahm dann mit überwiegender Majorität folgenden Beschluß an:

„Die am Freitag, den 10. Februar 1911, im Gewerkschaftshaus tagende Mitgliederversammlung sämtlicher am Tarifvertrag für die Holzindustrie beteiligten Branchen des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Verwaltungsstelle Hamburg, nimmt Kenntnis von den Vorschlägen der Schlichtungskommission.“

Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß sowohl der paritätische Arbeitsnachweis für die Holzindustrie sowie das bisherige Tarifvertragsverhältnis in unveränderter Form, vorläufig auf die Dauer eines Monats verlängert wird. Der Ortsverwaltung wie auch den Vertretern der Schlichtungskommission wird Vollmacht erteilt, die Verhandlungen zur Erneuerung eines Tarifvertrages aufzunehmen.

Die Versammlung spricht die Erwartung aus, daß die angebahnten Verhandlungen dazu führen, daß ein den Zeit- und Ortsverhältnissen entsprechendes Tarifvertragsverhältnis zustande kommt, unter welchen gerichtliche Auseinandersetzungen zwischen den vertragsschließenden Organisationen im voraus ausgeschlossen sind. Die Versammlung erklärt gleichzeitig, alles daran zu setzen, eine weitere Stärkung der Organisation zu fördern, um allem Kommenden gegenüber gerüstet zu sein.“

Die Hamburger Holzarbeiter sind auf alle Eventualfälle gerüstet, so daß die Holzindustriellen sich zu annehmbaren Zugeständnissen bereit finden müssen, wenn der Friede im Gewerbe erhalten werden soll.

Tarifvertrag in der Hamburger Brauindustrie.

Die Erneuerung des bis 31. Dezember 1910 für die vereinigten Brauereien Hamburgs geltenden Tarifvertrages ist nunmehr perfekt. Eine außerordentlich stark besetzte Versammlung des Verbandes der Brauerei- und Mälzereiarbeiter, welchem drei Viertel des organisierten Personals angehören, nahm die letzten Angebote der vereinigten Brauereien an, nachdem schon die Verbände der Transportarbeiter, Böttcher, Maschinenisten und Heizer und auch der Bundesgewerksverein sich damit einverstanden erklärt und den Vertrag unterzeichnet hatten. Jedoch beauftragte die Versammlung die Vertreter des Verbandes noch, mehrere zu Ungunsten der Arbeiter bestehende Unklarheiten im Tarifvorkant zu beseitigen und genaue Interpretationen herbeizuführen. Das ist denn auch in verschiedenen wichtigen Punkten in Verhandlungen mit der Lohnkommission der Brauereivereinigung geschehen. Namentlich wurde auch den Stallarbeitern, die am 1. Januar 1911 eintretende Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde gefordert, ferner wurde festgelegt, daß die Sonntagsarbeit für die Pferdepflege nicht über das an Wochentagen übliche Maß ausgedehnt werden darf, daß die neu einzustellenden Hühnerkutscher im Lohn nicht geführt werden dürfen und daß für Maschinenisten und Heizer, die zu einer 12stündigen Arbeitszeit in Anspruch genommen werden dürfen, die in solchen Fällen vorgesehene Zulage von 3 M. pro Woche auch dann erhalten, wenn tage- oder auch wochenweise längere Zeit gearbeitet wird.

Somit brachte der Tarifvertrag im allgemeinen eine Lohn-erhöhung von 2 M. pro Woche; eine weitere Aufbesserung von 1 M. pro Woche erfolgt nach drei Jahren. Die Lohnsätze gelten rückwirkend vom 1. Januar 1911. Eine Verkürzung der Arbeitszeit, die jetzt 9 Stunden für die inneren Betriebsarbeiter beträgt, auf 8½ Stunden erfolgt am 1. Januar 1914. Ferner wurde Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes neu eingeführt, und zwar steigend nach der Dienstdauer von 1 Tag bis 1 Woche pro Jahr, die Überstundenhöhe erhöht und anderes mehr. Bedauerlich ist nur, daß die Bezahlung der siebenten Schicht für Maschinenisten und Heizer, die fast überall in den Tarifen des Brauerei- und Mälzereiarbeiterverbandes für Brauereibetriebe auch in kleinen Orten enthalten ist, unter den gegebenen Umständen in Hamburg nicht durchgeführt werden konnte.

Der Tarif hat fünf Jahre Gültigkeit, bis zum 31. Dezember 1915, und sind in ihn einbezogen circa 1000 Arbeiter.

Zur Lohnbewegung der Rohglasarbeiter in der Oberpfalz.

Die millionenschweren Unternehmer der Rohglasindustrie in der Pfalz sind anscheinend gewillt, die Glasarbeiterchaft zum Neuerstehen zu treiben. Die Regierung, die an den Verhandlungen mit den Unternehmern und Arbeitern teilgenommen hat, war nicht imstande, die Ausbeuter zur Besinnung zu bringen. Was in diesen Verhandlungen an Zugeständnissen gemacht worden ist, war so gering, daß die Vertreter der Arbeiter am 29. Januar auf der Konferenz in Weiden diese Zugeständnisse als absolut ungenügend zurückweisen mußten. Daran änderte auch das Eintreten des Herrn Regierungsvertreters nichts, der alle Redekunst daran setzte, um die Arbeiter zur Annahme der Zugeständnisse zu bewegen. Die Versammlung beauftragte deshalb ihre Vertreter, gemeinsam mit der Regierung in erneute Verhandlungen einzutreten. Eine von der Konferenz gefasste Resolution wurde den Unternehmern mit einem Anschreiben zugeandt und ihnen der Vorschlag unterbreitet: eine 5prozentige Lohnserhöhung für bestimmte Sorten einzutreten zu lassen und für Apparatfleißer zu den bereits bewilligten 30 Pf. per Satz eine weitere Zulage von 20 Pf. zu gewähren, so daß die neue Leistungszulage 50 Pf. per Satz beträgt. In dem Schreiben wurde versichert, daß, wenn die Unternehmer einiges Entgegenkommen zeigen, eine Einigung leicht möglich wäre. Die Unternehmer haben darauf in einer Zusammenkunft sich erneut mit der Sache befaßt. Mit einem Seitenhieb auf die Organisationsangelegenheiten und mit dem Ausdruck des Bedauerns für die armen Arbeiter erklärten die Unternehmer in einer Resolution, daß sie den lebhaftesten Wunsch hätten, die schwebenden Differenzen beizulegen; sie würden es sehr bedauern, wenn durch längeres Hinziehen des definitiven Tarifabschlusses durch die Organisationen den Arbeitern die Vorteile des neuen Tarifvertrages noch weiter vorenthalten werden; die Verantwortung hierfür trügen allein die Organisationen. Damit sind weitere Verhandlungen unmöglich. Die bedeutenden Zugeständnisse betragen, wie auf der Konferenz in Weiden ausgerechnet wurde, pro Stunde ¼ Pfennig. Dafür sollten die Arbeiter einen Tarif auf 3 Jahre und 7 Monate abschließen. Was den Arbeitern von den Unternehmern geboten wurde, kommt einer Verhöhnung gleich. Die Arbeiter werden in einer Konferenz nunmehr beschließen, was weiter zu geschehen hat. Ein Streik erscheint unvermeidlich.

Versammlungen.

Der Brauerei- und Mälzereiarbeiter-Verband hielt am Sonntag seine diesjährige Generalversammlung im Gewerkschaftshaus ab. Den Jahres- und Kassenbericht gab Hodapp. Er schilderte das verfloffene Jahr als das schlechteste seit Bestehen der Zählstelle bezüglich der Arbeitslosigkeit. Neuanschaffungen der raffiniertesten Maschinen für die Mälzereiabteilungen, Abhangvorrichtungen in den Mälzereien, sowie Ausbesserung der Ertragsmaschinen der Zählstelle in allen Sparten der Betriebe nützte die Unternehmer zur Ausbesserung von Arbeitskräften.

Das verfloffene Jahr war ein Tariffahr; mit fast allen Brauereien Groß-Berlins und vielen verwandten Betrieben wurden Tarife abgeschlossen, die zum Teil recht gute Erfolge brachten. Bei allen Abschlüssen wurden beträchtliche Fortschritte bezüglich des

Lohnes, der Arbeitszeit und des bezahlten Urlaubes gemacht, nebst den verschiedensten Spezialabmachungen für die einzelnen Branchen. In einigen kleineren Betrieben kam es zur Arbeitsniederlegung, doch wurden in allen Fällen die Differenzen nach nur mehrstündiger Arbeitsruhe zugunsten der Arbeiter beigelegt. Verhandlungen mit den Unternehmern fanden 188 und durch die neuen Tarife bedingt, über dreimal so viele telefonische Verhandlungen statt. Versammlungen und Sitzungen des Vorstandes und der Vertrauensmänner wurden 57, Sitzungen der Lohnkommission für die Ringbrauereien 7, genannter Körperschaft mit den Unternehmern 11, Sitzungen der Lohnkommission der Mälzerei- und Mälzereiabteilungen 4, Sitzungen mit dem Kartell der in den Brauereien beschäftigten Transportarbeiter- und Handwerkerorganisationen 9 abgehalten. Ferner fanden 3 Einigungsamtsitzungen und 258 Betriebsversammlungen statt. Der Referent streifte dann den verfloffenen Verbandstag, der im Zeichen der Verschmelzung mit den Mälzerei- und Mälzereiabteilungen stand und ein neues, für die Mitglieder günstigeres Unterstützungssystem brachte. — Der ringfreie Arbeitsnachweis vermittelte im Berichtsjahre feste Stellen 203 gegen 75 und „Wize“ stellen 719 gegen 276 im Vorjahre. 209 arbeitslose Brauerei- und Mälzereiarbeiter wurden von 1910 nach dem laufenden Jahre übernommen. Die Jahresabrechnung umfaßte einen Etat von 103 852,45 M. gegen 81 570,10 M. im Jahre 1909. An Krankenunterstützung wurden 24 577,30 M. (20 200,20 M.) und an Arbeitslosenunterstützung 9414,85 M. (6788 M.) verausgabt. An die Hauptkasse wurden 43 601 M. abgeliefert. Der Mitgliederstand am Schluß des Berichtsjahres ist 4601 inkl. 13 weiblicher Mitglieder. — Der Kassenbericht des vierten Quartals zeigt eine Einnahme und Ausgabe von 28 272,35 M. An Krankenunterstützung wurden 7933,50 M., an Arbeitslosenunterstützung 4924,85 M., an Reiseunterstützung 23 M., an Sterbegeld und Beihilfe 940 M. und an außerordentlicher Unterstützung 100 M. verausgabt. In der Lokalfasse stehen 2410,01 M. Ausgabe einer Einnahme von 5128,86 M. gegenüber. Das reine Lokalvermögen beläuft sich ultimo Dezember 1910 auf 45 306,15 M. An außerordentlicher Weihnachtunterstützung wurden 2880 M. ausgeworfen, wovon ein Teil durch Sammelkassen aufgebracht wurde.

Aus der Neuwahl der Ortsverwaltung gingen hervor: 1. Vorsitzender: Hodapp, 2. Vorsitzender: Schuldt, 1. Kassierer: Kasperer, 2. Kassierer: Schönbler, 1. Schriftführer: Grofschuh, 2. Schriftführer: Köhlig, Als Beisitzer: Wihl, Richter, Reishow, Knappe, Wihl, Schmidt und Panfallo. Als Revisoren: Ernst, Reichardt, Karl Müller. Unter Verhandlungsangelegenheiten wurde der Beschluß der Ortsverwaltung und der Vertrauensmänner bestätigt, wonach die Auszahlung der Lokalunterstützungen für alle bezugsberechtigten Mitglieder ab 1. Januar 1911 erfolgen soll.

Die Sektion der Führer des Deutschen Bauarbeiterverbandes hielt am Donnerstag im großen Saal von Dräsel in der Neuen Friedrichstraße eine Mitgliederversammlung ab, in der die Abrechnung vom 4. Quartal, sowie die Jahresabrechnung von 1910 vorgelegt wurde. Die Einnahmen der Sektion betragen im verfloffenen Jahre, den alten Bestand von 55 817,26 M. mitgerechnet, 179 551,51 M., die Ausgaben 122 447,06 M., so daß der Bestand am Jahres-schluß auf 57 104,45 M. angewachsen war. Unter den Ausgaben sind 39 872,73 M. Beiträge an den Zweigverein Berlin des Bauarbeiterverbandes, 63 008,30 M. Streikbeiträge für den Kampf im Baugewerbe, 3470,73 M. Sterbeunterstützung, 1029,75 M. für Rechtschutz, 2882 M. für Sperren, Maßregelungen und Aushreistreib. Die Mitgliederzahl der Sektion war am Jahres-schluß 1500. — Die Versammlung erteilte dem Kassierer einstimmig Decharge. Es wurde sodann über die Kandidaturen zur Wahl des Sektionsvorstandes beraten, die am 22. Februar in den Bezirken stattfindet.

Der Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw. stellte in einer Mitgliederversammlung, die am Donnerstagabend im Gewerkschaftshaus stattfand, die Kandidaten auf zu der Delegiertenwahl für die Generalversammlung in München. Von den 21 Kandidaten hatte die Sektion der Lackierer einen aufgestellt, der von der Versammlung die Bestätigung erhielt. Die Wahl der Delegierten findet erst später statt. Gewählt wurde, daß nur derjenige gewählt werde, der mindestens seit drei Jahren politisch und gewerkschaftlich organisiert ist. — Der Landtagsabgeordnete Robert Veinert hielt dann einen Vortrag, in dem er die Bedeutung der nächsten Reichstagswahl für die gewerkschaftliche Bewegung besprach. Der Vortragende erntete reichen Beifall. — Die Versammlung beschäftigte sich zum Schluß mit einigen internen Verbandsangelegenheiten. Dem Andenken Paul Singers widmete der Vorsitzende einige Worte der Ehrung, die die Versammlung stehend anhörete.

Letzte Nachrichten.

Vorstandssitzung des deutschen Städtetages.

Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Rischner fand gestern in einem Sitzungssaal des Berliner Rathauses eine Vorstandssitzung des deutschen Städtetages statt, an der fast sämtliche Mitglieder teilnahmen. Es wurde beschlossen, den nächsten allgemeinen deutschen Städtetag im September dieses Jahres in Posen abzuhalten. Auf die Tagesordnung sollen folgende Themen gesetzt werden: 1. Regelung der Kreditverhältnisse der deutschen Städte; 2. Arbeitslosenversicherung; 3. Neueinteilung der Reichstagswahlkreise.

Ferner wurde beschlossen, eine Kommission einzusetzen, die die geeigneten Maßnahmen aussindigt, wie die die Fleischnot und Fleischsteuerung zu beseitigen ist.

Die Lage im Kohlengebiet von Charleroi.

Charleroi, 11. Februar. (B. S.) Die belgischen Kohlenhändler im hiesigen Bezirk beklagen sich lebhaft über den Wagenmangel für Kohlentransporte auf der Eisenbahn. Sie weisen darauf hin, daß dagegen zahlreiche Wagen für fremde Händler in Antwerpen und Genf vorhanden sind. Der letzten Statistik zufolge, hat die Einfuhr von deutschem Kohle in Belgien in den letzten Jahren bedeutend zugenommen. Deutschland sandte im vergangenen Jahre 464 931 Tonnen gegen 270 040 Tonnen im Jahre 1909.

Die Pest in Charbin.

Charbin, 11. Februar. (B. T. A.) Gestern sind 18 Personen, darunter eine russische Frau, an der Pest gestorben. Innerhalb der Eisenbahnzone der sibirisch-mandschurischen Bahn sind seit dem Ausbrechen der Epidemie ungefähr 180 Todesfälle an Pest vorgekommen. Auf der sibirischen Bahn nehmen die Export- und Postzüge Chinesen nicht mehr auf. Die Wagen der anderen Züge verlassen nicht das Bahngelände und werden vor Aufnahme der Passagiere desinfiziert. In Charbin und auf den Nachbarstationen, ebenso auf der Sibirische werden Chinesen in die dritte und vierte Wagenklasse nicht mehr aufgenommen, in den anderen Klassen nur nach Desinfektion und ärztlicher Untersuchung.

Der russische Generalkonsul in Japahn ertrunken.

Teheran, 11. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Der russische Generalkonsul in Japahn wurde heute in einem Brunnen auf dem Konsulatsgrundstück ertrunken aufgefunden. Angekündet der großen Erregung, die der kürzlich auf den Gouverneur verübte Anschlag und der Umstand, daß das russische Konsulat den Tätern, die russische Untertanen sind, Zuflucht gewährte, hervorgerufen hat, liegt der Verdacht nahe, daß er keines natürlichen Todes gestorben ist. Anhaltspunkte dafür sind allerdings bis jetzt nicht vorhanden.

Reichstag.

126. Sitzung vom Sonnabend, den 11. Februar 1910, vormittags 11 Uhr.

Am Bundestisch: Dr. Delbrück, Habenstein.

Auf der Tagesordnung steht an erster Stelle die Interpellation der Konservativen:

„Welche Maßregeln denken die Verbündeten Regierungen zu ergreifen, um einer Überschwemmung des deutschen Geldmarktes mit fremden Wertpapieren

und einem übermäßigen Abfluß deutschen Kapitals nach dem Auslande vorzubeugen?“

Nachdem auf die Frage des Präsidenten Staatssekretär Dr. Delbrück erklärt hat, er wolle die Interpellation heute beantworten, erhält zur Beantwortung der Interpellation das Wort

Abg. Graf v. Kanitz (kons.): Die Tagespresse hat unsere Interpellation nicht überall mit Wohlwollen aufgenommen, teilweise meinte man, sie habe eine direkt börsenfeindliche Tendenz, und suchte uns über die Wichtigkeit des Besitzes ausländischer Werte namentlich im Kriegsfall zu belehren. Das ist uns nicht neu. Aber unsere Interpellation ist veranlaßt durch die Befürchtung, daß der deutsche Geldmarkt durch die Emission fremder Wertpapiere zu stark belastet wird. Die Statistik gibt zu geringe Zahlen, weil vielfach von deutschen Kapitalisten ausländische Papiere im Ausland gekauft und dort belassen werden, um dem Stempel zu entgehen, und weil ausländische Papiere vielfach zur Zeichnung aufgelegt werden, bevor ihre Zulassung beantragt und genehmigt ist; trotzdem zeigt die Statistik des statistischen Amtes, daß 1908 für 746, 1909 für 974 Millionen ausländischer Papiere in Deutschland zugelassen waren. Es zeigt sich in der letzten Jahren eine rapide, geradezu furchtbare Steigerung der ausländischen Werte, und ein solcher Abfluß deutschen Kapitals nach dem Auslande muß eine Steigerung des Zinsfußes im Inlande hervorrufen, und ferner muß dadurch ein Druck auf die Kurse unserer Reichs- und Staatsanleihen bewirkt werden. Bei den bedenkliehsten amerikanischen Papieren sind natürlich hohe Provisionen zu verdienen, und deshalb werden sie von den Großbanken bevorzugt ohne Rücksicht auf das deutsche Wirtschaftsleben. Wir müssen unsern Markt vor minderwertigen ausländischen Papieren schützen. Dazu würde geeignet sein eine Zentralstelle, die kompetent wäre für die Zulassung ausländischer Werte für alle deutschen Börsen, wie ich es bereits vor 18 Jahren bei der Börsenreform beantragt hatte. Folgende Grundzüge müssen festgehalten werden: Ausländische Emissionen dürfen nur zugelassen werden nach vollständiger Deckung des inländischen Kapitalbedarfs; sie müssen sich ferner in den Dienst der nationalen Arbeit stellen, und bei der Auswahl muß sorgfältig vorgegangen werden; so dürfen keine Papiere zugelassen werden, die an der Börse ihres Heimatlandes nicht zugelassen sind. (Bravo! rechts!)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Die Zulassung ausländischer Werte liegt in der Hand der Zulassungsstellen an den Börsen, die unter der Aufsicht der Landesregierungen stehen. Nach § 30 des Wertengesetzes sind solche ausländischen Papiere nicht zugelassen, die eine Ueberschneidung des Publikums befürchten lassen oder öffentlichen Interessen zuwiderlaufen. Die Entwicklung unserer Industrie drängt zur Anlage deutschen Geldes im Auslande; freilich kann das den öffentlichen Interessen zuwiderlaufen, wenn der Kapitalbedarf im Inland sehr groß ist, und es ist richtig, unter solchen Umständen der Anlage deutschen Geldes im Auslande gewisse Schranken aufzuerlegen. (Sehr richtig! rechts.) Natürlich wird man dann zunächst die Papiere ausschließen, die weder für unsere Industrie Aufträge herbeischaffen, noch irgendwelche politische Bedeutung für uns und den Fall der Kriegsbereitschaft haben. (Sehr richtig! rechts.) Ein klares Bild über die in Deutschland untergebrachten ausländischen Werte kann die Emissionsstatistik nicht geben. Wir stehen, wenn nicht alle Zeichen trügen, am Beginn einer aufsteigenden Periode, in welcher der inländische Markt einen großen Kapitalbedarf haben wird, und deswegen empfiehlt es sich, bei der Anlage deutschen Geldes im Auslande sich eine gewisse Reserve aufzuerlegen. (Sehr richtig! rechts.) Die Regierung ist sich der Verantwortung bewußt, die ihr daraus bei der Ueberwachung und Durchführung des Wertengesetzes erwächst, und sie ist entschlossen, von den ihr erteilten Befugnissen Gebrauch zu machen, wenn die allgemeine Lage es erfordert. Jedes Reglementieren bringt aber auch Nachteile mit sich, und deshalb hofft der Reichskanzler, daß die Bankkreise sich dessen bewußt sein werden, daß sie nicht nur ihr eigenes Geschäftsinteresse im Auge haben müssen, sondern auch allgemeine wasserländische und wirtschaftliche Gesichtspunkte. (Bravo!)

Auf Antrag des Abg. Dove (Sp.) wird in die Besprechung der Interpellation eingetreten.

Abg. Speck (Z.): Die Hergabe deutschen Geldes für gute ausländische Papiere ist unbedenklich, nur darf unser inländischer Markt nicht zu sehr mit Auslandswerten belastet werden. Börsenfeindlich sind wir nicht, aber wir halten die Börse für ein leistungsfähiges Objekt der Besteuerung, und die Wünsche der Börse bekämpfen wir, wo immer sie sich zeigen, und zu diesen Auswüchsen zählen wir die Art und Weise, wie jetzt ausländische Papiere auf den deutschen Markt gebracht werden. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Daß keine weitere Diskontinuität eintreten konnte, ist auch eine Folge der Ueberfütterung unseres Geldmarktes mit auswärtigen Papieren; und die darunter zu leiden haben, mögen sich bei der Deutschen Bank usw. bedanken. Es ist Torheit, daß die gutmütigen Deutschen Geld für die amerikanischen Industrie hergeben. Amerika dankt es uns schlecht. Eben erst bereitet es wieder einen Schlag gegen die Fremde, d. h. in erster Linie die deutsche Schiffahrt vor. Wir können gewiß nicht die rapide Entwicklung des amerikanischen Wirtschaftslebens hindern, wir haben aber keine Veranlassung, diese Entwicklung künstlich mit deutschem Gelde zu fördern. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) In Frankreich wird eine Extrasteuer auf auswärtige Papiere angeregt; hier in Deutschland genießen diese Papiere noch Steuerprivilegien. Alle Sparmaßnahmsbestrebungen im Reichsfinanzwesen, alle Bestrebungen, den heimischen Geldmarkt zu schonen, werden durch die Emissionsbanken über den Haufen geworfen, die Hunderte von Millionen für amerikanische Papiere aus dem Lande ziehen. Man muß wirklich eine gewisse Absicht dahinter vermuten. Aber ob Absicht oder nicht: die Folge ist jedenfalls eine Schwächung des heimischen Geldmarktes, die ihrerseits wieder auf den Kurs der Staatspapiere zurückwirkt. Mir erscheint es unzweifelhaft, daß schon auf Grund der heutigen gesetzlichen Bestimmungen Zulassungsstelle und Aufsichtsbehörde die Zulassung der amerikanischen Papiere hätten hindern können, ja, sie auch jetzt, nach der Zulassung, von der Preisnotierung ausschließen könnten. Aber Börse, Bank und Handelskammer hängen so eng zusammen. Die Privatbanken werden eingeschüchert. Ein Bankier wurde mit dem Volkstrott bedroht, weil er verdächtigt war, mit den Interpellanten in Verbindung zu stehen. (Hört! hört! rechts.) Eine Kränke hat der andere kein Auge aus. — Hoffentlich läßt sich Abhilfe auch ohne Aenderung des Wertengesetzes erzielen, sonst muß das Wertengesetz geändert werden. (Bravo! rechts und im Zentrum.)

Abg. Dr. Frank-Rannheim (Soz.): Die Interpellation spricht nur von auswärtigen Papieren; es scheint aber auch eine gewisse Furcht vor einheimischen Papieren mitszusprechen, nämlich vor Wahlscheinen. (Sehr

gültig bei den Sozialdemokraten.) Augenscheinlich spekuliert die Interpellation — eine Notiz der „Deutschen Tageszeitung“ hat es verraten — auf die, die nicht alle werden; dem Publikum, soweit es leichtgläubig genug ist, soll eingeredet werden, daß die konservativen mächtig genug seien, durch Interpellationen den Geldmarkt zu beeinflussen.

Man scheint es wieder einmal darauf anzulegen, einen Unterschied zwischen dem guten nationalen und dem bösen internationalen Kapital zu konstruieren. Vergebliches Unterfangen! Ich will gar nicht erst untersuchen, wieviele auswärtige Papiere sich in den Geldschranken der alternativen Agrarier befinden; bei Steuerdefraudationsprozessen sind da sehr nette Dinge zutage gekommen. (Sehr gut! und Heiterkeit links.) Das Kapital, ob im Handel, in der Industrie, in der Landwirtschaft angelegt, ist seiner Natur nach vaterlandlos — das Wort übrigens ganz neutral, ohne gehässige Nebenbedeutung gebraucht —, es strömt dahin, wo es sich am vorteilhaftesten betätigen kann. Ich erinnere an die Skrupellosigkeit, mit der der Agrarier auswärtige Arbeiter ins Land ziehen, haben sie sich doch sogar die natürlich bereitwillig abgegebene ministerielle Zustimmung erteilen lassen, daß beim mafurischen Kanal ja keine inländische Arbeiter beschäftigt werden sollen.

(Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere weiter an die Syndikatspolitik, die den Erfolg hat, daß im Ausland deutsche Rohle und deutsches Eisen billiger verkauft werden als im Inland. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Besonders pikant ist, daß dieselben Syndikatsherren oftmals in den Vorständen der Ortsgruppen des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie sitzen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Ueber die nationalen Wirklungen der Syndikatspolitik zu interpellieren, würde ich den Konservativen einmal sehr empfehlen. (Heiterkeit und Sehe gut! bei den Sozialdemokraten.)

So steht es keineswegs, daß ausschließlich deutsches Geld nach Amerika flieht. Auch das Ungelehrte ist der Fall. Was nach Sozialdemokraten betrifft, so betrachten wir den Exporthandel und alles, was damit zusammenhängt, als eine notwendige Phase der kapitalistischen Gesellschaft. Wir sehen auch, daß die internationalen Finanzbeziehungen immer wichtiger und bestimmender für die politischen Machtverhältnisse werden. Die Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland betätigen das alte Sprichwort, daß der Kavaliere keine ärztlichen Beschüßer hat als seine Gläubiger (Heiterkeit), andererseits haben wir es oft genug erlebt, daß hinter unbezahlten Forderungen sich das Kriegs- oder Annerkennungsgeld erhebt.

Durch die Ausfuhr deutschen Geldes Bestellungen aus dem Ausland zu erzwingen, ist ebenfalls eine internationale Gewohnheit. Bei Privaten spricht man bei solcher Ausnutzung der Notlage bei Geldgeschäften von Sachwunder, geschieht es aber im großen und internationalen, so spricht man von „patriotischen Aktionen“. Der Abfluß heimischen Geldes nach dem Ausland kann freilich nicht gehindert werden, er darf aber durch die staatliche Autorität nicht gefördert werden, und das geschieht zweifellos durch die Zulassung fremder Papiere an der Börse. (Sehr richtig!) Graf Kanitz hat bereits von einer Revision des Wertengesetzes gesprochen. Es ist doch recht hart, daß, nachdem die Blodese in die Brüche gegangen ist, die Konservativen jetzt schon die Verlobungsgelächter zurückfordern. (Große Heiterkeit.)

Ganz zweifellos ist der Bundesrat und die preussische Regierung berechtigt, im öffentlichen Interesse einzuschreiten, und die preussische Regierung hat, weil sie gegen die Deutsche Bank nicht eingeschritten ist, den Schein auf sich geladen, daß sie dieser Bank eine Ausnahmestellung einräumt. Man wagt gar nicht mehr recht, wer denn die Aufsicht ausübt, die Deutsche Bank oder die deutsche Reichsbank. (Sehr richtig! rechts und bei den Sozialdemokraten.) Je gewaltiger die Vermögenskonzentration in solchen Instituten ist, um so notwendiger ist die Wahrung der öffentlichen Interessen. In den Aktienbanken sind etwa acht Milliarden, in den Berliner Großbanken etwa vier Milliarden Mark investiert. Bei so gewaltigen Summen kann man nicht mehr von privaten Summen sprechen. Wenn der Staat sich um das Tempo jedes Radfahrers und Automobils kümmert, wenn er darauf achtet, daß jeder Wagen zur Nachtzeit beleuchtet ist, so hat er auch die Pflicht, bei diesen Instituten sich um die Wahrung der öffentlichen Interessen zu kümmern. (Lebhaftes Sehr richtig! rechts, im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Die Frage, wie der Staat eingreifen soll, ist freilich sehr schwer zu entscheiden. Bei der Beratung des Wertengesetzes verlangten wir Sozialdemokraten die

Schaffung eines Aufsichtsamtes für das Bankwesen.

Das wäre wenigstens der Anfang einer Organisation zu einer wirksamen Beaufsichtigung dieser großen Institute. Wir glauben freilich nicht, daß die Regierung in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung und daß etwa der jetzige Reichskanzler eine besondere Befähigung zur Beaufsichtigung der Banken hat, vielmehr sind wir überzeugt, daß der Reichskanzler von den Banken sehr oft über das Ohr gehauen wird. (Zustimmung.) Aber trotzdem meinen wir, daß die Allgemeinheit ein Recht auf die Ueberwachung der Banken hat, und wenn der gegenwärtige Reichskanzler nicht dazu imstande ist, — nun, er braucht ja nicht ewig auf seinem Platze zu bleiben. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Vielleicht bildet sich in der Stille einer Wanddirektion schon das Talent, das künftig einmal diese Aufgabe erfüllen wird. Jedenfalls meinen wir, wenn die Banken nur das Dividendeninteresse wahrnehmen — und das nehmen wir ihnen nicht übel —, daß dann ein Amt da sein muß, welches den Banken gegenüber die allgemeinen Interessen des Volkes wahrnimmt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dove (Sp.): Die internationale Entwicklung von Handel und Verkehr bedingt auch den internationalen Weltmarkt. Mit welcher Freude begrüßte man es nicht allgemein, daß Deutschland sich an der heimungsstrittenen türkischen Anleihe beteiligen konnte. Das System, das sich auf unserm Kapitalmarkt bewährt hat, um das Publikum zu schützen, hat sich aus den Börsenorganen selbst entwickelt, das Berliner Börsenkommissariat, welches bei der Zulassung ausländischer Werte sehr vorsichtig verfährt. Uebrigens ist die Regierung der Börse gegenüber nicht weislos. Paragraph 1 des Wertengesetzes gibt ihr sogar die Möglichkeit, unter Umständen die Börse ganz zu besetzen (Heiterkeit); jedenfalls ist die Befugnis, einzuschreiten, genügend vorhanden, wenn das öffentliche Interesse es erfordert. (Zustimmung bei der Volkspartei.)

Abg. Frhr. v. Camp (Rp.): Es ist sehr zu bedauern, daß am Sonnabend das Haus stets so leer ist. Vielleicht wäre es gut, am Schluß eine namentliche Abstimmung über die Tagesordnung am Montag herbeizuführen (Heiterkeit), wir würden dadurch dem Reichstadel eine ganz schöne Summe ersparen und die Herren künftig vielleicht auch am Sonnabend hier sehen.

Vizepräsident Schulz: Eine namentliche Abstimmung kann ich nur ankündigen, wenn ein Antrag auf namentliche Abstimmung vorliegt.

Abg. Frhr. v. Camp (fortfahrend): Für diese Besetzung bin ich sehr dankbar, doch bedurfte ich ihrer nicht. (Heiterkeit.) Als ich die Sache anregte, wurde mir entgegengehalten, daß dieselbe gar nicht 50 Abgeordnete da sind, die zur Unterstufung eines solchen Antrages notwendig sind. (Große Heiterkeit.) — In der Sache, die zur Diskussion steht, schließe ich mich vollständig den Ausführungen des Grafen Kanitz an. Mit seinen allgemeinen Grundgedanken erklärte sich auch Herr Dove einverstanden, nur will er sie nicht anwenden; aber auf nicht angeordnete Grundzüge pfeife ich. Herr Dove will alles der Zulassungsstelle und den Banken überlassen; aber dies Vertrauen ist doch nicht gerechtfertigt. Die Großbanken haben vor allem ein Dividendeninteresse. Die Großbanken haben

die Situation, in welcher Reich und Staat ein besonderes Anleihebedürfnis nicht hatten, in bemerklicher Weise benutzt, um ausländische Werte hereinzubringen, und die Zulassungsstelle hat nicht immer sorgsam genug geprüft, ob ein Papier nicht zurückzuweisen ist. Es wäre gut, nach dem Vorschlag von Roland Lüde, einem früheren Direktor der Deutschen Bank, eine besondere ständige Kommission für Bankangelegenheiten zu schaffen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Stresemann (nall.): Als einzige praktische Anregung der Debatte liegt die der Schaffung einer Zentralzulassungsstelle vor. Aber es ist fraglich, ob dies möglich ist; denn die einzelnen Regierungen haben das Aufsichtsrecht über die einzelnen Zulassungsstellen und können von diesen ausgeprochene Zulassungen sogar wieder rückgängig machen. Wir haben auch vom Staatssekretär gehört, daß die Bundesstaaten von ihren Befugnissen Gebrauch machen wollen, und bei den amerikanischen Eisenbahnpapieren ist der preussische Handelsminister auch eingeschritten. Man unterschätze doch nicht die Bedeutung des Weltmarktes, man unterschätze auch nicht die Bedeutung der auswärtigen Betätigung des deutschen Kapitals für die politische Nachstellung Deutschlands. Man denke an die Sympathien, die uns das deutsche Kapital am Bosphorus, in Chile erworben hat. — Die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen genügen durchaus, um den deutschen Geldmarkt zu schützen. (Beifall links.)

Abg. Raab (Wirt. Vg.): Ich will durchaus nicht den gemüthlichen Ton unseres politischen Pünktchens fördern. (Heiterkeit.) Ganz entbehrt werden kann die auswärtige Betätigung des deutschen Kapitals wohl nicht; aber gegen die Ueberfütterung und Bedrohung des heimischen Geldmarktes muß energischer vorgegangen werden. Man soll nicht so nachgiebig gegenüber Amerika sein. Wenn die bestehenden Bestimmungen den Verbündeten Regierungen nicht genügend kräftige Handhabe bieten, so müssen sie eben verschärft werden. Ein Aufsichtsamit für das gesamte Bankwesen ließe sich sehr wohl schaffen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Gahn (L.): Mit dem Ergebnis der Interpellation können wir zufrieden sein. Alle Redner haben gewünscht, daß das deutsche Publikum verschont werde mit Papieren, deren Kurse nicht hier, sondern im Auslande gemacht werden. Mit Umgehung der Börse gehen Agenten mit ausländischen Papieren förmlich hausieren und schwächen dem Publikum ganz kolossale Mengen schlechter ausländischer Werte auf. Auf dies Umwesen möge die Regierung ihr Augenmerk lenken. An positiven Maßnahmen hat uns der Staatssekretär recht wenig versprochen, er hat an die Banken appelliert, sie sollten bedenken, daß sie im Dienst der Gesamtheit stehen. Aber Bankdirektoren sind keine Idealisten und sollen es auch nicht sein, und deshalb ist eine allgemeine öffentliche Ueberwachungsstelle notwendig, um das nationale Interesse wahrzunehmen bei der Anlage deutschen Kapitals im Auslande. Das mobile Kapital, das ins Ausland geht und dort Fabriken gründet, speziell in Ostasien, wo die Löhne niedrig sind, schaffen eine nicht zu unterschätzende Konkurrenz für die heimische Industrie; in dieser Richtung nicht das englische Beispiel nachzuahmen, sondern für den Schutz der deutschen Arbeit zu sorgen, ist eine wichtige Aufgabe. Redner schlägt einen Ausbau der Geschäftshandlung vor, die namentlich überall in Großstädten Depositionskassen errichten solle. Vielleicht muß das aus der Zeit rot-blauen Plods (Heiterkeit) stammende Wertengesetz bald wieder revidiert werden. (Bravo! rechts.)

Hierauf verlagte sich das Haus. Nächste Sitzung: Montag, 2 Uhr. (Marineetat.)

Schluß 6 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

24. Sitzung vom Sonnabend, den 11. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Dallwitz.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Gesetzentwurfs betr. Bewilligung weiterer 12 Millionen Mark zur

Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind und von gering besoldeten Staatsbeamten.

Abg. Frhr. v. Rastbach (L.): Wir stimmen der Vorlage zu. Der Staat soll vorbildlich beim Bau von Arbeiterwohnungen wirken. Seit 1895 sind 132 Millionen für diesen Zweck verwandt worden. Die Nachweisung über die Verwendung der Gelder sollte uns alljährlich vorgelegt werden. Es sollten möglichst viel Einzeldarlehen an Arbeiter und Beamte gewährt werden, die sich selbst helfen wollen.

Abg. Hirsch (Soz.):

Ein eigenes Haus ist vielfach für die Arbeiter ein Danaergeschenk. Wenn ein Umstich in ihren wirtschaftlichen Verhältnissen eintritt, sind sie in ihrer Bewegungsfreiheit gekümmert. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Im übrigen stimme ich in der Werthschätzung einer gesunden Wohnung vollkommen mit dem Vorredner überein und schließe mich auch seinem Wunsch auf jährliche Vorlegung der Nachweisungen an. Auch von dem Inhalt der Rietsverteile sollte uns Kenntnis gegeben werden. Was unsere prinzipielle Stellung zu der Vorlage anlangt, so kann gewiß unter Umständen der hier beschriebene Weg durchaus segensreich wirken. Aber es besteht die große Gefahr, daß mit dieser Wohlfahrtsanleihe Mißbrauch getrieben wird. Ich erinnere daran, daß im vorigen Jahre der Abg. Brust Beispiele angeführt hat, wo die Bergverwaltung Arbeitern oder Beamten die Werkwohnungen einfach gekündigt hat, weil die Arbeiter sich politisch betätigt hatten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung wußte damals auf seine schweren Anklagen kein Wort zu erwidern. Herr Brust sagte damals, es werde durch die Entziehung der aus allgemeinen Staatsmitteln geschaffenen Arbeiterwohnungen versucht, die Arbeiter in der Ausübung ihrer öffentlichen Rechte zu beschränken und Uebertretungen von bergpolizeilichen Vorschriften durch Graubewachte zu vertuschen. Zu einem solchen Zweck können wir natürlich keine Mittel bewilligen. Daß es sich hier um ein planmäßiges Vorgehen handelt, beweist der Ausspruch des Herrenhausmitgliedes Graf Dönhals. Döflau bei einer ähnlichen Vorlage, man wolle damit einen gewissen Einfluß auf die patriotische Meinung der Leute gewinnen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Mittel, die dazu verwandt werden, Arbeiter und Beamte in ihren politischen Rechten zu kürzen und die Leute zu veranlassen, patriotische Gesinnung zu heucheln, können wir unter keinen Umständen bewilligen. Wenn wir also auch die Bedeutung gesunder Wohnungen in sittlicher, hygienischer und sozialer Beziehung durchaus anerkennen, können wir doch dieser Vorlage nicht zustimmen. Da wir nicht unsere Hand dazu bieten können, daß Wohlfahrtsanleihen geschaffen werden, die schließlich dazu führen, aus freien Bürgern Gesinnungsheuchler zu züchten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schröder-Rassel (nall.) stimmt der Vorlage zu, hält aber einen Mißbrauch zu politischen Zwecken auch für unzulässig.

Ein Regierungskommissar betont, daß die Regierung nur mit Baugenossenschaften nicht mit Einzelpersonen in Verbindung trete. Es seien Bestimmungen geschaffen, daß diese bei Verletzungen die Häuser wieder zurücknehmen.

Abg. Bartsch (Z.): Es handelt sich hier um ein großes soziales Werk, und es ist bezeichnend, daß der Vertreter der Sozialdemokratie erklärte, seine Freunde würden gegen das Gesetz stimmen. Deutschland steht in der Sozialpolitik an der Spitze aller Länder, aber die Wohnungsverhältnisse sind bei uns schlechter

als z. B. in Amerika. Daher hat der Staat allen Anlaß, in dieser Beziehung ein mustergültiges Beispiel zu geben.

Abg. Rosenow (Sp.) begrüßt die Vorlage, verurteilt aber ebenfalls jeden Mißbrauch zu politischen Zwecken und kritisiert es, daß mehrfach von diesen Geldern auch größere Wohnungen für höhere Beamte gebaut worden seien.

Damit schließt die erste Beratung. Das Gesetz wird sogleich in zweiter Beratung ohne Debatte angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs betr. eine Anleihe zur Erweiterung der Anlagen der Staatsbergverwaltung.

Abg. Dr. König (Z.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit der Vorlage.

Abg. v. Pappenheim (L.) beantragt Ueberweisung der Vorlage an die Budgetkommission. Die bisherige Bergbautätigkeit des Staates sei nicht gerade ermutigend.

Abg. Maccò (natl.) wünscht größere Klarheit in der Rechnungsführung der Bergverwaltung. Wir halten eine Erweiterung der Staatsbergwerke gar nicht für so wünschenswert, denn der Staat kann nicht so billig wirtschaften wie ein Privatbetrieb.

Handelsminister Sydow betont, daß nicht daran gedacht werde, den staatlichen Bergwerkbetrieb besonders zu vergrößern. Auf die Gefährdung der Bergbauarbeiten durch die Rentabilität der Staatsbergwerke wolle er in der Kommission eingehen.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Es muß Vorfrage getroffen werden, daß dem Staat nicht die schlechtesten Bergwerke zufallen, dann wird der Staat auch bessere Erfolge mit seiner Bergbautätigkeit haben. Bedauerlich ist ja, daß hier wieder ein neuer Bump aufgenommen werden muß. Der Staat hätte eben seinen Bergbau so ausdehnen sollen, daß er wirklich rentabel ist. Uebrigens ist auch kein Etat diesmal mit so übergroßer Vorsicht aufgestellt wie der Vergetat. Man scheint durchaus das Bestreben zu haben, nur ja recht wenig Ueberschüsse herauszurechnen. Wir kommen darauf bei der Beratung des Vergetats zurück. Wenn unsere Bergwerke zur vollen Förderung gebracht werden, werden sie auch gute Ueberschüsse erzielen. Die privaten Bergwerke erzielen ihre großen Gewinne auf Kosten der Löhne und der Gesundheit der Arbeiter. Daher ist ihre Uebernahme auf den Staat erforderlich. Dieser Gedanke der allgemeinen Verstaatlichung des Bergbaues wird um so mehr Allgemeingut werden, als der Staat für Gesundheit, gute Entlohnung und gute Behandlung seiner Arbeiter sorgt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte, das Gesetz geht an die Budgetkommission.

Ein Gesetz betr. Erweiterung des Stadtkreises Erfurt wird an die Gemeindefiskalmission verwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des Etats des Ministeriums des Innern.

Bei den Einnahmen spricht

Abg. Wenke (Sp.) für Beschäftigung von Gefangenen in der Landwirtschaft.

Abg. Weyer (Z.) tritt für verbesserte Fürsorge für die Veteranen ein. Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Montag 11 Uhr.

Schluß 3 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Aus der preussischen Budgetkommission.

Am Freitagabend setzte die Kommission die Beratung des Eisenbahnetats fort. Ein polnischer Abgeordneter beschwerte sich über das Verbot des Verkaufes deutscher polnischer Zeitungen auf den Bahnhöfen und über die Nichtzulassung von Reklamen für die Landbank in den Jagdabteilen. Der Minister erklärte, von beiden Angelegenheiten nichts zu wissen.

Bei den Ausgaben kam es zu einer Aussprache über die Arbeiter- und Beamtenverhältnisse. Der Berichterstatter, ein Nationalliberaler, begrüßte die Ausführungen des Ministers gegen das Streikrecht der Eisenbahner. Die Forderung des Ministers, daß Arbeiterauschussmitglieder nur durch die Direktionen entlassen werden dürfen, sei erfüllt.

Auf den Wunsch der freisinnigen Kommissionsmitglieder nach Herausgabe einer eingehenden Statistik antwortete der Minister, die Statistik werde zu umfangreich werden und außerdem den Arbeitern die Möglichkeit geben, die Löhne zu vergleichen. Die Lohnerhöhungen für 1910 betragen 11 Millionen Mark; nicht alle Arbeiter haben sie erhalten. Noch weitere Leistungen des Staates seien — auch für die Arbeiterversicherung — nicht möglich. Die Vorteile der Staatsarbeiter seien so erheblich, daß keine Veranlassung vorliege, den Löhnen der Industrie vorzuschreiten.

Ein konservativer Antrag forderte Gleichstellung der Gehaltsätze der Eisenbahnassistenten mit denen für die Assistenten im Reich. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der polnische Vertreter beschwerte sich über die Eisenbahnbeamten in den Ostmarken, die ihre Ostmarkenzulagen durch schlechte Behandlung der polnischen Bevölkerung zu verdienen suchten. Ihm selbst sei vor 2 Jahren bei der Verlegung des Reichstags die Benutzung seiner Reichstagsfahrkarte verboten worden. Weitere Beschwerden betrafen die Verfolgung der Polen und die Unterdrückung der polnischen Sprache. Der Minister antwortete, die Beamten hätten die Pflicht, das Deutschtum zu fördern.

Eine tendenziöse

Internationale Hygiene-Ausstellung.

Von Mai bis Oktober d. J. findet in Dresden eine Internationale Hygiene-Ausstellung statt, die u. a. den Zweck haben soll, hygienische Belehrung zu verbreiten und dem Besucher vorzuführen, welche Gefahren den Körper bedrohen, inwiefern er dazu beitragen kann, diese Gefahren abzuwenden und wie es möglich ist, den eigenen Gesundheits- und Kräftezustand zu erhalten und eventuell zu erhöhen. Die Ausstellung soll fünf große Abteilungen umfassen: Die wissenschaftliche Abteilung, die historische Abteilung, die populäre Abteilung, die Sportabteilung und, in alle Abteilungen eingreifend, die Industrie.

Nach den Erklärungen des Staatsministers Graf Balthus von Csapády vom 12. Februar 1910 sollte diese Ausstellung allen Schichten der Bevölkerung dienen. Er führte damals aus:

„Die Ausstellung soll uns zur Anschauung bringen, was Wissenschaft und Technik auf dem Gebiete der Hygiene geleistet haben und indem sie das tut, soll sie einerseits den staatlichen und kommunalen Behörden erleichtern, sich die Ergebnisse der Wissenschaft anzueignen und sie in das praktische Leben zu übertragen. Andererseits soll sie das Interesse des Publikums wecken und den breiten Schichten der Bevölkerung zeigen, wie die Aufgaben und Bedürfnisse der Hygiene in alle Lebensgebiete eingreifen, was auf diesem Gebiete bisher geleistet worden ist, was geleistet werden kann und was noch geleistet werden muß. Das letztere scheint mir beinahe das Wichtigste. Die Not unserer Mitbürger ist es gewesen, die uns gelehrt hat, das Problem der Hygiene als ein gemeinsames, als ein öffentliches, als ein soziales zu empfinden; die Not hat uns erzogen

zu sozialem Empfinden und sozialem Pflichtgefühl.“

Das Direktorium der Ausstellung ging von derselben Anschauung aus. Diese Ansicht hat es auf Drängen des Verbandes sächsischer Industrieller ebenso wie das sächsische Ministerium geändert: die Ausstellung soll eine tendenziöse werden, auf der die Wahrheit nur so weit eine Stätte haben soll, wie der erwähnte Verband und die sächsische Regierung als sein Instrument es duldet.

Das beweisen die nachstehend geschilderten Vorgänge.

Der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands gingen von dem Direktorium der Ausstellung und von dem wissenschaftlichen Generalsekretär der Ausstellung Einladungen zur Besichtigung der wissenschaftlichen Abteilung zu. In der zweiten Einladung wurde die Generalkommission im Auftrage des Vorsitzenden der Gruppe V 3 der wissenschaftlichen Abteilung „Spezielle Berufsstatistik und Berufshygiene“, des Geh. Regierungsrats Dr. Wuydorph-Berlin, noch besonders ersucht, sich an der Internationalen Hygiene-Ausstellung durch Ueberlassung von Ausstellungsgegenständen zu beteiligen. Besonderer Wert würde — wie es in dem Einladungsschreiben hieß — u. a. auf Vorführungen aus dem Gebiete der Heimindustrie gelegt werden.

Die Generalkommission stimmte einer Beteiligung der Gewerkschaften an der Internationalen Hygiene-Ausstellung in Uebereinstimmung mit den Vorständen der gewerkschaftlichen Zentralverbände zu. Man verkannte nicht, daß dadurch den Gewerkschaften eine große Arbeit und nicht unerhebliche Kosten entstehen würden. Man entschloß sich aber zur Beteiligung um so eher, als die Leitung der wissenschaftlichen Abteilung großen Wert auf die Beteiligung der Gewerkschaften an der Gruppe 5 „Beruf und Arbeit“ legte. In dieser Gruppe soll, wie es in einem Schreiben der Ausstellungsleitung heißt:

„an einem möglichst reichen Anschauungsmaterial gezeigt werden: 1. Welchen gesundheitlichen Schädigungen die Arbeiter in den verschiedenen Betrieben ausgesetzt sind. 2. Welche hygienischen Einrichtungen getroffen werden können, um diese Schädlichkeiten zu begegnen. Um Interesse und Verständnis für gewerbehygienische Fragen anzubahnen, sollen auch Gegenstände zur Vorführung gebracht werden, welche die verschiedenen Techniken und das Milieu, in dem gearbeitet wird, veranschaulichen, wie z. B. Photographien, Modelle und sonstige Darstellungen von Fabrikräumen, Werkstätten, Arbeitsplätzen, Apparaten und Maschinen, Arbeiter in ihrer Beschäftigung usw.“

Mit Rücksicht darauf, daß nach der im Auftrage des Geh. Regierungsrats Dr. Wuydorph übermittelten Einladung besonderes Gewicht auf Vorführungen aus dem Gebiete der Heimindustrie gelegt wurde, kamen die Verbandsvorstände zu dem Entschluß, eine besondere Heimarbeiterausstellung innerhalb der Internationalen Hygieneausstellung zu veranstalten. Diese Absicht wurde in der ersten Hälfte des Oktober v. J. dem wissenschaftlichen Generalsekretär der Ausstellung bei einer Rücksprache in Berlin zur Kenntnis gebracht. Mit Schreiben vom 15. Oktober teilte dieser Generalkommission mit, daß eine solche Heimarbeiterausstellung als Sonderausstellung der Generalkommission aufgeführt werden müßte und daß dementsprechend die Generalkommission die gesamten Kosten für diese Ausstellung selbst übernehmen und Platzmiete zahlen müßte, genau so, wie dies z. B. auch von den Sonderausstellungen des Zentralverbandes vom Roten Kreuz, des Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose und verschiedenen anderen ausgesprochenen Wohltätigkeitsvereinen verlangt würde. Eine Ausnahme könne auch bei der Generalkommission nicht gemacht werden.

Die Generalkommission erklärte sich bereit, Platzmiete zu zahlen und eventuell auch einen eigenen Pavillon für die Heimarbeiterausstellung auf ihre Kosten zu errichten.

Am 14. November fanden zwischen dem Direktorium der Ausstellung und Vertretern der Generalkommission in Dresden weitere Verhandlungen statt. Das Direktorium, insbesondere dessen Vorsitzender, Kommerzienrat Lingner-Dresden, zeigte bei diesen Verhandlungen das größte Entgegenkommen und erklärte sich bereit, die Sonder-Heimarbeiterausstellung der Gewerkschaften, wenn irgend möglich, in der Nähe des großen Pavillons „Beruf und Arbeit“ unterzubringen. Für den Fall, daß der zu errichtende Pavillon in diesem Teil der Ausstellung nicht mehr sollte untergebracht werden können, sollte für die gewerkschaftliche Sonderausstellung auf der anderen Seite des Ausstellungsterrains ein geeigneter Platz zur Verfügung gestellt werden. Das Direktorium erklärte sich auch bereit, gegen Zahlung eines Pachtpreises von 89 M. pro Quadratmeter die zur Heimarbeiterausstellung benötigte Halle den Wünschen der Generalkommission gemäß zu errichten. Da eine Verständigung mit der Bauleitung und eine Ausmessung des Platzes notwendig war, versprach das Direktorium, der Generalkommission innerhalb einer Woche definitive Bescheid darüber zugehen zu lassen, welcher Platz innerhalb des Ausstellungsterrains zur Verfügung gestellt werden könne.

Bei den Verhandlungen mit dem Direktorium der Ausstellung war auch ein Geheimrat aus dem sächsischen Ministerium zugegen. Dieser Herr hatte gegen die gewerkschaftliche Heimarbeiterausstellung erhebliche Bedenken und verlangte, daß die Ausstellung gemeinsam mit den Unternehmern arrangiert werde, weil sonst zu befürchten sei, daß sie „tendenziös“ ausfallen würde. Zum mindesten sollten die Gewerkschaften sich verpflichten, auch die Lichtseiten der Heimarbeit zur Darstellung zu bringen.

Die Vertreter der Generalkommission erklärten, auf eine, zusammen mit den Unternehmern zu veranstaltende Ausstellung verzichten zu müssen. Es müsse den Unternehmern überlassen bleiben, ihrerseits die Heimarbeit in der Ausstellung zur Darstellung zu bringen, wie sie es für richtig hielten. Die Lichtseiten der Heimarbeit zur Vorführung zu bringen, hätten die Gewerkschaften keine Veranlassung, weil ihrer Ansicht nach die Heimarbeit in der Hauptsache Schatten-seiten aufzuweisen hätte. Tendenziös solle die Ausstellung nicht gestaltet werden. Nur die für die Heimarbeit typischen Verhältnisse sollten zur Darstellung gelangen.

Die von dem sächsischen Geheimrat erhobenen Bedenken fanden bei den übrigen Mitgliedern des Direktoriums, insbesondere bei dem Vorsitzenden, keine Gegenliebe. Kommerzienrat Lingner erklärte ausdrücklich, die Befürchtungen, daß die Ausstellung tendenziös gestaltet werden könne, seien ungerech-

fertigt. Man müsse den Gewerkschaften überlassen, die Ausstellung so zu gestalten, wie sie es für richtig hielten. Kämen Uebertreibungen vor, so würde das nur den Eindruck der Ausstellung abschwächen, denn solche Dinge forrierten sich selbst. Uebrigens einschränkende Bedingungen zu stellen, sei nicht nötig.

Darauf begannen die Gewerkschaften mit den Vorarbeiten für die Ausstellung.

Einige Zeit später erschienen in sächsischen Zeitungen Berichte über Tagungen der sächsischen Gewerbe- und Handelskammern, sowie anderer Unternehmerorganisationen, aus denen hervorging, daß das sächsische Ministerium des Innern die Unternehmung gegen die gewerkschaftliche Heimarbeiterausstellung mobil gemacht hatte.

Der Verband sächsischer Industrieller richtete nun eine Eingabe an das Ministerium des Innern, in welcher er gegen die Heimarbeiterausstellung der Gewerkschaften sich wandte.

Nunmehr, im Januar, gab das Direktorium der Ausstellung Garantien dafür, daß die Ausstellung nicht tendenziös ausfallen werde. Die Gewerkschaftsvertreter erklärten sich damit einverstanden, daß die Unternehmung in demselben Pavillon in einer besonderen Abteilung eine Heimarbeiterausstellung veranstalten, und machten weiterhin den Vorschlag, wirklich Unparteiische zur Entscheidung darüber zu berufen, ob die von den Gewerkschaften darzustellenden Heimarbeitersverhältnisse zutreffend wiedergegeben seien. Als geeignet zu diesem Schiedsrichteramt brauchten die Gewerkschaftsvertreter die Vorstandsmitglieder der Gesellschaft für soziale Reform, insbesondere den Staatsminister außer Dienst Herrn von Berlepsch und Herrn Professor Franke, in Vorschlag. Das Direktorium erklärte, sich darauf nicht einlassen zu können, denn alle diese Sozialreformer „schwebten in der Luft und kämen mit den Füßen nicht auf den Erdboden“.

Die Gewerkschaftsvertreter machten noch den weiteren Versuch, einen sächsischen Vertreter der Gesellschaft für soziale Reform, Herrn v. Scheben in Dresden, als Unparteiischen in Vorschlag zu bringen, — aber „auch dieser Herr schwebte in der Luft“, erklärte das Direktorium, und damit war auch dieser Vorschlag abgetan. Kommerzienrat Lingner betonte mehrmals, daß er persönlich es durchaus gern sehen würde, wenn eine Basis gefunden werden könnte, welche die gewerkschaftliche Sonderausstellung ermöglicht. Die Internationale Hygieneausstellung sei aber von der Regierung subventioniert, zum Teil von den Industriellen abhängig. Er sei also gezwungen, die Wünsche von jener Seite zu beachten. Die verschiedenen, bei der Verhandlung zur Erörterung gelangten Vorschläge sollten erst nach dem Ministerium unterbreitet und dann der Generalkommission schriftlicher Bescheid erteilt werden. Die Gewerkschaftsvertreter erklärten dem Direktorium, daß sie nicht im Zweifel darüber seien, wie der im Einverständnis mit dem sächsischen Ministerium gegebene Bescheid ausfallen werde.

Mit Schreiben vom 25. Januar teilte Kommerzienrat Lingner dem Generalkommission mit, daß er versucht habe, auf Grund der verschiedenen Vorlagen, die gemeinsam besprochen worden seien, eine alle Teilnehmer befriedigende Lösung herbeizuführen, daß ihm dies aber zu seinem großen Bedauern nicht gelungen sei und daß deshalb die gewerkschaftliche Heimarbeiterausstellung nicht zugelassen werden könnte.

Die hier eingehend geschilderten Vorgänge sind ein Schulbeispiel dafür, welche Macht das Unternehmertum in Deutschland besitzt. Für die sächsischen Unternehmer und deren im Ministerium des Innern tätigen Interessenvertreter werden Bestrebungen auf Verbesserung der hygienischen Verhältnisse weiter Volkstreu in dem Augenblick zu einem Staatsverbrechen, wo das Privatinteresse der Unternehmer gefährdet werden könnte.

Was hat die sächsische Regierung mit ihrem Treiben gegen die Gewerkschaften erreicht? Sie hat erreicht, daß die Gewerkschaften angesichts dieser Kapitulation der Ausstellungs-direktion vor den Unternehmerforderungen nicht bloß auf die Veranstaltung der Sonderausstellung betreffend Heimarbeit verzichteten, sondern nunmehr jede Beteiligung an der Internationalen Hygieneausstellung ablehnen, weil ihnen nach dem, was sie erfahren mußten, das Vertrauen zur Ausstellungsleitung abhanden gekommen ist. Sie hat aber ferner erreicht, die Internationale Hygieneausstellung mit dem Stigma der Förderung von Unternehmerinteressen zu behaften. Denn nichts anderes bezweckte ihre Forderung einer Jury, welche zur Hälfte aus sächsischen Unternehmertreibern zusammengesetzt sei, als dadurch jede ernsthafte Darstellung von Mißständen und Schäden der Heimarbeit zu verhindern. An dem Widerspruch der Industriellenvertreter wäre jede Ausstellung des tatsächlichen Heimarbeiterselends gescheitert.

Es war selbstverständlich nicht die Absicht der Gewerkschaften gewesen, die Heimarbeit tendenziös darzustellen. Nur die Darstellung dessen, was in Wirklichkeit vorhanden ist, sollte gewährleistet sein. Tatsächlich kann das Heimarbeiterselend in seinem vollen Umfange gar nicht ausgestellt werden, denn wer würde wohl das Herz dazu haben, das Heim der allerärmsten Arbeiterschichten mit seinem Jammer und Schmutz, seinen Wismen und Dünsten und 2 1/2 kleinen Kinder und Kranken als Bewohner dazu dem Publikum so vorzuführen, wie es in seiner Wirklichkeit sich darbietet? Diese Wirklichkeit vermag auch die realistischste Ausstellung nicht wiederzugeben, — sie wird immer unerreicht bleiben und insofern wird jeder Ausstellung eine gewisse Tendenz der Schönfärberei innewohnen. Wer aber den Gewerkschaften zumutet, jede Tendenz, auch die berechtigte Tendenz, das Publikum vor den Nachteilen der Heimarbeit zu warnen und die öffentliche Gesundheitspflege auf diese Mißstände hinzuweisen, beiseite zu lassen, der verkennt den hohen Zweck der Hygiene, die den Kampf gegen das Ungefunde, gegen das Gemeinlichliche, gegen Vorurteile zu führen hat. Den Gewerkschaften war es so völlig Ernst mit ihrer Beteiligung an der Ausstellung, mit ihrem Vorhaben, auch ihrerseits zur Förderung der Hygiene beizutragen, daß sie sogar bereit gewesen waren, sich eine Ausnahmegericht gefallen zu lassen, die sonst keinem anderen Aussteller zugemutet wurde. Nur sollte diese Jury wirklich unparteiisch sein. Indem das Direktorium es ablehnte, Männer der Gesellschaft für soziale Reform, Männer vom Rufe eines Berlepsch, eines Franke, eines v. Scheben als Unparteiische anzuerkennen, verriet es drastisch genug, worauf es der sächsischen Regierung ankam, auf die Hervorkehrung des einseitigen Unternehmerinteresses.

Die Gewerkschaften werden sich mit diesem Stand der

Dinge abzufinden wissen. Ist es für sie doch ein erneuter Beweis dafür, daß wir in einem kapitalistischen Staate leben, und daß Sozialpolitik, Hygiene und Volkswohl an kapitalistischen Interessen ihre Grenze finden. Desto mehr aber haben die deutschen Gewerkschaftskreise alle Ursache, die Darbietungen einer Ausstellung, die unter dem Protektorat der sächsischen Regierung steht, einer strengen, kritischen Prüfung zu unterziehen, denn die Befürchtung ist nicht von der Hand zu weisen, daß auch in anderen Zweigen der Hygiene das Gemeinwohl hinter das Unternehmerinteresse zurücktreten mußte.

Die Internationale Hygiene-Ausstellung in Dresden kann demnach nur eine tendenziöse, in der Luft schwebende, auf Unterdrückung der notwendigen Maßregeln für die Hygiene abzielende sein.

Aus Industrie und Handel.

Das niederträchtige System.

Unbekümmert um die Kritik, ramschen die Getreideexporteure mit dem niederträchtigen Einfuhrzollsystem Millionen über Millionen aus der Reichskasse. Angeblich nur zum Schutze der heimischen Landwirtschaft, damit sie nicht durch billige Auslandspreise bedroht werde, hat man die Getreidezölle auf 50 resp. 55 M. hinaufgesetzt. Die Zollerhöhung bedeutet aber auch eine entsprechende Steigerung der Ausfuhrprämie. Das ist der Hauptgrund, daß man die Einfuhr besteuert und die Ausfuhr auf allgemeine Kosten prämiiert. Im Effekt läuft die Geschichte darauf hinaus, daß die deutschen Konsumenten hohe Preise zahlen müssen, damit das Ausland teilweise billiges deutsches Getreide bekommt. Haben wir es doch glücklich so weit gebracht, daß z. B. bei Roggen die Ausfuhr die Einfuhr bedeutend übersteigt, der Roggenzoll bringt demnach nicht so viel ein, als die Roggenausfuhrprämie absorbiert. Unter Verlastung der Mehlausfuhr stellt sich die Mehrausfuhr für das letzte Halbjahr auf ca. 1/2 Millionen Doppelzentner, was einer Ausfuhrprämie von 17 1/2 Millionen Mark gleichkommt. Wie sich der Getreideausfuhrhandel in den letzten 6 Monaten im Vergleich mit der gleichen vorjährigen Periode entwickelt hat, zeigt die folgende Zusammenstellung. Es betrug in der Zeit vom 1. August bis 31. Januar:

	1909/10		1910/11	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
Roggen	1 864 418	3 540 027	2 856 681	5 112 630
Weizen	14 942 050	2 986 545	14 088 917	3 362 331
Gerste	16 607 557	166 885	19 999 958	193 428
Hafer	3 066 781	2 782 568	3 563 778	2 221 670
Mais	4 002 505	288 896	4 270 591	293 210
Roggenmehl	5 462	856 182	6 932	1 019 149
Weizenmehl	88 471	937 468	101 266	1 166 492

Die schon hohe Ausfuhr im Vorjahre ist im letzten Jahre noch reichlich überholt worden, andererseits ging die Einfuhr bei Weizen zurück. Die Veränderung in der Ein- und Ausfuhr bei Brotgetreide und Mehl wird ersichtlich, wenn man den Ein- resp. Ausfuhrüberschuß ermittelt, was in der nachstehenden Uebersicht geschieht. Es ergeben sich folgende Mengen in Doppelzentner:

	Einfuhr		Ausfuhr	
	1909/10	1910/11	1909/10	1910/11
Roggen	—	—	1 675 609	2 255 936
Weizen	12 555 505	10 726 596	—	—
Roggenmehl	—	—	650 720	1 012 217
Weizenmehl	—	—	848 997	1 065 226

Der Einfuhrüberschuß bei Weizen ist um 1 1/2 Millionen Doppelzentner gesunken, dagegen stieg der Ausfuhrüberschuß bei Roggen um 580 300 Doppelzentner, bei Weizenmehl um 216 229 Doppelzentner und bei Roggenmehl um 361 497 Doppelzentner. Das nennt man nationale Politik!

Ein Gewinnkrom. Eine wahre Goldgrube für die Aktionäre ist die Continental Caoutchouc- und Gutta-Percha Compagnie, Hannover. Um nicht durch eine bedeutende Steigerung der Dividende die Arbeiter gar zu sehr aufzureizen, hat die Gesellschaft wiederholt ihr Aktienkapital erhöht. Daß diesen Operationen kein Geldmangel zugrunde lag, ergibt sich aus der im letzten Jahre erfolgten Aktienschiebung. Jeder Aktionär erhielt auf zwei alte Aktien eine neue hinzu — zum Kurse von 250 Proz. Trotz dieser Erhöhung konnte der Aufsichtsrat für das letzte Geschäftsjahr eine Dividende von 45 Proz. auf das gesamte Aktienkapital in Vorschlag bringen. Obwohl das Aktienkapital von 8 auf 9 Millionen Mark erhöht worden ist, erhalten die Aktionäre eine um 5 Proz. höhere Dividende als im Vorjahre. Wäre das Aktienkapital unverändert geblieben, so hätte eine Dividende von 67 1/2 Proz. verteilt werden können. Dabei sind „große Abschreibungen und Rückstellungen“ vorgenommen worden.

Die Aktionäre machen ein Bombengeschäft doppelter Art. Nicht nur, daß sie mühelos eine höhere Dividende einheimen: ihre neue Aktie, über 1200 M. lautend, die sie zu 250 Proz. = 3000 M. bezogen haben, notiert an der Börse bereits 624 Proz. = 7488 M. Mit jeder neuen Aktie kann der Aktionär also 4488 M. „verdienen“, nachdem er die fetten Dividenden eingefascht hat.

Regelung der Produktion.

Wenn von uns Sozialdemokraten der Wöhhim einer regellosen Produktion nachgedenken und die Notwendigkeit ihrer Regelung betont wird, dann zern alle „Sachverständigen“ über solchen „Zuchthausstaat“. Wenn aber kapitalistische Regierungen selbst in den freien Wettbewerb eingreifen, und sei es noch so rauh und rücksichtslos, dann kann den bürgerlichen Kritiker entzückte Bewunderung. Der japanischen Regierung ist es, wie die „Deutsche Wirtschaftszeitung“ mitteilt, durch solch rücksichtsloses Eingreifen gelungen, die Zuderindustrie auf der Insel Formosa zu ungeahnter Blüte zu bringen. Als die Insel noch zu China gehörte, produzierte sie jährlich 36 000 bis 40 000 Tonnen Zuder von geringer Qualität. Japan dagegen hat nach sorgfältigem Studium der Verhältnisse auf anderen zuderproduzierenden Inseln ein Regierungsgesamt errichtet, das folgende „sehr praktischen Maßnahmen“ ergriffen hat: Wenn jemand heute eine Zuderfabrik errichten will, muß er sich an das Amt wenden und den Besitz eines genügenden Kapitals nachweisen. Dann wird ihm ein bestimmtes Gebiet zugeteilt und die Menge, die er produzieren darf, genau vorgeschrieben. Sobald ein Bezirk in dieser Weise aufgeteilt ist, bekommt niemand mehr die Erlaubnis zur Errichtung einer neuen Fabrik. Das in jedem einzelnen Bezirk angebaute Zuderrohr muß von den Bauern zu einem festgesetzten Preise an die Fabrik abgeliefert werden. Man sieht, das sind schon ziemlich weitgehende Zwangsmahregeln. Würden sie von Sozialdemokraten ausgehen, so würde die bürgerliche Presse zern, daß man einer freien Industrie die Kehle zuschnürt. So aber urteilt die „Deutsche Wirtschaftszeitung“ über den Erfolg der Maßregel höchst günstig: „Durch dieses System ist es Japan gelungen, die Zuderproduktion auf 200 000 Tonnen pro Jahr zu bringen. Die Anzahl der Zuderfabriken beträgt zurzeit 16, die sämtlich mit den modernsten Maschinen eingerichtet sind.“ Und auch die Bevölkerung Japans hat Vorteil davon gehabt: trotz steigenden Preises hat sich der Verbrauch von Zuder von 225 000 Tonnen im Jahre 1905 auf 300 000 Tonnen im Jahre 1910 gehoben.

Aus der Frauenbewegung.

Die britische Frauenbewegung.

Es ist eine fast komisch wirkende Laune des Schicksals, daß der bürgerlichen Frauenbewegung Großbritanniens zu derselben Zeit, in der sie unter inneren Zwistigkeiten leidet und ihrem Niedergange entgegensteht, im Parlament das Glück hold ist. Bei dem Vorkommen der sogenannten privaten Parlamentsmitglieder um das Recht, an einigen Freitagen nach Ostern Gesetzentwürfen einzubringen, erhielt eine der „Suffragettes“ den ersten Platz. Es heißt, man wird die Einigungsvorlage, die im vorigen Parlament die zweite Lesung

bestand, mit einigen Änderungen wieder einbringen. Nach der neuen Vorlage soll das Wahlrecht nur den Hausbesitzerinnen, auch wenn sie verheiratet sind, erteilt werden. Mit dieser Änderung will man wahrscheinlich dem Einwand begegnen, den man gegen die erste Vorlage machte: daß nämlich die Einigungsvorlage nur zu leicht von den bestehenden Klassen ausgenutzt werden könnte. Um ihre Stimmkraft zu erhöhen. Nach der Vorlage des vorigen Jahres, so wurde behauptet, hätte ein reicher Mann keine Schwierigkeit gehabt, seine Töchter, Schwestern und Tanten, denen er das Verfügungsrecht über einige Räumlichkeiten einräumte, mit dem Stimmrecht auszurüsten. Die neue Fassung der Vorlage würde eine ähnliche Praxis unmöglich machen und etwa eine Million neuer Wähler schaffen. Diese Vorlage ist noch reaktionärer als ihre Vorgängerin; denn nach dieser bekamen wenigstens die unverheirateten Arbeiterinnen in den Industriegebieten das Wahlrecht. Man sieht, wie sich die Suffragettes auch winden und drehen mögen, die bürgerlichen Klasseninteressen schauen immer wieder hervor. Was an dem ganzen Wandel am unnatürlichsten ist, ist der Umstand, daß sich die Arbeiterpartei für diese „Damenrechtlerinnen“ so sehr ins Zeug legen. Nach ihrer Ansicht wird die Einigungsvorlage in der chinesischen Kauer des Vorurteils gegen das Frauenstimmrecht Versteck legen. Von denselben wackligen Prämissen ausgehend müßten die preussischen Arbeiter das Pluralwahlrecht als Etappe zum allgemeinen Wahlrecht fordern.

Ran kann sich dem Eindruck nicht verschließen, daß es mit der bürgerlichen Frauenbewegung rapide bergab geht.

Die demokratische Frauenbewegung verliert nichts durch den Rückgang der „Damenrechtlerinnenbewegung“ in Großbritannien. Man kann sich vielmehr jetzt auf eine regere Bewegung zugunsten des allgemeinen Frauenstimmrechts gefaßt machen.

Lesendeud.

Groß-Lichterfelde. Dienstag, den 14. Februar, im Kaiserhof, Stralendorfer Platz: Vortrag: „Wirtschaftliches Elend und Verbrechen“. Referentin: Frau Vohn-Schuh.

Kleines Feuilleton.

Humor und Satire.

Der Scharber-Prozeß.

Sieben Menschen schuldlos zur Hölle verdammt,
Sieben Klide gelendet, drin Wahrheit gestammt,
Sieben Seelen zermalmt in schuldlosem Leid,
Sieben Herzen schuldlos gewelkt vor der Zeit —
Wie war es möglich?

Weil der blaue Rock mehr als das Bürgerkleid gilt,
Weil der alte Beamtenwahn noch quillt,
Weil ein Lump, der trägt Beamtentracht,
Sieben Ehrliche mundtot und wehrlos macht, —
So war es möglich!

Rätseln.

Brief des Herrn v. Scharfmaier an den preussischen Justizminister. Ich weiß zwar nicht ausdrücklich, die wievielte Muße die Justitia ist, aber daß sie ein ständiges Frauenzimmer ist, das weiß ich. Erst dieser Raabiter Prozeß und jetzt dieser Scharber-Prozeß — mein Vertrauen in die Abhängigkeit unserer Richter schwindet immer mehr. Ganz recht haben die Leute, die über die Langwierigkeit unserer Prozeßverfahren und den Altenschnittel klagen! Es sollte einfach gefragt werden: „Sind Sie sozialdemokratisch?“ — „Ja!“ — „Also sind Sie verurteilt!“ Oder: „Sind Sie konservativ?“ — „Ja!“ — „Freigesprochen!“ — Verurteilungen und Wiederaufnahmeverfahren sind überhaupt Rumpfh, und daß Jungen, die nicht Schutzmann sind, zum Eid zugelassen werden, treibt uns direkt dem Anarchismus in die Arme! Es ist nur ein Glück, daß sich unser lieber Jagow in seinen Reden so wenig um die gefällten Urteile und gerichtlichen Feststellungen kümmert! Trotzdem müßte mal wieder betont werden: Weniger Gerechtigkeit und mehr Politik im Gerichtssaal! Dann könnte unsrerins die Zeitungen wieder mit Genuß lesen.

NB. Könnte man nicht dem verstorbenen Winter ein Denkmal in Raabitz errichten? („Jugend.“)



Leiser

Schicke Ball- und Abendschuhe

letzte Wiener und Pariser Neuheiten

Weiß Glacé-Spangenschuhe mit Perlschleife, genäht

295

Kalblack-Spangenschuhe mit eleganter Rippschleife.

490

Chevette-Salonschuhe mit Perlschleife, schicke Wiener Ausführung

590

Lack-Spangenschuhe mit groß. Rippschleife, hochelegante Formen

Chevreau- und Lack-Molièreschuhe mit elegant. Schnalle, innen zum Schnüren

790

Samt-Salonschuhe mit Atlasrossette und Similknopf, letzte Neuheit

890

Salonschuhe, echt vergoldet und echt versilbert mit franz. Absatz

1050

Silber- u. Gold-Brokat-Schuhe echt Louis XV-Abs., Orig. Wiener Modell

1650

Elegante Herren-Lackstiefel

in neuesten und apartesten Formen

Lack-Schnür-Stiefel m. Chevr.-Einsätzen, mit und ohne Gehalten, sehr hübsche schlanke und moderne amerikanische Formen

1250

Lack-Knopfstiefel mit Chevr.-Einsätzen, hochelegante, schlanke, französische Formen

1375

Chromlack-Besatz-Schnürstiefel mit Chevr.-u. Mattedl.-Einsätz, beliebt. halbr. Form

1550

Chromlack-Besatz-Knopfstiefel mit matten Einsätzen, letzte mod. amerik. Formen

Leipziger Straße 65
Königsstraße 34
Oranienstraße 47a

Herren-Chromlack-Schnür- u. Knopfstiefel mit modernen Westingstoff-

Einsätzen, hochelegante, schlanke franz. Formen

1650

Herren-Ganz-Lack-Schnürstiefel mit Derby, aparte schlanke Form, bevorz. Material

1800

Herren-Lackstiefel mit Samtkalbeinsätzen, vornehmer Kavaliertiefel

Neu eröffnet: **Taurentzienstraße 20**, Ecke Passauer Straße

direkt am Willenberglplatz

Oranienstraße 34
Rixdorf, Bergstr. 7-8
Müllerstraße 3a

Garantiert Handarbeit

mit M. ohne M.

3 Pf.

3 1/2 Pf.

Haloppi

Neue türkische
Qualitäts-Zigarette!



A. WERTHEIM

G. M. B. H.

LEIPZIGER STR. 132-137 am Leipziger Platz



ROSENTHALER STR.

Wir haben in Berlin nur diese 3 Geschäfte
Bei Briefen ist genaue Adresse erforderlich
Versand-Abteilung, Berlin W. 64, Leipzigerstr. 132-37

ORANIEN-STRASSE

Montag
Dienstag
Mittwoch

Montag
Dienstag
Mittwoch

Extra-Preise

Porzellan

Steingut

Weiss

Speiseteller tief... 18, hoch... 15	Pf.
Dessertteller	11 Pf.
Kompotteller	8 Pf.
Bratenschüsseln oval... 28 bis 90	Pf.
Bratenschüsseln rund	45 Pf.
Saucieren	48 Pf.
Kartoffelnäpfe	65, 75 Pf.
Terrinen	1.15, 1.30
Kompottieren	12 bis 60 Pf.
Kaffeekannen konische Form	27 bis 65 Pf.
Milchtöpfe konische Form	4 bis 16 Pf.
Milchtöpfe gebauchte Form	15 bis 45 Pf.
Kaffeekannen versch. Formen	27, 48 Pf.
Teekannen verschiedene Formen	27, 48 Pf.
Schokoladenkannen verschiedene Formen	30 Pf.
Milchtöpfe verschiedene Formen	8 bis 15 Pf.
Tassen	11, dünn... 15 Pf.
Tablets 30 Pf. Zuckerdose	15 Pf.

Dekoriert

Ein Posten	
Kaffee- u. Teetassen dünn	22, 27 Pf.
Frühstücksteller	8, 15, 18 Pf.
Kuchenteller	35 Pf.
Leuchter	22 Pf.
Kaffeesevice	
für 2 Personen, 6teilig, mit grossem Porzellan-Tablett	2.90
Kaffeesevice f. 6 Pers., 9teilig	2.90
Kaffee- u. Teetassen fein dekoriert	28 Pf.
Tassen mit reichem Rosenmuster	38 Pf.
Mokkatassen farbig	10 Pf.
Kaffeesevice f. 6 Pers., 9teilig	2.40, 3.75, 7.75
Kaffeesevice f. 12 Pers., 16teilig	5.90, 6.75, 9.90

Tafelgeschirr „Violetta“

zartes Blumenmuster	
Speiseteller tief oder hoch	60 Pf.
Dessertteller	40 Pf.
Kompotteller	28 Pf.
Bratenschüsseln oval	1.65 bis 5.50
Bratenschüsseln rund	2.40
Saucieren	2.10
Kartoffelnäpfe	3.55
Terrinen	5.10, 6.60
Kompottieren	1.10, 1.60
Salzgefässe 60 Pf., Senfgefässe	1.10
Tafelservice feines Porzellan	
m. Rosenmuster, für 6 Personen	19.50
Ein Restposten dekorierte	
Milchtöpfe	18 bis 35 Pf.
Rotband u. Goldstempel, früh.	27 bis 60 Pf.

Tafelgeschirr

Weiss, Feston-Form	
Speiseteller tief oder hoch	7 Pf.
Dessertteller	6 Pf.
Kompotteller	5 Pf.
Terrinen	70 Pf.
Kartoffelnäpfe	57 Pf.
Saucieren	33 Pf.
Kompottschüsseln	8 bis 33 Pf.
Bratenschüsseln oval	10 bis 60 Pf.
Satz Salatschüsseln weiss 6 Stck	95 Pf., 1.20
Satz Salatschüsseln blau 6 Stck	1.10, 1.55

Tafelgeschirr „Erika“

Feston-Form, mit Blumengirlande	
Speiseteller tief oder hoch	18 Pf.
Dessertteller	16 Pf.
Kompotteller	12 Pf.
Terrinen	1.75, 2.45
Kartoffelnäpfe	1.35
Saucieren	85 Pf.
Bratenschüsseln oval	20 Pf. bis 1.35

Ein Posten sehr feiner Porzellan-Nippes
als Figuren, Vasen, Jardinieren etc.
zur Hälfte des ungefähren Wertes.

Glaswaren

Bierbecher verschmolzen 7, mit Goldrand	10 Pf.
Bierbecher mit Bordüre 9, mit stark. Boden	12 Pf.
Likörgläser gepresst	6, 7 Pf.
Wassergläser gepresst	5, 6 Pf.
Butterdosen gepresst	25 Pf.
Honigdosen	15, 20 Pf.
Käseglocken gepresst	35, 40 Pf.
Bierkrüge	60 Pf.
Kompottschüsseln gepresst	8, 15 Pf.
Kompotteller gepresst	4, 6 Pf.
Ein Restposten	
Kompottschüsseln „Diamant“	
2 teilig	35, 45, 65 Pf.
auf Flaschen	25, 35, 48 Pf.

Bierbecher geschliffen	27, Biertulpen geschliffen 27 Pf.
Bowlkannen geschliffen	63, 85 Pf.
Bowlkannen reich geschliffen	90 Pf. bis 2.05
Groggläser geschliffen	23, Likörgläser geschliffen 16 Pf.
Likörgläser auf hohem Stiel	30, mit Goldrand 40 Pf.
Wassergläser geschliffen	20, 27 Pf.
Likörbecher farbig	3 Pf.
Butterglocken geschliffen	80 Pf., 1.30
Käseglocken geschliffen	1.25
Kompottschüsseln geschliffen	27 bis 95 Pf.
Kompotteller geschliffen	20, 23 Pf.
Sturzflaschen mit Glas geschliffen	36 bis 63 Pf.
Sturzflaschen farbig, mit Glas	45 Pf.
Likörflaschen reich geschliffen	78 Pf.
Wasserflaschen geschliffen	45 bis 70 Pf.

Trinkgarnitur

Rot- und Weissweingläser	27	35 Pf.
Süssweingläser	25	32 Pf.
Likörgläser	20	30 Pf.
Bowlengläser	33	40 Pf.
Sektkelche	33	40 Pf.
Sektschalen	36	50 Pf.
Bierbecher	20	30 Pf.
Selterbecher	20	25 Pf.

Ein Restposten	
Kristall-Bowlkelche glatt	27 Pf.
Kristall-Bier- und Teebecher graviert	25 Pf.

Tafelservice blaues Zwiebelmuster, für 6 Personen

Waschgarnituren 4 teilig, dekoriert	1.30
Waschgarnituren 5 teilig, dekoriert	3.25
Toiletteneimer mit Einlage und Rohrbügel weiss	2.25, 2.65, mit Goldrand 3.50
Ein Posten	
Waschgarnituren	
Steilig, Golddekoration	2.90, 3.75, 5.75
Blumentöpfe Majolika	12 Pf. bis 2.10
Schirmständer Majolika	3.90

Ein Posten	
Grosser Waschbecken dekoriert	
	1.45

Fasanen

Stück 1.40

Billige Konserven

Apfelsinen

in Originalkisten von ca. 150 Stck.
Kiste 6.50

Bruchspargel extra stark	1/2 Dose 1.30
Bruchspargel I	1/2 Dose 1.10
Kaiserschoten extra	1/2 Dose 1.20
Junge Schoten extrafein	1/2 Dose 88 Pf.
Junge Schoten I	1/2 Dose 75 Pf.
Junge Schoten IV	1/2 Dose 36 Pf.
Karotten I	1/2 Dose 65 Pf.
Karotten	1/2 Dose 45 Pf.
Karotten in Streifen	1/2 Dose 26 Pf.
Gemischtes Gemüse II	1/2 Dose 60 Pf.
Gemischtes Gemüse	1/2 Dose 48 Pf.
Grünkohl fein gewiegt	1/2 Dose 33 Pf.
Spinat geröstet	1/2 Dose 38 Pf.
Teltower Rübchen	1/2 Dose 65 Pf.
Rosenkohl	1/2 Dose 65 Pf.
Pfefferlinge	1/2 Dose 48 Pf.

Morcheln	1/2 Dose 1.10
Champignons 1/2 Dose	1.45, 1/2 Dose 80 Pf.
Champignons I 1/2 Dose	1.80, 1/2 Dose 1.00
Neunaugen Dose 6 Stück Inhalt 65 Pf.	

Sellerie in Scheiben	1/2 Dose 50 Pf.
Saure Kirschen mit Steinen	1/2 Dose 58 Pf.
Erdbeeren	1/2 Dose 88 Pf.

Himbeeren	1/2 Dose 1.10
Aprikosen	1/2 Dose 1.00
Pfirsiche Ia	1/2 Dose 1.40
Melange Früchte	1/2 Dose 85 Pf.
Pflaumen in Essig und Zucker	1/2 Dose 70 Pf.
Preisselbeeren	1/2 Dose 65 Pf.
Apfelmus	1/2 Dose 55 Pf.

Stangenspargel sehr stark und zart, mit grünen Köpfen	1/2 Dose 1.35
Steinpilze	1/2 Dose 85, 1/2 Dose 48 Pf.
Kalifornische Aprikosen	1/2 Dose 1.35
Mirabellen	1/2 Dose 65 Pf.
Rote Rüben	10 Pfund-Dose 1.20
Bratheringe	4 Liter-Dose 1.20

Dunstfrüchte	
Stachelbeeren, Birnen, Pflaumen ohne Kerne, Johannisbeeren, Heidelbeeren, Kirschen mit Steinen	Glas 52 Pf.
Gemischte Marmelade	
Dose ca. 55 Pf., 5 Pfund	Elmer ca. 1.20, Elmer ca. 2.30
Apfelmarmelade	Elmer ca. 5 Pfund 1.80
Pflaumen-Konfitüre	Elmer ca. 5 Pfund 1.75
Rhein. Kraut	Dose ca. 80, 2 Pfund, Dose ca. 42 Pf., 1 Pfund

Die Wahlen zum Kaufmannsgericht

finden heute in der Zeit von 10-3 Uhr statt. Die Wahlen finden auf Grund der VerhältnismäÙen statt. Jede Stimme fällt da in die Waagschale! ...

Handlungsgesellschaften! Stimmt heute für die Liste 3.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, 11. Februar 1911.

Agrarier gegen Vinderung der Fleischnot. — Preisgestaltung. — Seuchengefahren. — Konsumrückgang. — Pflicht der Regierung.

Alle Versuche, in Preußen eine Vinderung der Fleischnot durch Erleichterung der Einfuhr zu erzielen, prallen an der gottgegebenen Abhängigkeit des Volkes von Agrarier Gnaden wirkungslos ab. ...

Schlachtvieh gerichtet sei. Wie ferner aus dem auffälligen Rückgang des Viehstandes in Bayern, Württemberg und auch in Baden hervorgeht, habe unsere einheimische Landwirtschaft Raubbau in ihrer Viehzucht getrieben, d. h. mehr Zuchtvieh auf die Schlachtkant geführt, als den Interessen der Zucht entsprochen hätte. ...

Zur Zeit der Rotbeotten haben die Stützen des Fleischwuchers tröstend erklärt, eine Leerzeit existiere eigentlich überhaupt nicht und zudem würde sie nur von vorübergehender Dauer sein. ...

Table with 2 columns: Item (Berlin, Döfen, Schweine, Kälber, Hammel) and Price (1900, 1910).

Der Preis für Döfen war im Dezember 1910 also erheblich höher als im gleichen Monat des Vorjahres; der Preis für Kälber hat sich wenig verändert, nur für Schweine und Hammel sind die Notierungen niedriger. ...

Die hohen Preise geben starken Anreiz, möglichst viel Vieh zu verkaufen, und das ist, wie ja auch Freiherr v. Bodman hervorhob, auf Kosten des Zuchtviehbestandes und somit der Nachzucht geschehen. ...

Jahres, und zwar teilweise recht erheblich, überschritten, mit alleiniger Ausnahme von Berlin. Der Berliner Markt bezeichnet gegenüber beiden Monaten eine Rückzufuhr, was angesichts der Entwicklung der übrigen Märkte sehr eigenartig wirkt. ...

Trotz des forcierten Auftriebes ist nun aber nach der amtlichen Statistik im vierten Quartal 1910 der Konsum im Vergleich mit dem Vorjahre zurückgegangen. ...

Table with 4 columns: Item (Döfen, Pulen, Kühe, Jungkinder, Kälber, Schweine, Schafe, Lämmer), Stück (1900, 1910), Gewicht in 1000 Kilogr. (1900, 1910).

Die Gesamtgewichtsmenge hat also um fast 18 Millionen Kilogramm abgenommen, trotz Zunahme der Bevölkerung. Berechnet man diese auf rund 800 000 Köpfe, dann hätte bei gleichbleibendem Konsum der Gesamtverbrauch um über 8 Millionen Kilogramm wachsen müssen. ...

Der Konsumrückgang gibt weiter darun zu denken, weil er in die Zeit einer wenn auch nicht glänzenden, im Vergleich mit dem vorausgehenden Jahre aber doch günstigeren Lage am Arbeitsmarkt fällt. ...

Unser bekannter, alljährlich nur einmal stattfindender

Inventur-Verkauf

Günstige Gelegenheit zu enorm billigen Einkäufen

Dieser Inventurverkauf umfasst ausser den bei der Inventur zum grossen Teil im Preise ganz bedeutend herabgesetzten Warenbeständen auch noch weitere vorteilhafte Gelegenheitsposten.

Für Brautausstattungen!

- Hemden- u. Louisianauch Stück von 30 Meter 5.90
Fertige Bettbezüge Deckbett und 2 Kopfklappen 2.95
Weisse Bettlaken ohne Naht, fertig gestickt 98 Pf.
Fertige Bettinlette rot und rosarot gestreift 2.95
Bettdamast in ganzer Bettbreite 90 Pf.
Altdeutsche Küchenhandtücher 1/2 Duz. 1.48
Damast-Tischtücher Stück 1.25

Grosse Posten angestaubte Wäsche

und einzelne Exemplare Damen- und Herren-Hemden, Nachjacken, Beinkleider, Unterröcke, Kinderwäsche etc. etc. bedeutend unter Preis!

Zum Selbstaussuchen!

- Reinwollene Baublusen gefüttert 1.95
Sammet-Blusen elegant verarbeitet 3.95
Reinwollene Kimono-Blusen farbig u. weiss 2.95
Seidene Oberhemden ganz gefüttert 4.50
Kostümröcke praktischer Sportrock 1.00
Theater-Capes mit Pelzbesatz 5.90
Damen-Paletots mit Trossengarnierung 2.95

Reinwollene Masseine neue aparte Phantasie-Muster auf hellem und dunklem Fond, früherer Preis bis 1.10 M. jetzt 45 Pf.

Schwarze und farbige Seidenstoffe

- Reinseidene blaugrüne R yös jetzt 85 Pf.
Reinseidene Louisines einfarbig jetzt 90 Pf.
Reinseidene Taft und Merveilleux jetzt 95 Pf.
Reinseidene Damassés gute Qualität jetzt 1.20

Reinseidene Foulards und Liberts 70 Pf. früherer Preis bis 2.45. Jetzt durchweg Meter

Reinseidene Blusen-Kupons eleg. Qualitäten, aparte Farbenstellungen jede 275 = jeder Abschnitt 4 Meter = Bluse 275 Mark

Gestreifte Blusen-Seiden in neuen, eleg. Dessins, aparte Farbenstellig. jede 275 = jeder Kupon 4 Meter = Bluse 275 Mark

Ball- und Gesellschaftsstoffe

- Se'denglanz Jacquard-Stoffe doppelbreit, jetzt 50 Pf.
Reinwoll Cheviots, nur creme, doppelbreit, jetzt 80 Pf.
Creme-Alpaka, 115 cm breit, glänzende Qualität, jetzt 85 Pf.
Reinwollene Batiste, grosse Breite 85 Pf.
Reinwollene Satintuchs, elfenbein, 110 cm breit 1.20 M.

Grosse Posten Waschstoffe zur vollständigen Kämmung

Waschmusseline aparte schöne Muster jetzt Meter 22 Pf. Grosse Waschstoff-Reste jetzt 28 Pf. bis 10 Mir. enthaltend, aparte durchweg 28 Pf. Dessins, früherer Preis bis 85 Pf. Meter

Schwarze und farbige Kleiderstoffe

- Reinwollene Cheviots Restbestände, doppelbreit, jetzt 35 Pf.
Volle und Etamines, Restbestände, 110 cm breit, jetzt 45 Pf.
Reinwollene Batiste, Restbestände, 111 cm breit, jetzt 60 Pf.
Reinwollene Kostüm-Cheviots 110 cm breit 85 Pf.
Kostüm-Stoffe engl. Geschmack, 110 cm breit 75 Pf.
Reinwollene Frühjahrs-Stoffe doppelbr. 65 Pf.
Alpaka-Stoffe elegante Qualität, doppelbr. jetzt 60 Pf.
Zurückgesetzte karierte Stoffe jetzt 20 Pf.
Hauskleider-Stoffe doppelbreit, jetzt 30 Pf.
Reinwollene Blusenflanelle Neue aparte Stoffe jetzt 55 Pf.

Zum Selbstaussuchen

Grosse Sortimente Alpaka - Roben und einfarbige reinwollene Roben 325 in hellen, Mittel- u. dunklen Farben, elegante glanzreiche Qualität, enthaltend 6 Meter doppelbreiten Stoff Robe 325 M.

Grosse Sortimente zurückges. Roben 225 in hellen, Mittel- und dunklen Farben enthaltend 6 Meter doppelbreiten Stoff Robe 225 M.

Grosse Posten Blusen-Abschnitte 75 in aparte hellen u. dunklen Streifen, herverrar. schöne Muster Jeder Kupon 75 Pf. enthält 2 Mtr. doppelbreiten Stoff Bluse 75 Pf.

Kaufhaus Singer & Co., Chausseest. 61-62

Zur gefl. Orientierung sind fast alle hier angebotenen Waren in unseren Schaufenstern zur Ansicht ausgestellt.

Theater und Vergnügungen

(Siehe Wochen-Spielplan.)
Freie Volkstheater:
 Sonntag, 12. Februar, nachmittags 3 Uhr.
 Neues Schauspielhaus. 7. Abteilung (Gruppe 31-33): *Wanna Hanna*.
 Hermann-Theater. 8. Abt. (Gruppe 37-39): *Am des Reiches Florien*.
 Thalia-Theater. 9. Abt. (Gruppe 40-43): *Die schöne Helena*.
Montag, den 13. Februar, abends 8 Uhr:
 Neues Schauspielhaus. 17. (IV.) Abt. abteilung: *Genofeva*.

Neue Freie Volkstheater.
 Sonntag, 12. Februar, nachm. 2 1/2 Uhr.
 Deutsches Theater: *Die Räuber*.
 Kammerpiele: *Der Graf von Gleichen*.
 Nachm. 3 Uhr:
 Neues Volks-Theater: *Der Stoffenmurm*.
 Schiller-Theater O.: *Die Ehre*.
 Schiller-Theater Charlottenburg: *Prinz Friedrich von Homburg*.
 Neues Theater: *Tartuff*. — *Die Geschwister*.
 Neues Doretten-Theater: *Der Glückselige*.
 Metropol-Theater: *Pariser Leben*.
 Kleines Theater: *Das Kind*.

abends 8 1/2 Uhr:
 Neues Volks-Theater: Sonntag, Montag, Mittwoch, Freitag, Sonnabend: *Die Schmetterlingsflucht*. — Dienstag: *Ueber unsere Kraft*. — Donnerstag: *Hanneles Himmelfahrt*.
 Volks-Oper: Montag: *Die weiße Dame*. — Freitag: *Jar und Zimmermann*.

Lessing-Theater.
 3 Uhr: Rosenmontag. 3 Uhr: *Die Ratten*.
 Montag 8 Uhr: *Antof*.

Berliner Theater.
 Täglich 8 Uhr:
Bummelstudenten.

Modernes Theater
 (früher Hebbeltheater).
 Abends 8 Uhr:
Doppelmensch.

Neues Theater.
 Täglich:
Mein erlauchter Ahnherr.
 Anfang 8 Uhr.

Theater des Westens.
 8 Uhr: *Die lustige Witwe*.
 Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: *Die geschiedene Frau*.

Berliner Volksoper
 Nachm. 3 1/2 Uhr: *Der Freischütz*.
 Abends 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.

Residenz-Theater.
 Direction: Richard Alexander.
 Anfang 8 Uhr.
Pariser Menu.

Drei Gänge von Georges Feydeau und Weber-Abrie.
 1. Gang: „52 Meter über Paris“, 1 Akt von Weber-Abrie.
 2. Gang: „Eine Nachtsitzung“, 1 Akt von Georges Feydeau.
 3. Gang: „Nach dem Wäuschchen“, 1 Akt von Georges Feydeau.
 Sonntag, den 19. Februar, nachm. 3 Uhr: *Kümmere Dich um Amölie*.

Luisen-Theater.
 Nachmittags 3 Uhr:
Hamlet.
 Abends 8 Uhr:

Uns goldene Kalb.
 Montag: *Uns goldene Kalb*.
 Dienstag: *Hofemanns Lohrer*.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
 Sonntag, 12. Februar, abends 8 Uhr:
Wilhelm Tell.

Nachm. 3 Uhr: *Die Jungfrau von Orléans*.
 Montag: *Wilhelm Tell*.
 Dienstag: *Hofmann*.

ROSE-THEATER
 Große Franzosenstr. 132.
 Nachmittags 3 Uhr:
Der Glücksschmied.
 Volkstück in 5 Akten von Gdener und Spannuth-Vodenstedt.
 Abends 8 Uhr:

Lorbeerbaum und Bettelstab.
 Schauspiel in 4 Akten von Holtei.
 Montag: *Lorbeerbaum u. Bettelstab*. Dienstag: *Der Glücksschmied*.

Trianon-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Hippolyte's Abenteuer.

Lustspielhaus.
 Nachm. 3 Uhr: *Das Leutnantenmüchel*.
 Abends 8 Uhr:
Das Objekt.

Urania.
 Wissenschaftliches Theater.
 Taubenstraße 48/49.
 Abends 8 Uhr:
Was uns der Mond erzählt.
 Montag 8 Uhr:
 E. v. Paska, Wien: *Die neue Tauern-Bahn und ihr Gebiet*.
 Hörsaal 8 Uhr:
 Dr. Rich. Hennig: *Postwesen, Telegraphie und Telephonie*.

Kaiser-Panorama.
 3. 1. Rate: IV. Wanderung im Venedig. 2. Rate: III. Tour im südl. Schwarzwald. Eine Reise 20 Pf. Kind nur 10 Pf. Abonnements 1 M. Tausende Abonn.

Passage-Panoptikum.
Lapland in Berlin.
Eine Kolonie
 Frauen, Männer, Kinder, in ihr. Leben, Sitten u. Gebräuch. **Zum 1. Male in Berlin!** in ein. eigens. erbauten Polarort. **Ohne Extra-Entree!**

Passage-Theater.
 Heute, Sonntag; 2 Vorstellungen. Nachmittags 3-7 Uhr (kleine Preise) Abends 8 Uhr.
Sgr. Ordone
der spanische Caruso.
 Schneider-Duncker
 Les Vignacs
 u. d. kolossale Febr.-Prog
 14 neue Varieté-Attraktion.

Metropol-Theater.
 Nachmittags 3 Uhr:
Pariser Leben.
 Abends 8 Uhr: *Kauschen gestaffelt*.

Hurra!
Wir leben noch!
 Große Aufstellungskrevue in 7 Bildern v. R. Freund. Musik v. R. Holländer. In Szene gesetzt von Dir. R. Schulz.

WINTERGARTEN
 Heute:
2 Vorstellungen 2
 nachm. 3 Uhr kleine Preise
 abends 8 Uhr mit

Md. Chung
 der berühmten chinesischen Tragödin
 u. ihrem chines. Schauspiel-Ensemble sowie dem

drolligen Faschingsprogramm.

Apollo Theater

Heute Sonntag 3 1/2 und 8 Uhr:
2 gr. Vorstellungen.

Nachmittags Halbe Preise. 3 1/2 Uhr:
 In beiden Vorstellungen die gesamten Attraktionen mit

Otto Reutter.

Herrnfeld Theater
 Anf. 5 Uhr. Vorverkauf 11-12 Uhr.
Zwei Schlager:
Eine verlorene Nacht.
Er, Sie und Er
 mit Anton und Donat Herrnfeld in dem Hauptrollen.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
 Zum Schluss, neu!
Kuhisches Varieté-Theater.
 Burleske von Wiesel.
 Anfang montags 8 Uhr
 Sonntags 7 Uhr.

Casino-Theater
 Lothring. Straße 37. Täglich 8 Uhr:
 Ronatelang total ausverkauft!
Julie Wippen!
 Ein echtes Berliner Volkstück.
Julie Wippen!
 Was ich Tränen über
Julie Wippen!
 Sonntag 3 1/2 Uhr: *Kab und Liebe*.

Schiller-Theater.
 Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die Ehre.
 Schauspiel in 5 Akten v. H. Sudermann. Ende 5 1/2 Uhr.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Husarenleber.
 Lustspiel in 4 Akten v. Gustav Adolph u. Richard Stowommet. Ende 10 1/2 U.
 Montag, abends 8 Uhr:
Die Fee Caprice.
 Dienstag, abends 8 Uhr:
Der Himmel auf Erden.

Schiller-Theater Charlottenburg.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Prinz Friedrich von Homburg.
 Schauspiel in 5 Akten v. H. v. Kleist. Ende 6 Uhr.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Kaiser.
 Eine Tragödie in 5 Akten von Hans v. Kahlberg u. H. Olden. Ende 11 Uhr.
 Montag, abends 8 Uhr:
Nathan der Weise.
 Dienstag, abends 8 Uhr:
 Zum 1. Male:
Maria und Magdalena.

Verein Berliner Buchdruck-Maschinenmeister.
 Sonntag, den 12. Februar, abends 8 Uhr, im großen Saal der Sophiensäle, Sophienstr. 18:
Unterhaltungsabend: Heitere Kunst.
 Mitwirkende:
 Frau Käthe Hyan (Lieder zur Laute aus alter Zeit); Frau Amalie Radwaner-Birnbaum (Violine); Herr Felix Lederer-Prina (Gesang); Herr Leo Kestenberg (Klavier); Herr Emil Kühne (Rezitationen).
 Nach den Vorträgen: **Tanz.**
 Eintrittspreis 60 Pf. einschl. Tanz und Programm.

Freitag, 17. Februar 1911, im Blüthnersaal, Lützowstr. 76, abends 8 Uhr
 zum Besten der Luftschiffe ihres ungerecht unterdrückten Vaters mit kurzem Vortrag darüber von
Freya Ganswindt
 Mitw. ihre Schwester stud. phil. (in Vorbereitung zum Doktor-examen in der Physik) Isoldo (Vortrag) und ihr kleiner Bruder, der vor elf Monaten im Blüthnersaal als vierjähriger „Wunderknabe“ stürmisch applaudierte Hartmut Ganswindt. Progr. a. Plakat, heute auch an den Säulen.
 Der „Luftschiffwalzer“ der Konzertgeberin wird im Druck erscheinen und kann für 1,50 M. bei Hermann Ganswindt in Schöneberg bei Berlin vorbestellt werden.
 Karten zu 5, 4, 3, 2, 1 M. bei Bote & Bock und A. Wertheim, Leipziger Straße. 78 b

Castan's Panoptikum
Die Schönen Samoas.
 25 Personen.
 Ohne Extra-Entree.
 Friedrichstraße 165

Sport-Palast
 Entree 1 M. Potsdamer Straße 72-72a Entree 1 M.
Größter Eispalast der Welt.
Feerie „Karneval am Nordpol“.
 200 Eiskunstläufer x Prachtvolle Ausstattung. Unerreichbare Lichteffekte. x 2 Musikkapellen. Raum für 10 000 Personen. x Unterricht im Eislaufen.
Vormittags-Konzerte.
 Sonntags 4 Uhr: **Nachmittags-Vorstellung.**

„CLOU“
BERLINER KONZERTHAUS
 Maustr. 82 Zimmerstr. 90-91
 Heute 1/2-3 Uhr:
Konzert-Matinee
 bei freiem Eintritt.
 Außerdem:
Zwei große Konzerte. Anf. 1/4 Uhr.
 Ab 7 Uhr: **Gastspiel von Johann Strauß** aus Wien.
 Montag zum Besten des Invalidendank: **Monster-Konzert.**

Brauerei Friedrichshain.
 Am Königt. Größte Schenkwürdigkeit Berlins.
Heute: Sonntag auf d. Alm.
 Der berühmteste Festwitz
Schorsch Schrengruber
 mit seiner Truppe (60 Personen) aus München. Die fideleste Säng. Schläger auf Schläger.
 Heute:
Gratisverlosung von 100 Wertgegenständen.
 Jeder Besucher erhält ein Los gratis.
 Anfang 4 Uhr. Entree 50 Pf.

Programm des Excelsior-Lichtspielhauses
 Rixdorf, Bergstr. 151/152 (Passage)
vom 11. bis 17. Februar inklusive.
 Pathé-Journal. Illustrierte Wochenübersicht. Herrn Haases Erlebnisse. Humoristisch.
 Anna Karenina. Nach dem berühmten Roman von Leo Tolstoi.
 Murray und Kinday. Amerikan. Exzentriks. Varieté-Aufnahme.
 Monaldeschi. Liebesroman der schwedischen Königin Marie Christine. Historisches Drama.
 Der Sonnenschirm. Humorist. Szene von Moritz Prince. Im Auto durch die Vogesen. Naturaufnahme. Farbenkinematographie.
 Das Duell aus Eifersucht. Drama aus dem wilden Westen. Tonbild aus der Operette: „Das Puppenmädchen“.
Anfang:
 Sonntags: 3 Uhr nachm. Wochentags: 6 Uhr abends.

Arbeiter-Bildungsschule.
 Sonntag, den 12. Februar, im Königstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72:
Vortrag des Herrn Ferd. Krause:
„Wanderfahrt zur Märkischen Schweiz“.
 Mit ca. 125 farbenprächtigen Kunst-Lichtbildern nach eigenen Aufnahmen des Vortragenden.
 Der Saal wird vor 1/2 7 Uhr nicht geöffnet. — Beginn 1/2 8 Uhr.
 Nachdem: **Gemütliches Beisammensein und Tanz.**
 Eintritt 30 Pf. Garderobe frei. 6/5*

Zirkus A. Schumann.
 Sonntag, 12. Februar 1911:
2 Vorstellungen 2
 große
 Nachm. 3 1/2 Uhr, abds. 7 1/2 Uhr.
 Nachm. hat jeder Besucher 1 Kind unter 10 Jahren frei auf allen Sitzplätzen, jedes weitere Kind unter 10 Jahren halbes Preis.
 In beiden Vorstellungen:
Der große Coup
 der **Schmuggler**
 In beiden Vorstellungen:
Heros, Kraftjongleur
Anton u. Grock
Arconis (4 Personen)
Reiterfamilie Clarke
 sowie d. übr. neuen Attraktionen

Zirkus Busch
 Sonntag, 12. Februar 1911.
Große
2 Gala-Vorstellungen 2
 Nachmittags 3 1/2 Uhr und abends 7 1/2 Uhr.
 Um 3 1/2 Uhr hat jeder Erwachsene ein angehöriges Kind unter zehn Jahren auf allen Sitzplätzen frei. Weiter: Kinder unter 10 Jahren halbe Preise, Galerie volle Preise.
 Nachm. 3 1/2 Uhr **Armin**
 1. Akt: Im Wotan-Hain.
 2. Akt: Der Aufmarsch der römischen Legionen. (Die Hermannsschlacht.)
 In beiden Vorstellungen:
Mis Sereno Nord, Tanzkünstlerin
Käsi Sandwina, Lady Herkules
 Herr Direktor Pierre Althoff und Frau, Freiheitskämpfer.
 Die Fredians, Akrobaten zu Pferde.
 Mons. Amorus
 Champion im Hochspringen.
 Vorführen und Reiten der best-dressierten Schaf, Freizeits- und Springpferde, sämtl. Glomms mit neuen Wägen und Späßen.
 Abends 7 1/2 Uhr: **Armin!**
 Großes Volks-Ringel-Schauspiel.

Folies Caprice.
 Täglich 8 1/2 Uhr:
Die abgetretene Frau.
 Neuer bunter Zell.
Feldweibelhügel.

LICHTSPIELE.
MOZART-SAAL.
 Nollendorf-Platz.
 Beginn 6 Uhr.

Königstadt-Kasino.
 Holzmarktstr. 72.
 Gänzlich neues Programm mit **Franz Scharnagl**.
 Leop. Rosser, Elsa de Pianque, Geschwister Bernhardt, Mis Eugenio, The Blanks usw.
Ein Berliner Mädchen.
 Bochert Anf. 8. Sonntags 6 1/2 Uhr

Bosporus
 am Moritzplatz.
 Heute:
 Das vollständig neue Varieté-Programm.
 Anf. 7 Uhr. Kasseneröff. 4 Uhr.
 Nach Schluß der Vorstellung:
Gr. Bockbier-Trubel
 Bis 2 Uhr nachts **Tanz**.
 Mittwoch, den 15. Februar:
Prämierung des leistungsfähigsten Kartoffelpuffer-Esser.

Wahlhalla-Theater. Heute, Sonntag, finden 2 Vorstellungen statt: Nachmittags 3 1/2 Uhr bei kleinen Preisen die Gesangsposse „Unsere Don Juans“ und abends 8 1/2 Uhr die amüsante Allerwelte-Revue „Bravo! Da-Capoli“ mit den neuen Februar-Einlagen. Mit den zahlreichen Attraktionen seien ganz besonders die „arabischen Hochspringer“ erwähnt.

5 Union-Theater
U. T.
Theater
Täglich
ausverkauft!

Theater „Groß-Berlin“.
 Anfang 1/2 8 Uhr.
 Sonntag, 12. Februar, in Eberswalde M. Rohdes Theater- und Festhalle:
Die Rose von Japan.
 Gr. Operette von Kirke u. Keiffing. Preise: 30 Pf. bis 1,25 M.; im Vorverf. billiger. Vorverkauf: Im Theaterlokale und in den Bierengeschäften von Rumb, Hamann und Matthias.

Voigt-Theater
 Weinbrennen, Badstraße 58.
 Sonntag, 12. Februar, nachm. 3 Uhr:
Reiß-Reißlingen.
 Abends 7 Uhr:

Robert der Teufel
 oder: **Die Stimme v. Burgund.**
 Billetvorverkauf von 10 Uhr vor-mittags ab an der Theaterkasse.

Stadt-Theater Moabit
 Alt-Moabit 47/48.
 Sonntag, den 12. Februar 1911:
Die goldene Eva.

Lustspiel in 3 Akten von Schöthan und Koppel-Wefeld.
 Ritter Hans v. Schweyningen:
 Dir. Hans Reiz.
 Kasseneröffn. 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.
 Nach der Vorstellung:
Tanz.

Theater Sanssouci
 Hochbahnstation Köpenicker Tor.
 7 Uhr:
Konzert der Orchesterkapelle.
 8 Uhr:

Die von da drüben.
 Gesangspötte von L. Ch.
Grete Gallus
Paul Förster.

Theater des Weddings
 Lichtspiel-Palast
 Müllerstr. 182/183 — Sellenstr. 35
Paul Singers
Begräbnis.

Im Auto durch die Savoyer Alpen (Naturaufnahme).
Der blinde König (Illustrat. zur Uhländischen Ballade).
Voranzeige:
Mittwoch, 15. Febr., 5 1/2 u. 9 Uhr:
Vortrag des Herrn Schriftstell. Walter Hoen-Basel über die Besteigung des Himalaya durch den Herzog der Abruzzen.
 Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Burgtheater-

Festsäle und Kinematograph
born. Grotzerjan. Inhab.: Rud. Merz,
7 Schönhauser Allee 129. Tel. 8, 9353
Lebende Photographien.
Eintritt 30 u. 40 Pf. Kinder die Hälfte.
Uml. 7 U., Sonnt. 4 U. Vorzugskarten,
nur wochent. gültig. 25 Pf. auf allen
Plätzen. Stets wech. Programm.

Populäre Lieder

im Blüthnersaal
Heute, Sonntag, 12. Feb.,
nachm. 4 1/2 Uhr:

Heitere Lieder

und Rezitationen
Helena Lieban-Globig,
Kgl. Hofoperns., ein be-
kannter Rezitator, Margar.
Clementz, Wihl. Becker,
G. Lazarus. 21/7
Kart. 0.50 u. 1 M. a. d. Kasse.

Karl Haverland-

Theater. Romanbanten-
präz. 7 1/2 U. Straße 77/79.

Das vielseitige amüsante

Februarprogramm.

Neue erkl. Spezialitäten.

Volks-Theater

Rixdorf, Hermannstr. 20.
Sonntag, den 12. Februar:
Die Scheinmisse von New York.
Detektivkomödie in 3 Akt. von H. Rang.

Montag, den 13. Februar:
Jodas Abenteuer.
Vorstelle in 3 Akten nach dem Englischen
von James Gardishe durch B. Salts.

Terrassen am Halensee

(Luna-Park).
Heute
und die folgenden Tage:

Triumphator-

Fest

Bayerische Kapellen
Sänger - Schuhplattler.
Kom. Aufzüge u. Aufführungen.
Anschank des echten

Triumphator-Bieres

Anfang: wochentags 7 1/2 Uhr.
Entree 30 Pf.
Anfang: Sonntag 2 1/2 Uhr.
Entree 50 Pf.

Paul Petri's Festsäle,

Rixdorf, Knesebeckstr. 113.
Den verehrten Genossen stelle ich
meinen vollständig neu renovierten
Parkettsaal, 600 Personen fass.,
mit Theaterbühne zu Vereinskaf-
feitäten, Versammlungen usw.
auch Sonnabends und Sonntags
unentgeltlich zur Verfügung, ebenso
für die Sommerferien meinen 1000
Personen fassenden herrlichen
Naturgarten mit Theaterbühne.

Süd-Eisbahn

Urbanstr. 166/167
vis-à-vis der Franzer
Kaserno
ist eröffnet. 27/7

20 Säle und Vereinszimmer

mit modernen Bühnen, in allen Größen sowie
8 neu renovierte Kegelbahnen an Wochentagen
(auch einige Sonnabende und Sonntags) noch frei.

Sophien-Säle Pracht-Säle Alt-Berlin

C. 54, Sophienstr. 17-18 Blumenstr. 10
Tel. III 3783 Tel. VII 3095
Inhaber: Paul Baatz.

Wirtshaus Schloß Woltersdorf

empfiehlt sich den geehrten Vereinen, Fabriken u. zur diesjährigen Dampf-
resp. Landpartie. Ebenso empfehle meine Personen-Dampfer, Wäghel:
Stralauer Tor, Hochbahnstation. 596

Friedrich Saewert,

Woltersdorf b. Erkner. Berlin, Chausseestr. 123.
Uml. Erkner Nr. 49. Uml. 3 Nr. 9713.

Neu erbaut! Neu eröffnet!

Hohenstaufen-Säle

Kottbuser Damm 76. IV. 5024.
:: Sehenswürdigkeit des Südens ::
10 Festsäle mit Bühne
sind täglich unter den kulantesten Bedingungen zu vergeben.
Beste Küche für Hochzeiten.
27641.*] Max Höpfer, Besitzer.

Achtung!

Gesellschaften, Vereinen u.
Gewerkschaften empfehle ich
mein herrlich am Wasser, Wald und Bergen gelegenes Ausflug-
lokal. - Billigste Dampfvermittlung. - Prospekt, Führer und
Preislisten frei. - Besichtigungsvoll
Voll Schmidt. Robert Voigt, Krampenburg, Uml. Rixdorf,
Nr. 227.

Hermannstraße,
Ecke Zietenstr.:

Neues Theater

Erklärfähige Lichtbildspiele.

Alhambra

Ballner-Theaterstraße 15.
Jeden Sonntag:
Großer Ball
Großes Orchester. Anfang Sonntag
5 Uhr. A. Zameitat.

Germania-Prachtsäle

N., Chausseestr. 110. Karl Richter.
Jeden Sonntag:
Paul
Mantheys
Lustige Sänger
(stets wechselndes Programm)
Anfang 6 1/2 Uhr. Eintritt 50 Pf.
Nachdem: Familien-Bräutigam.
Von 5 Uhr ab im weichen Saale:
Gr. Ball. - Jeden Mittwoch: Paul
Mantheys Lustige Sänger u. Freitanz.
Vorzugsarten gelten.

Markgrafen-Säle

24. Markgrafen-Damm 34.
An der Stralauer Allee.
Jeden Sonntag: Großer Ball.
Im Restaurant täglich musikalische
Unterhaltung. Vorzügliche Küche,
Biere u. Weine, Billard u. Kegeltbahn

Konkordia-Festsäle

64 Andreas-Straße 64.
Inhaber M. Wendt u. A. Schütz
Jeden Sonntag:
Gr. Militär-Streich-Konzert.
Hoffmanns Sänger.
Direktor: H. Jantzer
Aufführung 5 Uhr
Anfang 6 Uhr.
Von 5 Uhr ab:
Großer Ball.
Ab 10 Uhr: Domest.
Hoffmanns Sänger.
Direktor: H. Jantzer
Nach der Soliree:
Frei-Tanz.

Nißles Fest-Säle

Dennewitzstraße 13.
Jeden Donnerstag und Sonntag:
Großer Ball.
655 C. NISLE.

Mila-Säle

Schönhauser Allee 130, Milastr. 3
Gr. Kavalier-Ball
bei
großem Orchester
Jeden Dienstag,
Donnerstag und Sonntag.
Anfang: 5 Uhr.
Wochentags 8 Uhr.
Carl Eisner.

Gesangverein „Kreuzberger Harmonie“

Sonnabend, den 18. Februar 1911,
in Hoppoldts Festsälen, Hasenheide (Eingang Grüfstraße):

Ein Jahrmarktstag in Siekingen.

Anfang 9 Uhr. 60/5 Eintritt 50 Pf.

Bunter Abend.

Sonntag, den 19. Februar, 7 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshause“, Engelufer 15.

Mitwirkende:
Dr. Sibel (Violine), königl. Kammermusiker Manke (Cello),
Frl. Schumann (Sopran), Berthold Pusch (Bariton), Margarete
Waikotte, Erwin Feustel (Pianist), Emil Heß (Schauspieler).
50 Pfennig im Vorverkauf bei Herrn Horsch, Engelufer 15.
Abendklasse 60 Pfennig.

Neue Welt

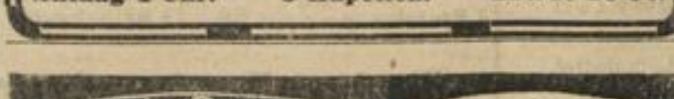
Arnold Scholz. Hasenheide 108-114
Heute Sonntag, den 12. Februar:

Gr. Bockbierfest

in den bayerischen Alpen und im herrlichen
Berchtesgaden.
Im Neuen Licht-
Prunk-Saal:
Großer Ball.

Dienstag, den 14. Februar:
Prämierung
der größten Glatze
Kahlkopf ausgeschlossen.
3 Preise: 50, 30, 20 Mark.
Anfang 4 Uhr. 5 Kapellen. Entree 50 Pf.

Donnerstag, den 16. Februar:
Prämierung
der größten Dame
in Groß-Berlin geboren bis
inkl. 30 Jahren.
3 Preise: 50, 30, 20 Mark.



Ringfreie

Biere nach
Pilsener - Münchener Art
in Fässern und Flaschen.

Erstklassige Biere!



Gartenstadt

Falkenhagen-West

direkt am Bahnhof Seefeld
30 Minuten von Charlottenburg ab Bahnhof
von 30 Minuten an Lehrter Bahnhof (Hamburger Bahn)
Wunderschönes Landschaftsbild mit bewaldeten
Höhenzügen am Brisenhang, an den schönsten
u. größten Laub- u. Nadelwäldern anschliessend.
Direkt am Stadtbahnverkehr steht in naher Aus-
sicht. Die Döberitzer Heerstrasse liegt in
nächster Nähe. Daher grosse Wertsteigerung!

Nieschalke & Nitsche

Berlin 20, Neue Königstrasse 14
Fernspr.: Amt VII, 6076.

Die reellsten und billigsten

Möbel

und Polsterwaren auf Teilzahlung zu Kassenpreisen und Zins-
vergütung erhält man in der seit 32 Jahren bestehenden Möbel-
fabrik unter 10jähriger Garantie
A. Schulz, Reichenberger
641.* Straße 5.

Möbel-Fabrik Lager

Kompl. Wohnungs-Einrichtungen.
Kühnke & Thomas, Tischlermeister
Bernauer Straße 79.
Lieferant der Konsum-Genossenschaft.

Soeben erschien in unserem Verlage:

Ein politisch-satirisches

Fastnachtsblatt

Der Reichsverband

Nationales Organ zur Vernichtung
der Sozialdemokratie.

8 Seiten illustriert Preis 10 Pf.

Für Kolporteurs lohnender Absatz!

Bestellungen erbitten baldigst

G. Birk & Co. m. b. H., München.

„Hoffnung“

Berliner Schneiderei-Genossenschaft
E. G. m. b. H.

Zwischen Rosenthaler Brunnenstr. 185 Zwischen Rosenthaler
Tor u. Invalidenstr. Tor u. Invalidenstr.

Gegr. i. Februar 1906 v. organisiert Schneidergesellen Berlins.
Empfiehlt Arbeitern, Parteigenossen
und Mitbürgern zur Anfertigung eleganter
Herren- u. Knabengarderobe

Großes Lager fertiger Herren-, Knaben- u. Kinder-Anzüge.
Große Auswahl in
Winter-Paletots, Ulster, Radfahranzügen u. Fant-Westen
in allen Größen und Preislagen sowie
Arbeiter-Berufs-Kleidung.
Die Herstellung unserer Fabrikate erfolgt in
eigenen Betriebswerkstätten unter den von
unserer Organisation festgelegten Bedingungen.
Lieferanten 103/1*
der Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgegend,
des Charlottenburger Konsum-Vereins sowie des
Arbeiter-Radfahrerbundes.
NB. Wir weisen besonders darauf hin, daß wir nur für
eigenen Bedarf fabrizieren und unsere Waren in keinem
anderen Geschäft zu haben sind.

Kenner

Hagenbruch's Kautabak

Hugo Carl Hagenbruch, Mühlenhaus 1. Th.
Beckerei: Aug. Steinert, Berlin O. 27.
Uml. VII, 8025, Ballner-Theater-Straße 40.

Zum Küssen schön

ist ein Mund mit

Zähne

180 M.

Fast gänzlich schmerzloses Zahnziehen in örtlicher
Betrübung pro Zahn 1 M.

Reform

Zahn-Praxis
Carl Rudolph.
Deutschlands größtes zahntechnisches Unternehmen.
20 Filialen.
1. Praxis: Elsassstr. 17/18 4. Praxis: Lichtenberg,
2. Praxis: Oranienstr. 61. Frankfurter Allee 169
3. Praxis: Charlottenburg, 5. Praxis: Spandau, Neuen-
Wilmsdorfer Str. 117. dorfer Straße 106.
6. Praxis: Potsdam, Charlottenstr. 85 L.
Oranienburg, Berliner Str. 69 II, nur Dienstag und
Freitag von 9-5 Uhr.
Fürstenwald, Friedrichstr. 21, nur Mittwoch und
Sonnabend von 9-5 Uhr.
Elsasserstr. 17-18, wöchentliche und monatliche Teil-
zahlungen zugelassen. - Verlangen Sie kostenlosen
Besuch eines Zahnarztes oder Vertreters.

39 & Jandorf's 39 & Woche

Spittelmarkt Belle-Alliancestr. Grosse Frankfurterstr. Brunnenstr. Kottbuser Damm
 Die Ausgabe der Rabattmarken bleibt bestehen. **Bis Sonnabend den 18. Februar** Soweit Vorrat

<p>12 Paar Stiefel-senkel 39 Pz.</p> <p>3 Paar Ersatz-füsse für Damenstrümpfe, schwarz o. Naht 39 Pz.</p> <p>1 Herren-Mütze 39 Pz.</p> <p>5 Stück Blumenseife nach Wahl 39 Pz.</p> <p>3 Wischtücher karoli 39 Pz.</p>	<p>Kurzwaren</p> <p>5 Meter breite Besenborte schwarz od. rot 6 Dtz. Druckknöpfe mit Leder, rotbraun 3 Tailen-Verschlässe 3 Paar Armblätter 8 Dtz. Wäscheknöpfe 3 Dtz. Kragenstäbe 2 Garnituren Senkel 1 Stück Bettlitz 1 Paar Damen-Strumpfhalter 2 Paar Kinder-Strumpfhalter 2 Meter Strumpf-Gummiband</p> <p>Wollwaren</p> <p>1 Batist-Garnitur für Damen, Krage und Manschetten reich bestickt 1 Kupon ca. 4 1/2 Meter Wäschestickerel 4 reinseidene Faarbänder 1 elegantes Jabot in diversen Ausführungen</p>	<p>Taschentücher</p> <p>3 Taschentücher weiss Batist, m. bun. Kante 2 Taschentücher weiss mit farb. Bord, für Herren 6 Taschentücher mit buntem Rand für Kinder 1 Konfirmanten-Taschentuch</p> <p>Strümpfe</p> <p>1 Paar Kinderstrümpfe engl. lang, schwarz oder leuchtend 1 Paar Damenstrümpfe engl. lang, schwarz, leder- oder buntfarbig zeringelt 2 Korsettschoner w-lan, rot, blau oder rosa 1 Korsettschoner mit langen Ärmeln, weiss</p> <p>Schuhwaren</p> <p>6 Dosen Schuhcreme schwarz 1 Paar Cord-Pantoffel für Damen oder Herren 1 Paar Melton-Pantoffel für Herren 1 Paar Cord-Pantoffel mit Filz- und Linoleumsohle, 31-35 1 Paar runde Gummi-Absätze für Damen</p>	<p>Wirtschafts-Artikel</p> <p>2 emaillierte Kasserollen 1 Maschinentopf emailliert, weiss oder neublau, ca. 15-16 cm 1 emaillierter Durchschlag weiss oder neublau 1 emaillierte Kasserolle rot, braun oder neublau 1 bezogenes Aermelplättbrett 1 Kleiderbügel mit Rosenstrecker 1 Bratpfanne mit Stiel 1 emaillierte Küchenschüssel 1 Fallöffel 1 Fussbank gelb gestrichen, mit gedrehten Füßen 1 Küchenbrett 1 Fleischhammer zusammen 1 Fleischhammer 1 Messerputzbrett 1 Reibekeule 1 Waschservice-Schüssel 1 Waschservicekrug 1 Salz- oder Mehlreste blau Zwiebelmuster</p> <p>Kleiderstoffe</p> <p>Musseline imitiert, gute Qualität, sehr grosse Auswahl, speziell schöne Bordüren... Meter Zephir grosse Streifen-Sortiment, Meter</p>	<p>Porzellan</p> <p>1 Fleischklopfer 1 Durchschlag mit Golddekor 1 Melonenform 1 Schöpflöffel mit Golddekor</p> <p>Galanterie</p> <p>1 moderne Kammgarnitur 3-teilig 1 Markttasche ca. 30 cm mit Ledergriff 1 Frühstückstasche mit Griff, ca. 24 cm 1 Wandspiegel ca. 55x25 cm 1 Butterdose mit Metalldeckel</p>	<p>1 Gemüse-schüssel dekoriert 2 grosse Milchtöpfe dekoriert 1 Nudelrolle mit Golddekor 3 Gewürz-tönchen Delikatesser 1 Kissenbezug mit Volant, vorgezeichnet</p>
<p>1 Meter Hemden-barbent hell od. dunkel gestreift 1 Meter Louisianatuch Hemdentuch o. Hemdrot 1 Knabenhemd aus gutem Hemdentuch, für 1-4 Jahre Kleiderstoffe Baumwolle, viele Dessins 1 Kissenbezug mit Volant, vorgezeichnet</p>	<p>1 Putz- oder Wischkasten 1 emaillierter Schmortopf 1 Meter Hemden-barbent hell od. dunkel gestreift 1 Meter Louisianatuch Hemdentuch o. Hemdrot 1 Knabenhemd aus gutem Hemdentuch, für 1-4 Jahre Kleiderstoffe Baumwolle, viele Dessins 1 Kissenbezug mit Volant, vorgezeichnet</p>	<p>1 Putz- oder Wischkasten 1 emaillierter Schmortopf 1 Meter Hemden-barbent hell od. dunkel gestreift 1 Meter Louisianatuch Hemdentuch o. Hemdrot 1 Knabenhemd aus gutem Hemdentuch, für 1-4 Jahre Kleiderstoffe Baumwolle, viele Dessins 1 Kissenbezug mit Volant, vorgezeichnet</p>	<p>1 Putz- oder Wischkasten 1 emaillierter Schmortopf 1 Meter Hemden-barbent hell od. dunkel gestreift 1 Meter Louisianatuch Hemdentuch o. Hemdrot 1 Knabenhemd aus gutem Hemdentuch, für 1-4 Jahre Kleiderstoffe Baumwolle, viele Dessins 1 Kissenbezug mit Volant, vorgezeichnet</p>	<p>1 Putz- oder Wischkasten 1 emaillierter Schmortopf 1 Meter Hemden-barbent hell od. dunkel gestreift 1 Meter Louisianatuch Hemdentuch o. Hemdrot 1 Knabenhemd aus gutem Hemdentuch, für 1-4 Jahre Kleiderstoffe Baumwolle, viele Dessins 1 Kissenbezug mit Volant, vorgezeichnet</p>	<p>1 Putz- oder Wischkasten 1 emaillierter Schmortopf 1 Meter Hemden-barbent hell od. dunkel gestreift 1 Meter Louisianatuch Hemdentuch o. Hemdrot 1 Knabenhemd aus gutem Hemdentuch, für 1-4 Jahre Kleiderstoffe Baumwolle, viele Dessins 1 Kissenbezug mit Volant, vorgezeichnet</p>

Schwarz Bouillon-Würfel



sind wegen ihrer ausgezeichneten Qualität auf der Nahrungsmittel- u. Kochkunst-Ausstellung in Hannover mit der Goldenen Medaille prämiert.

Zu haben in den Kolonial- und Delikatessengeschäften.

Schwarz & Co.
Suppenwürfel-Gesellschaft
m. b. H., Berlin SW. 68.

Peek & Cloppenburg

Kaufhaus für moderne Herren- und Knabenbekleidung

Gertraudenstrasse 25, 26, 27
Roßstrasse 1 u. 1a



Fertig am Lager:
Tadellos passende moderne Beinkleider

Preise: 6 7 8 9⁵⁰ 11
12⁵⁰ 15 17⁵⁰ 20 22⁵⁰ Mark.

Tadellos 1 M.

wöchentliche Teilzahlung liefert elegante Herren-Moden

Fertig und nach Maß
Garantie für tadellosen Sitz und feinste Verarbeitung

J. Kurzberg
Maß-Schneiderei
Rosenthaler Strasse 40-41
direkt am Hackeschen Markt.

Teures Fleisch — Billige Bouillon!

Brühl's Volks-Würfel (B. V. W.)

3 Stück für 10 Pf. ergeben 3 Teller nahrhafter und wohlschmeckender Bouillon.

Tel. IV. 9359. Man achte auf die bestehende Schutzmarke und auf unser gelbrottes Plakat in den Läden. Tel. IV. 9359.

Allgemeine Nahrungsmittel-Gesellschaft Brühl & Cie. G. m. b. H. Berlin SO., Schmidstr. 18.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Barth, Berlin. Für den Inzeratenteil verantw.: Th. Wode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Literarische Rundschau.

Parvus. Der Staat, die Industrie und der Sozialismus. Druck und Verlag von Kaden u. Comp. Dresden-N. 102 S. Preis 3 Mark.

Es ist der Stolz und die Stärke der Sozialdemokratie, daß ihr Programm und ihre Politik auf wissenschaftlichen Grundlagen beruhen, auf der Erkenntnis der in unserer Gesellschaft wirkenden Tendenzen und Gesetze. Insbesondere ist es die Konzentration der Kapitalien, welche die Produktion immer mehr und immer deutlicher zu einer Angelegenheit der Gesellschaft macht, nicht mehr zu der des Einzelnen; während sich das Privateigentum an den Produktionsmitteln immer klarer als Ergebnis der Entwicklung der Produktionskräfte erweist.

In den letzten Jahren hat diese Konzentration ungeheure Fortschritte gemacht; nicht nur daß Betriebe entstanden sind, von deren Umfang und Leistungsfähigkeit man noch vor kurzem keine Vorstellung hatte; die Konzentration der Kapitalien ist noch weit rascher vor sich gegangen als die der Betriebe. Sie findet in den verschiedenartigen Unternehmerverbänden, den Trusts, Kartellen, Ringen usw. sinnfälligen Ausdruck, nirgends aber so deutlich wie in der Entstehung der Großbanken. Sind auf den meisten Gebieten der Industrie die großen führenden Firmen noch immer ziemlich zahlreich, und wirken die verschiedenen Industriezweige gleich nebeneinander, so ist der Konzentrationsprozeß in der Bankwelt heute so weit fortgeschritten, daß man kaum mehr als die Finger einer Hand braucht, um die Institute aufzuzählen, die heute das ganze Finanzkapital und damit auch die ganze Industrie, den Handel und Verkehr des Deutschen Reiches beherrschen. Denn die Banken, die noch vor wenigen Jahren die gefügigen und gefälligen Diener der großen Industrie waren, sind heute ihre Herren und Meister geworden. Sie alle stehen aber wieder unter der Oberhoheit der paar Berliner Großbanken, die selbst wieder untereinander vielfach verknüpft und verbunden sind. Wer also das moderne Wirtschaftsleben verstehen und die von ihm unseren Segnern und und distanzierte Politik begreifen will, der muß sich vor allem mit den Problemen des Bankwesens, mit der Rolle vertraut machen, die die Banken heute im wirtschaftlichen und politischen Leben spielen.

Mit dieser Aufgabe beschäftigt sich das neue Buch des Genossen Parvus, das allerdings auch die übrigen Fragen des Verhältnisses zwischen Industrie, Staat und Sozialismus in den Kreis seiner Betrachtungen zieht und besonders die Bedeutung des Konsums für die Volkswirtschaft hervorhebt.

Parvus geht davon aus, daß die Bewegung des Kapitalismus fortwährend zwischen Unterproduktion und Ueberproduktion hin und her pendelt. Im Anfang des industriellen Aufschwunges bleibt die Produktion hinter der Nachfrage zurück, dann aber überholt sie diese und findet nun keinen Absatz mehr, die Krise bricht herein. Diese rührt nach Parvus daher, daß „das kapitalistische Privateigentum die Produzenten in Proletarier, die Konsumenten in Hungerleider verwandelt.“ (S. 15.) Diese von Robertus aufgestellte Theorie der Krisen ist aber bereits von Marx (vgl. besonders „Kapital“ Bd. II. S. 385 ff.) widerlegt worden. So einfach wie Parvus die Sache hinstellt, ist die Erklärung der Krisen durchaus nicht. Um diese zu finden, muß man vor allem die Gesetze der Reproduktion und Zirkulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals zu ergründen suchen. Die Kapitel, die Marx diesem Gegenstand im zweiten Band seines Hauptwerkes gewidmet hat, gehören zu seinen tiefsten und genialsten Leistungen. Sie begnügen sich nicht mit einigen Allgemeinheiten über Produktion und Konsumtion, wie es Parvus tut, sondern untersuchen die Bedingungen, unter denen in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung das Gleichgewicht zwischen Produktion, produktiver und individueller Konsumtion bestehen könnte. Erst auf dieser Grundlage ist ein Studium des Krisenproblems möglich und fruchtbar. Da Parvus diesen Weg nicht eingeschlagen hat, mußte er an der Oberfläche der Erscheinungen kleben, mühten die „Richtlinien einer sozialistischen Wirtschaftspolitik“, die er (S. 25 ff.) entwirft, so nichtsagend ausfallen.

Im Gegensatz zu der Dürftigkeit der breiten Massen des Volkes, die den Konsum in engen Schranken hält, steht das Bedürfnis des Kapitals nach Expansion, nach Ausbreitung. Parvus versucht nun, das Maß der kapitalistischen Akkumulation, der Anhäufung produktiven Kapitals, aus der Statistik nachzuweisen und zu bemessen.

Nach der preussischen Statistik betrug das schuldenfreie Vermögen der Steuerzahler mit mehr als 3000 M. Jahreseinkommen 58 788 Millionen im Jahre 1905 gegenüber 58 222 Millionen im Jahre 1902; es ist daher in drei Jahren um 5 1/2 Milliarden gestiegen. „Soviel haben die wohlhabenden und reichen Leute Preußens in den drei Jahren zurückgelegt.“ (S. 16.) Das gesamte Einkommen derselben Schicht betrug während dieser drei Jahre nach Abzug der Schulden 12 789 Millionen. „Von 12 1/2 Milliarden Einkommen wurden demnach 5 1/2 Milliarden, also über 40 Proz., dem Kapital zugeführt.“ An dieser Stelle hebt Parvus selbst noch hervor, daß diese Angaben nichts weniger als genau sind. Tatsächlich findet die hohe Kunst der Steuerhinterziehung ihre eifrigsten Jünger in allen Schichten der bestehenden Klassen. Später aber verwendet Parvus das Ergebnis seiner Schlussfolgerung ohne derartige Warnungen als feststehende Tatsache. Aber sind denn diese Schlussfolgerungen selbst berechtigt? In der Zeit des Kampfes um eine Reichs-Verzinssteuer ist es doch sonderbar zu behaupten, jede Vermögensvermehrung rühre von „Ersparung“ her. In den großen Städten steigt der Wert der Häuser rapide, ohne daß ihr Eigentümer irgend etwas dazu tut. Die Agrarvälle haben die Junker enorm bereichert, die Grundrenten in die Höhe getrieben. Ist nun der „Wert“ von Grund und Boden etwa dadurch gestiegen, daß die Junker von ihren freigewonnenen Renten etwas „zurückgelegt“? Keineswegs; sondern der Wert von Grund und Boden ist nichts anderes als die kapitalisierte Rente. Hat z. B. ein Landgut früher 5000 M. Rente getragen, so war es bei einem Zinsfuß von 5 Proz. 100 000 M. wert. Steigt nun die Rente etwa infolge von neuen Böden auf 6000 M., so steigt der „Wert“ des Gutes bei gleichem Zinsfuß auf 120 000 M., ist aber etwa zugleich der Zinsfuß auf 4 Proz. gesunken, so ist das Gut jetzt 150 000 M. wert. Sind diese 20 000 oder 50 000 M. „zurückgelegt“? Keineswegs; es sich bei Aktien-gesellschaften. Wenn Aktien, die auf 1000 M. lauten, heute 2500 M. kosten, so rührt das nicht daher, daß die Aktionäre etwas zurückgelegt haben, sondern einfach daher, daß die Dividende des betreffenden Unternehmens etwa von 5 Proz. auf 12 1/2 Proz. gestiegen ist. Die Berechnung, die Parvus hier aufstellt, ist daher gänzlich wertlos und irreführend.

Parvus untersucht nun, wie sich das gesellschaftliche Jahresprodukt auf die verschiedenen Verwendungarten verteilt und zeigt, daß der Bedarf des Staates davon 13, der der Kommunen mit mehr als 10 000 Einwohnern 5, der der Bourgeoisie zu Produktiv-

und Konsumzwecken 27 und der der Volksmassen 55 Prozent des Gesamtbedarfes der Gesellschaft betragen. Von dieser ganzen Rechnung sind bloß die Zahlen für den Bedarf des Staates und der Gemeinden verlässlich, von dem der Volksmassen vermutet Parvus selbst, daß er zu niedrig eingeschätzt sei. Von der völligen Unbrauchbarkeit der Zahlen für die Bourgeoisie haben wir uns eben überzeugt.

Immerhin mag zugegeben werden, daß der Bedarf des Staates und der Gemeinden rascher wächst als der der Bourgeoisie, d. h. daß die Steuern rascher wachsen als die Produktivität der Arbeit. Daraus schließt Parvus, daß die Zeit nicht fern sei, wo der Bedarf von Staat und Gemeinde den der Bourgeoisie übersteigen werde. „Wir ziehen daraus den Schluß, der wohl manchen überraschen dürfte; es bringt mehr ein, den Staat zu reformieren als die Bourgeoisie zu expropriieren.“

Dieser Satz enthält den Kern der Anschauungen des Genossen Parvus, das Aktionsprogramm, das er der Taktik der Partei zugrunde gelegt sehen will, den neuen Weg zur sozialen Revolution.

„Soweit es sich um den Bedarf des Staates und der Kommunen handelt,“ heißt es S. 32, „ist das wirtschaftliche Problem der sozialen Revolution von vornherein und unmittelbar ein politisches Problem: es besteht darin, den Willen und die Interessen des arbeitenden Volkes im Staat und in der Kommune zur Geltung zu bringen. Es bedarf dazu keiner Expropriation, keiner Verletzung des Privateigentums. Es muß bloß (!) verhindert werden, daß Staat und Kommune als Ausbeutungsquelle dienen und die Mittel und Kräfte des Volkes vergeudet werden.“

Genosse Parvus berechnet nun, daß der durchschnittliche Jahresverbrauch einer Bourgeoisiefamilie 5300 M. beträgt, also nicht mehr, als das Gehalt manches Beamten in der Partei- oder Gewerkschaftsorganisation. „Es kann nicht unsere Aufgabe sein,“ meint er (S. 33), „diesen Bedarf zu reduzieren, wir müssen vielmehr dafür sorgen, daß möglichst große Volkschichten so weit hinaufgerückt.“

Damit nun die Gesellschaft in den Besitz des jährlichen Kapitalzuwuchses der Bourgeoisie gelange, bedarf es, meint Parvus, keiner revolutionären Gewaltmittel; denn „dieser wird ihr vielmehr von der Bourgeoisie selbst zugetragen“. Um dies zu beweisen, stellt Parvus wieder eine Rechnung auf, die aber nicht besser begründet ist als die bereits angeführte. Er rechnet nämlich alle in einem Jahre in Deutschland vorgenommenen Emissionen, das in den Banken untergebrachte Kapital (Kreditoren und Depositen) und die Einlagen der Sparkassen zusammen und findet nun, daß dieser Betrag den früher für das Reich ermittelten Betrag des neu akkumulierten Kapitals sogar übersteigt. Nun haben aber diese beiden Dinge sehr wenig miteinander zu tun, denn weder die Aktienemissionen noch die Kapitalien der Kreditoren und Depositen der Banken müssen auf neuer Kapitalakkumulation beruhen. So wurden bei der Umwandlung der Krupp'schen Werke in eine Aktiengesellschaft 160 Millionen Mark neue Aktien emittiert, ohne daß irgendwelche Neuanlagen erfolgt wären. Aber auch Anlagen von neuem, zusätzlichem Kapital in Banken brauchen nicht auf Akkumulation zu beruhen, sie stammen zum großen Teil von den momentanen Stilllegungen von Betriebskapitalien in Geldform. So muß z. B. der Wert der Maschinen, Bauarbeiten usw. jahrelang aus dem Wert des Jahresproduktes allmählich ersetzt werden. Diese Kapitalien wandern in die Bank, ohne daß sie deshalb neues Kapital wären, sie sind nur der Ersatz für den Verschleiß des fixen Kapitals.

Dabei ist aber diese ganze verunglückte Rechnung ganz überflüssig; denn die Tatsache, daß ein immer größerer Teil der neu angelegten Kapitalien nicht mehr zu persönlichen Unternehmungen verwendet wird, sondern in den verschiedenen Formen der Beteiligung an den Bienenbetrieben der Industrie, des Handels, der Banken, des Verkehrs, des Staates und der Gemeinden zugeführt wird, ist wohl bekannt und kaum von irgend jemand bezweifelt. Daß die moderne Wirtschaft immer mehr über den Rahmen des Privateigentums am Kapital hinauswächst, daß sie immer offensichtlicher den Charakter einer gesellschaftlichen Produktion annimmt, das brauchte Parvus kaum mehr zu beweisen. Es handelt sich aber um die Frage, wie diese gesellschaftliche Produktion nun auch in das Eigentum der Gesellschaft übergeführt werden soll, wie das Proletariat die Leitung, die Herrschaft über diesen ungeheuren Organismus erobern kann und soll, dem es heute fronen muß.

Das Mittel dazu glaubt Parvus in den Banken gefunden zu haben, und der Behandlung dieser Frage ist der größte und interessanteste Teil seines Buches gewidmet.

„Die Verstaatlichung der Banken,“ hat Parvus schon an anderem Orte erklärt, „bedeutet soviel wie die Expropriation der Kapitalistenklasse.“ Dieser Gedanke beherrscht auch die Ausführungen des vorliegenden Buches. Es „genügt die Verstaatlichung der Banken und Sparkassen, um das gesellschaftliche Kapital in den Besitz der Gesellschaft zu überführen, — vorausgesetzt allerdings, daß der Staat die politische Organisation der Volksmassen darstellt und nicht eine Organisation, die über dem Volke steht, um die Herrschaft einer Klasse zu stützen.“ (S. 35.)

Es handelt sich also erstens um die Frage der Verstaatlichung der Banken und zweitens um die der Demokratisierung des Staates.

Zur Verstaatlichung der Banken stehen nach Parvus zwei Wege offen: entweder der Druck des wirtschaftlichen Uebergewichts des Staates oder der Gesetzgebung. In der Konkurrenz sei der Staat den Privatbanken weit überlegen, und zudem werden die Banken immer mehr vom Staate abhängig, während sich dieser in steigendem Maße von ihnen emancipiert. Die unter dem direkten Einfluß des Staates stehenden Notenbanken, meint Parvus, können heute nicht ihre volle wirtschaftliche Kraft entfalten, weil sie durch ihre Funktion der Notenausgabe gehemmt werden. Um die Geldreserven festzuhalten, müssen sich die Notenbanken in der Kreditgewährung beschränken und drängen so das Publikum geradezu den Privatbanken zu.

Um die Behauptung, daß die Notenausgabe heute zu einem Demminis der Entwicklung der Notenbanken geworden sei, zu beweisen, führt Parvus statistische Daten zum Vergleich der Erträge der Noten- und der Effektenbanken an, in deren Auslegung er aber nicht glücklicher ist als in den Fällen, die wir schon kennen. Denn auch hier ist die Grundlage der ganzen Berechnung falsch; weder bei den Effekten- noch bei den Notenbanken kann man aus der Dividende ohne weiteres auf den erzielten Gewinn schließen. Vor allem müßte bei jedem Jahr angegeben werden, wie viel den Reserven überwiesen wurde. Die großen Banken

wollen meist eine möglichst stabile Dividendenpolitik treiben und halten daher in guten Jahren zurück, um dafür in schlechten auszugleichen. Noch weniger gilt aber dieser Maßstab für die Notenbanken, die bekanntlich einen Teil ihres Gewinns nach einem ziemlich komplizierten Schlüssel an den Staat abzuführen haben. Schließlich ist aber auch gar nicht abzusehen, was dieser ganze Vergleich beweisen soll; denn die Aufgaben der Notenbanken sind von denen der Effektenbanken ganz verschieden. Diese legen immer mehr Gewicht auf die Gewährung von Produktivkredit, auf das Einbringen in Industrie, Verkehrswesen und Handel. Hierin können ihnen die Notenbanken nicht folgen, ohne die Grundlagen der gesamten Volkswirtschaft zu erschüttern, weshalb ihnen auch solche Geschäfte durch Gesetz und Verordnungen verboten sind. Wenn also Genosse Parvus die Banknote nicht abschaffen will, ist nicht abzusehen, was mit dem angeführten Vergleich bewiesen werden soll.

Es bliebe also zur Verstaatlichung der Banken nur der zweite Weg gangbar, der der Gesetzgebung. Hier meint nun Parvus, der Widerstand der Bourgeoisie gegen eine solche Maßregel werde gewiß nicht groß sein, da das Bürgertum immer mehr sich in bloße Rentenempfänger verwandle, denen es nur erwünscht sein könne, wenn der Staat ihre Renten garantiere.

Zur Unterstützung dieser Behauptung beruft sich Parvus auf die Tatsache, daß die Dividenden der verschiedensten Unternehmungen nur scheinbar verschieden seien; die Börsen reguliert aber die Preisnotierung der Aktien so, daß fast alle die gleiche Verzinsung zeigen, die von dem allgemeinen Zinsfuß wenig abweicht. Dadurch schwinde auch, meint er, der Vorteil der Effektenbanken gegenüber einer Staatsbank, die sich nicht am Produktivkredit beteiligt; denn der industrielle Profit wird so auf das Maß des Leihzinses herabgedrückt. — Aber auch dieses Argument wendet sich gegen Parvus selbst. Durch die Angleichung der Profite mit dem Zins wird nämlich gerade das Gegenteil von dem erzielt, was Parvus glaubt. Trug in der guten alten Zeit ein Unternehmen in einem Jahr statt 20 Proz. nur 18, so mußte der Kapitalist seinen individuellen Konsum etwas einschränken oder seine Akkumulation verlangsamen. Mit dem Untergange war er deshalb noch lange nicht bedrückt. Sinkt aber heute die Dividende einer Aktie von 10 Proz. auf 9, so fällt der Kurs des Papiers ebenfalls um ein Zehntel, etwa von 200 auf 180. Alle nun, die das Papier auf Spekulation gekauft haben, verlieren dadurch ein Zehntel der Kaufsumme, die sehr oft ihr Vermögen weit übertrug. Und das Börsenspiel verbreitet sich immer mehr in den Kreisen des Bürgertums. Habe ich aber ein Papier, das 10 M. trägt, heute um 200 M. gekauft und trägt es im nächsten Jahr nur mehr 9 M., so ist es für mich alles eher als ein Trost, daß jetzt der Kurs des Papiers nur mehr auf 180 steht, daß sich dieses also nach wie vor mit 5 Proz. verzinst. Die Bourgeoisie ist daher gegen Schwankungen im Ertrag der Unternehmungen nicht gleichgültiger geworden, sondern viel empfindlicher.

Würde Parvus' Vorschlag verwirklicht und die ganze Bankwelt und dadurch die ganze Industrie verstaatlicht, so wären selbst die mühen und ängstlichen Elemente des Bürgertums mit dieser Maßregel nur dann zufrieden, wenn ihnen dadurch der ruhige Fortbestand ihrer Einkünfte staatlich garantiert würde. Damit wäre das Ideal der allgemeinen Bureaufaktisierung verwirklicht, „Bobbes' Leviathan hätte die bürgerliche Welt verschlungen.“

So will das Parvus aber nicht verstanden wissen. Der Staat, der die Banken und die Industrie beherrscht, und der den Bourgeois ihre Renten garantiert, soll nicht der autoritäre Staat von heute sein. Zunächst soll die Tätigkeit der Gemeinden ein Gegengewicht gegen die Herrschaftsgelüste, den Imperialismus des Staates bilden. „Kommunalpolitik kontra Kolonialpolitik“ ist die Losung. (S. 148.) Parvus begründet diese sonderbare Entgegensetzung damit, daß die Gemeinden den Kapitalmarkt immer mehr in Anspruch nehmen, so daß dieser für den Imperialismus weniger Interesse behält. Es sei aber auch dann noch erforderlich: „1. Schutz der Volksmassen vor der Ausbeutung durch die Gemeinde, 2. Schutz der Gemeinde vor dem Staat.“ (S. 150.)

Dieses Ziel soll erreicht werden durch die Organisation der Massen in Konsum- und Produktivgenossenschaften sowie Gewerkschaften und durch das Vordringen der sozialistischen Staatsidee. „Es ist eine neue Staatsidee,“ sagt Parvus (S. 149), „die hier, wie vorher in der Gemeinde, zum Durchbruch zu kommen sucht; der Staat als Produktions- und Konsumtionsgemeinschaft im Kampfe gegen das kapitalistische und das militaristische Interesse.“

Die Auflösung der gesamten gesellschaftlichen Produktion in Produktivgenossenschaften hält Parvus für undurchführbar, weil die Zusammenhänge der Produktion weit über den Bereich der einzelnen Genossenschaften hinausgewachsen sind. „Aber als Grundzelle innerhalb des großen gesellschaftlichen Wirtschaftssystems dürfte der Produktivgenossenschaft, neben den anderen Formen der Genossenschaft, in der sozialen Revolution dieselbe Rolle zufallen, wie der einzelnen kapitalistischen Unternehmung innerhalb der kapitalistischen Konzentrationen.“ (S. 156.)

Hier tritt uns endlich das Ziel klar entgegen, dem sich Parvus in seinem Buche immer mehr nähert. Es ist die Organisation des Konsums und der Produktion in Genossenschaften, geleitet und beherrscht von einer einem demokratischen Staatswesen unterstehenden Zentralbank. Das ist aber nichts anderes als die Idee, die der französische Sozialist Louis Blanc vor nun 70 Jahren bereits verfolgt und in der Revolution des Jahres 1848 zu verwirklichen bestrebt war. In seinem bekannten Werk „Organisation der Arbeit“ schlug Louis Blanc vor, der Staat solle die Banken monopolisieren und mit deren Hilfe sollen Produktivgenossenschaften ins Leben gerufen und gefördert werden, die sich dem Einzelbetriebe überlegen erweisen und so die Keimzellen einer neuen gesellschaftlichen Organisation werden. „Man reorganisiere die Arbeit,“ ruft Louis Blanc (S. 232 der deutschen Ausgabe), „man schaffe eine demokratische Gewalt, und dann, ohne Umschweife sei es gesagt: muß der Einzelkredit durch den Staatskredit ersetzt werden.“

Der Versuch Parvus', die Rolle der Banken und der Staats- und Gemeindeverwaltungen für das moderne Wirtschaftsleben aufzulösen und daraus die praktischen Konsequenzen für unsere Politik und Taktik zu ziehen, ist mißglückt. Und das ist um so mehr zu bedauern, als die Tatsache, die Parvus zu zeigen unternahm, daß die bürgerliche Welt, die kapitalistische Wirtschaft heute bereits über den Rahmen der Privatwirtschaft hinausgewachsen ist,

*) Der Sozialismus und die soziale Revolution. Berlin 1910. Buchhandlung Vorwärts, 30 S. Preis 25 Pf. S. 25.

*) Deutsche Uebersetzung von Robert Proger. Berlin, R. L. Proger, 1890.

Soß der moderne Wirtschaftsbetrieb seinen individualistischen Charakter schon längst verloren hat und ein öffentlich sozialer geworden ist, daß mithin die Produktionsverhältnisse heute mit den Eigentumsverhältnissen im schreiendsten Widerspruch stehen, ungewissheit richtig ist. Parvus bringt eine Fülle interessanter Materials, das diesen Tatbestand dem Leser anschaulich vorführt, das ihm die Ueberzeugung aufzwingt, daß die bürgerliche Welt zur Sozialisierung schon heute reif ist, und insofern ist die Lektüre seines Buches anregend und lehrreich; aber es ist ihm nicht gelungen, den Stoff zu meistern. Seine Betrachtungen bleiben stets an der Oberfläche haften; er hat es unterlassen, in die Tiefe zu steigen und seinem Standpunkt eine theoretische, wissenschaftliche Grundlage zu geben.

Dem heutigen Staat die ungeheuren Machtmittel einer monopolisierten Bank, die absolute Herrschaft über die gesamte Wirtschaft in die Hand zu geben, wie es Parvus wenigstens an

einigen Stellen seines Buches zu erkennen scheint (vgl. z. B. S. 138 und 141), wäre vom Standpunkt der Demokratie offenbar verbrecherischer Wahnsinn. Es scheint aber bei Parvus die Ansicht vorzuherrschen, daß die Verstaatlichung der Banken im Verlaufe der sozialen Revolution, die er sich als einen sehr langwierigen Vorgang vorstellt, bei dem der wiederholte Generalstreik eine große Rolle spielt, mit der Demokratisierung des Staates parallel zu gehen habe. Es ist aber sehr schwer, mit dieser Idee eine klare Vorstellung zu verbinden. Die Anschauung, daß dieser Vorgang der Bourgeoisie ziemlich gleichgültig sei, weil sie nur mehr am Einkommen gleichförmiger Renten interessiert sei, ist, wie wir gesehen haben, völlig unhaltbar. Vielmehr wird das Bürgertum die Macht über die Produktion mit allen Mitteln festzuhalten suchen und sich lieber der schroffsten Militärdiktatur in die Arme werfen, als ihrem Todfeind, dem Proletariat, die Herrschaft über ihren Lebensnerv, das Geld- und Kreditwesen, in die Hand zu geben.

Und glaubt Genosse Parvus, eine siegreiche proletarische Revolution werde keine anderen Sorgen haben als die Verstaatlichung der Banken, um den Bourgeois ihre Renten zu garantieren?

Allerdings wäre die Unterjochung der Frage interessant und wertvoll genug, wie weit eine revolutionäre Macht dadurch die Herrschaft über das Wirtschaftsleben gewinnt, daß es ihr gelingt, auf die Großbanken die Hand zu legen. Aber die Lösung dieser Frage müßte von festere, solidere Grundlagen ausgehen, als es die sind, die Parvus in seinem Buch gelegt hat.

Sein Buch ist interessant durch den Standpunkt, den es einnimmt, es ist reich an geistreichen Einfällen, die für den anregend sind, der sich mit den dort behandelten Dingen und der Literatur über sie beschäftigt hat; aber es verlangt sehr kritische Leser; zur Einführung in das Studium des Verhältnisses zwischen Staat, Industrie und Sozialismus ist es nicht geeignet.

Gustav Edsberg.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 14. Februar 1911, abends 8 1/2 Uhr, in Nikles Festsaal, Dönnelagerstr. 12.

Vortrag des Genossen Dr. A. Conrady über: **Das preussische Wahlrecht seit 1848.**

Im zahlreichen Besuch ist die Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Jugend-Ausschuß für Groß-Berlin. Jugendversammlung

Sonntag, den 12. Februar, abends 6 Uhr: **Lichtbildervortrag: „Die Entwicklung der bildenden Kunst unserer Zeit.“**

Nach dem Vortrag **Geselliges Beisammensein (Tanz).** Alle Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sind zu dieser Versammlung freundlich eingeladen. Der Eintritt ist frei!

Verband der Sattler u. Portefeullier

Ortsverwaltung Berlin. Am Mittwoch, den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den „Armin-Hallen“, Kommandantenstr. 55/59:

Jahres-Generalversammlung.

Tages-Ordnung: 1. Jahresbericht der Verwaltung für das Geschäftsjahr 1910. 2. Neuwahl der Revisoren. 3. Bericht des Vergütungskomitees. 4. Neuwahl des Vorsitzenden und des Kassierers vom Vergütungskomitee. 5. Aufstellung der Kandidaten zum Gesellenauschuss, zum Innungsgericht und zur Herbergskommission. 6. Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Die Vertrauensleute werden ersucht, die gedruckten Jahresberichte vom Bureau abzuholen.

Verband der Schneider und Schneiderinnen.

Bureau: Erdoslanstr. 87/88, Hof rechts II. — Telefon: Amt IV, 9787. **Achtung! Militärschneider!**

Montag, den 13. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den „Armin-Hallen“, Kommandantenstr. 55/59:

Öffentliche Versammlung der Militärschneider.

Tages-Ordnung: „Soll der Tarif gekündigt werden?“ Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert vollständiges Erscheinen. Die Kommission der Militärschneider.

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser, Weißbinder und Stukkateure Deutschlands.

Verwaltungsstelle Berlin. Sonntag, den 19. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (Saal 7):

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Rassen- und Geschäftsbericht für das 4. Quartal 1910 und Jahresbericht. 2. Wahl des ersten Bevollmächtigten, zweiten Kassierers, ersten Schriftführers und eines Revisors. 3. Rassenangelegenheiten.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund.

Gau Berlin und Umgegend. Sonntag, den 19. Februar 1911, vormittags 11 Uhr, im Saale der Brauerei Friedrichshagen:

Uebungs-Stunde für den Bezirk I (Berlin).

Geübt werden folgende Lieder: Saat und Ernte. — Dem Lens entgegen. — Sehnsucht. — Zum 1. Mai.

Ausschuß-Sitzung für den ganzen Gau.

Tages-Ordnung: 1. Aufnahme von Vereinen. 2. Wahl der Delegierten nach Stuttgart. 3. Wahl des Bundesdirigenten. 4. Wahl der Kontrolloren und Revisoren. 5. Bundesangelegenheiten. NB. Die Vereine werden darauf aufmerksam gemacht, daß laut Beschluß der Generalversammlung 59 Proz. der Sänger die Uebungsstunden besuchen müssen. Der Vorstand.

Sechster Wahlkreis.

Sonntag, den 12. Februar 1911: **Öffentliche politische Versammlung für Männer und Frauen**

im Moabiter Gesellschaftshaus, Wielestr. 24.

Vortrag d. Redakteurs Genossen Düvel-Dresden über: **Moderne Schulkämpfe.**

Nach der Versammlung: **Gemütliches Beisammensein und Tanz.**

6. Wahlkreis!

Dienstag, den 14. Februar, abends 8 1/2 Uhr: **10 öffentliche Frauen-Versammlungen**

in folgenden Lokalen: Obiglos Festhale, Schwedter Str. 23/24. Verolina-Festhale, Schönhauser Allee 28. Konzerthallen Sühwisch, Bornholmerstr. 7. Borussia-Säle, Adlerstr. 6/7. Zwinmünder Gesellschaftshaus, Zwinmünder Str. 42.

Frankes Festhale, Badstr. 19. Eranz' Festhale, Köllner Str. 8. Volk-Brauerei (Abt. 2), Chausseest. 64. Pharus-Säle, Müllerstr. 142. Stadt-Theater Moabit, Mi-Moabit 47/49.

Tages-Ordnung: **„Renten für Witwen und Waisen oder Zwangs-erziehung für Arbeiterkinder?“** Freie Diskussion.

Referentinnen: Otilie Baader, Regina Friedländer, Marie Greifenberg, Gertrud Hanna, Luise Kähler, Anna Matschke, Martha Tietz, Mathilde Wurm, Klara Weyl, Luise Zietz.

Für die Einberufer: **Richard Henschel**, Ufermünder Str. 17.

224/16 Der Einberufer: **Kl. Paersch**, Dönnelagerstr. 10.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsbüro Berlin, Hauptbureau: Hof I, Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III, Amt 3, 1067.

Dienstag, 14. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 1:

Versammlung der Bauanschläger.

Tages-Ordnung: 1. Unsere kommende Kampfbewegung. 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert.

Verband der Lederarbeiter, Berlin I.

Montag, den 13. Februar, abends 8 Uhr: **Versammlung** in Schmidt's Festhale, Pringelallee 33.

Tages-Ordnung: 1. Rassenbericht. 2. Bericht der Statutenkommission. 3. Lohnbewegungen. 4. Verbandsangelegenheiten. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu dieser Versammlung zu erscheinen. Der Vorstand.

Steinarbeiter.

Mittwoch, den 15. Februar, abends 8 Uhr: **Mitglieder-Versammlung der Sektion II (Marmorarbeiter)** im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27c.

Tages-Ordnung: 1. Agitation und Organisation. Referent Kollege Arnt Junf. 2. Verschiedenes. Jeder Marmorarbeiter ist verpflichtet, in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Kürschner-Verband.

Filiale Berlin. Bureau u. Arbeitsnachweis: NO. 43, Dönnelagerstr. 21. Tel.: Amt VII 6789.

Mittwoch, den 15. Februar, abends 8 Uhr, in den Bläser-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 18m:

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Die Ausperrung der Juristen und die Arbeitserleichterung bei der Firma S. Gärtner. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Der wichtigen Tagesordnung halber ersuchen wir ein zahlreiches Erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Die in der Generalversammlung der Betriebskrankenkasse der Stadtgemeinde Berlin vom 6. Dezember d. J. beschlossene Änderung des Statuts vom 23. Dezember 1909, betreffend

a) Genöhrung freier ärztlicher Behandlung und freier Arznei an die im Haushalte der Familienmitglieder lebenden nicht fränkversicherungsrechtlichen Personen und Kinder unter 15 Jahren vom 1. April 1911 ab;

b) Erhöhung der Beiträge vom 1. April 1911 ab auf 5 Proz. des durchschnittlichen Tagelohns;

c) Erhebung der Beiträge für volle Wochen;

d) Verzicht der Wahlversammlung zur Generalversammlung und der Generalversammlung selbst durch das „Gemeindeblatt“, das „Berliner Volksblatt“ und die „Berliner Volkszeitung“ ist durch Beschluß des Bezirksausschusses zu Berlin vom 17. Januar 1911 genehmigt worden.

Druckersamplare der Änderungen werden nach Herstellung derselben an die Mitglieder verteilt werden. Berlin, den 8. Februar 1911.

Der Vorstand der Betriebskrankenkasse der Stadtgemeinde Berlin. von Schulz. 271/5

Sterbekasse No. 56 Berlin.

Die verordnete Sitzung ist dem königlichen Vollgerichtsbüro unter dem 25. Januar 1911 genehmigt und tritt mit dem 1. März in Kraft. Berlin, 12. Februar 1911.

945 Der Vorstand. C. 54 Grenadierstr. 4a

Am 1. April 1911 Wertigkeiten sowie Wohnungen billig zu vermieten. 938*

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Mittwoch, den 15. Februar cr., abends 8 1/2 Uhr: **Gemeinsame General-Versammlung für die Verwaltungsstellen im Berliner Lohngeliet** im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15.

Tages-Ordnung: Die Umänderung der Unterschützungssätze im Berliner Lohngeliet. Delegiertenkarte und Mitgliedsbuch legitimiert.

Am 20., 21. u. 22. Februar **Lichtbildervorträge** statt über: „Die historische Entwicklung der Künste und die modernen Bestrebungen im Handwerk.“

Lokal: Habels Brauerei, Bergmannstr. 57. Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15. Freyers Festhale, Köpenickerstr. 29. Mitgliedsbuch legitimiert.

Donnerstag, den 23. Febr., im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15: Lichtbildervortrag für Kinder.

Zum Vortrag kommen: „Wanderungen durch die Alpen“ mit 100 besten Bildern.

Zum Schluß: Märchen, Erzählungen u. humoristische Darstellungen. Eröffnung um 2 1/2 Uhr. X. Anfang pünktlich um 3 Uhr.

Als Legitimation dient eine Einlasskarte, welche die Kollegen für ihre Kinder bei den Beitragskassen und im Bureau erhalten. Die Karten sollen nicht, jedoch wird nur eine beschränkte Zahl ausgegeben werden.

Kinder unter 9 Jahren können nicht zugelassen werden.

Klavierarbeiter.

Montag, den 13. Febr., abends 8 Uhr, im Märkischen Hof, Admiralsstr. 18c:

Branchen-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Die Neuregelung der Unterschützungssätze in Groß-Berlin. Referent: Kollege Exner. 2. Branchenangelegenheiten und Verbandsangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert.

Im zahlreichen Erscheinen ersucht. Die Branchenleitung.

Korbmacher.

Montag, den 13. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Wollschläger, Adalbertstr. 21:

Branchen-Versammlung Tages-Ordnung: 1. Die Umänderung der Unterschützungssätze. Referent: Kollege Thomasko. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. 79/3

Lebensunterhalt oder guten Nebenverdienst kann man sich zu Hause mit Stricken für uns oder Verwandte auf unserer erstklassigen Strickmaschine verdienen. Wir liefern dieselbe mit 50 Stk. Anschlag und bequemer Teilzahlung. Unkosten gratis. 25132* — Streng verbotene Unternehmen. — Strickmaschinen-Vertriebsgesellschaft m. b. H. Köln Gen.-Dir. P. Hirschfeld, Berlin O. 19, Ballstr. 90/91



das selbsttätige **Waschmittel**

Verkehrte Sparsamkeit

Ist es, billige Waschmittel auf Kosten der Wäsche zu nehmen? — Gut waschen Sie nur mit guten Waschmitteln! Deshalb sollte Ihnen für Ihre Wäsche das Beste gerade gut genug sein. Wollen Sie aber nicht nur gut, sondern auch billig waschen und zwar nicht auf Kosten Ihrer Wäsche, so nehmen Sie nur

Persil, das selbsttätige Waschmittel

in höchster Vollendung; schon seine millionenfache Verbreitung spricht für seine hervorragenden Eigenschaften. Persil ist das Produkt langjähriger sorgsamsten Studiums, also keine Eintagsfliege, da es sich seit Jahren stets bewährt hat. Persil ist garantiert frei von Chlor und andern scharfen Stoffen, mithin

vollkommen unschädlich

für das Gewebe und auch für die Haut. — Seine Wasch- und Bleichkraft ist enorm, die Anwendung denkbar einfach! Die Wäsche wird eingesetzt (eingeweicht), dann $\frac{1}{2}$ — $\frac{1}{4}$ Stunde in Persilleuge gekocht und sorgfältig ausgespült; sie ist jetzt fertig, blütenweiß, von angenehmem Geruch und wie auf dem Rasen gebleicht. — Also kein zweimaliges Kochen, kein Reiben und Bürsten, wodurch das Gewebe sonst sehr leidet und in der Faser geschwächt wird. — Auch vermeide man jeden weiteren Zusatz von Seife oder Waschlauge, da Persil Seife genug enthält. Derartige besondere Zusätze machen, wenn in minderer Qualität genommen, die Wäsche meist nur gelb und beeinträchtigen unter Umständen die Bleichwirkung von Persil. — Geradezu unentbehrlich ist Persil für Spitzen, Gardinen, feine Blusen und alle zarten Stoffe, die keine unsanfte Behandlung vertragen; auch für Wollwäsche eignet es sich vorzüglich, nur darf diese nicht gekocht werden. Persil wirkt auch in hohem Maße desinfizierend, eignet sich also vorzüglich für Krankenwäsche, ebenso auch zum Waschen von Kleiderstücken, deren scharfen Geruch es vollkommen beseitigt. Alle diese Vorzüge zusammengenommen sichern Persil seine große Beliebtheit in allen Kreisen; säumen Sie deshalb nicht länger und versuchen Sie es gleichfalls; auch Sie werden es dann ständig gebrauchen.

Erhältlich nur in Original-Paketen.

HENKEL & Co., DÜSSELDORF. Alleinige Fabrikanten auch der weltberühmten

Henkels Bleich-Soda.

Simodamour, Simhart & Co.

Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte: Joh. Schmalor, Berlin N. 4, Tieckstr. 11.

Muster an Jedermann franko!

Umzugs-Ausverkauf bei Seiden-Herzog

Ein Lotterie-Gewinn kann nicht gelegener kommen

als diese Mitteilung der Firma Seiden-Herzog, nur Leipziger Str. 79, l. Denn viele Jahre dürften vergehen, bevor sich derartige wirkliche Gelegenheitskäufe kostbarer Seiden und Samte gerade jetzt zur Ball- und Gesellschafts-Saison für jede Dame (Bräute, Brautmütter etc.) bieten. Die ganz enorm billigen, teilweise bis zur Hälfte und darunter herabgesetzten Preise sollen jede Dame ohne Unterschied veranlassen, mir zur schnellsten Räumung der kostbaren Lager in Samt und Seide zu verhelfen, damit der grosse Umsatz erleichtert wird. — Aus der Fülle der Auswahl Vornehme Seiden für Braut- u. Hochzeits-Roben, glatt u. gemustert, 1,50, 2,00, 2,85 usw. — Effektvolle Seiden für Ball- und Gesellschafts-Roben 1,50, 2,25, 2,75 usw. — Aparte Blusen- und Japon-Seiden, Streifen, Karos, Chinos 1,50, 2,00, 2,50 usw. — Reinsidene schwarze Damaste, Merveilleux 15, 20, 30 p. Robe. — 1 Posten Crêpe de Chine, doppeltbreit, für elegante Gesellschafts-Roben 3,50, 4,50 usw. — 1 Posten wundervoller Eolienne, doppeltbreit, in allen Lichtfarben, 2,85, 3,50 usw. Viele hundert einzelne Hochzeits- und Silberhochzeitsroben enorm billig. — Schwere Damast-Futterseiden für Jackette und Abendmäntel, jetzt 1,50, 1,75. — Ein Posten wundervoller Samt für Blusen, jetzt 1,25, 1,50 etc. — 1 Posten kostbarer Seiden-Plüsch und Velours du Nord, 87/120 cm breit, für elegante Mäntel und Jackette, enorm billig, von 6,50 an. Mehrere tausend Meter Reste, eingeteilt in Serien à 1,25, 1,50 p. Meter, welche teilweise das Doppelte und Dreifache gekostet haben.

Seiden-Herzog, Berlin, nur Leipziger Str. 79, am Dönhofsplatz, 1 Treppe.

Der Umzugs-Ausverkauf beginnt Montag 9 Uhr.

Nur einmal jährlich zum **Inventurpreis!**

Ein Posten reichgestickter

Plüsch-Portieren

nur soweit Vorrat!

Pro Fenster 6⁸⁵ M. (Wert 10⁵⁰ M.)

Victoriaplüschportiere 3⁸⁵ M. mit allerliebster Stickerei 3⁸⁵ M.

— Eine Partie reichgestickter Plüschdecken à 6, 8, 10 M. (Wert 8—15 M.)

Riesen-Auswahl Tüllbettdecken à 2,35, 3,—, 4,50—7,50 Mark.

Buntpersische doppelseitige Divandecken M. 7,50—8,75 (Wert 12—15 M.)

Divanrückwände 3,50—18 Mark.

Teppich-Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin S. Seit 1882 nur Oranienstr. 158.

Unterhalte nirgends Filialen!

Inventur-

Extraliste und Katalog

enorm billiger Geschenkartikel (600 Abbild.) gratis und franko.

+ Magerkeit +

schwindet durch Haufe's Nährpulver „Thalossa“. Preisgekrönt Berlin 1904. In 9 Wochen 24 Pfund ärztl. kontrollierte Zunahme. Gar. unschädlich. Viele Anerk. Karton 2 M., bei Postversand Porto und Nachnahmespesen extra. H. Haufe, Berlin N., Greifenhagenstr. 70. Depots in folgenden Apotheken: Elefanten-Apoth., Leipzigerstr. 74, Weissenburgerstr. 53, Potsdamerstr. 29, Köpenickerstr. 119, Bernburgerstr. 3, Frankfurter Allee 74, Rosenthalerstr. 61, Reinickendorferstr. 1 Spandau: Potsdamerstr. 49. Best.: Pfl. Eiw. Haemogl. Lecith. Baum. Natronchl. Cac. Zucker.

Abendkurse

Berlin, Reanderstr. 3
Technikum, Bauschule.
Hdb. Fritz Berner.
Prospekte kostenfrei.

J. Baer

Badstr. 26 Ecke Prinz-Allee
Herren- und Knaben-
Moden, Berufs-Kleidung.
Elegante
Paletots u. Pelermes.
:: Großes Stofflager ::
zur Anfertigung n. Maß
Allerbilligste, streng feste Preise.

Masken-Garderobe

Karl Ernst
(Inhaber Willi Ernst)
jetzt: Köpenicker Str. 55b, l.
Rm IV, 14080.
Gr. Auswahl! Bill. Preise!
Borscheiger dieser Annonce er-
hält 10 Proc. Preisermäßigung.

Frack-Verleih-Institut:
Friedrichstr. 115/1, a. Crabbg.
-or. Eleg. Frack, Gebrod
1,50, Hofe 1,00, Wette 50H.

Bettfedern-Fabrik

BERLIN S 390 **Gustav Lustig**
Prinzenstr. 46-47

Größtes Spezialgeschäft Deutschlands

Bettfedern | Daunen
zu 0,55, 1,00, 1,25, 1,50, 1,80, 2,00, 2,50 | zu 2,85, 3,50, 5,00, 6,50
3,00, 3,50 bis 6,00 Mark per Pfund | bis 9,00 Mark per Pfund

Fertige grosse Betten

bestehend aus Oberbett, Unterbett, 2 Kissen

zu 12, 15, 20, 24, 28, 31 1/2, 35, 40, 44, 51, 55, 60 bis 120 Mark

Größtes Lager in Bettinletten, Metall-

Bettstellen u. allen anderen Bettartikeln

Beste Bettenfüllung: (gesetzlich geschätzt) **Monopol-Daunen** 2,85 — 4 Pfund zum Oberbett.

Handlungsgehilfen!

Wählt heute 10 bis 3 Uhr

Auskunft Zentral-Wahlbureau,
Neue Königstraße 36, v. I. Amt VII, 1622.

Liste 3

Ueber Sozialpolitik im Berliner Verkehr

sprach vor der „Gesellschaft für soziale Reform“ am Freitag der Stadtrat Preuß, der zu Anfang dieses Jahres aus der Stadtverordnetenversammlung in das Magistratskollegium übergeführt ist. Der Vortrag behandelte die selbstverständliche Forderung, daß das Verkehrswesen dem gemeinen Wohl zu dienen hat und daher die Groß-Berliner Verkehrseinrichtungen eine Aufgabe einer allerdings erst noch zu schaffenden Gemeinde Groß-Berlin sein müssen. Aus dem breiten Drum und Dran, in das Herr Preuß diesen einfachen Gedanken einwickelte, sei hier das Folgende wiedergegeben:

Der Ausdruck „Sozialpolitik im Verkehr“ schließt eigentlich eine Wiederholung in sich; denn das Verkehrswesen kann gar nicht anders als in sozialen Zusammenhängen aufgefaßt werden. Die Verkehrspolitik war tatsächlich stets sozialpolitisch, sei es bewußt, sei es unbewußt. Ihre Grundgedanke war freilich das freie Spiel der Kräfte unter staatspolitischer Protektion, und diese Auffassung sucht noch heute ihre Stütze im Kleinbahngesetz. Kennzeichnend ist für dieses Gesetz die Tatsache, daß in ihm das Wort „Gemeinde“ gar nicht vorkommt, sondern nur von „Regierungsbehörden“ geredet wird. Das Kleinbahngesetz gibt die Möglichkeit, die Gemeinde überhaupt auszuscheiden, den einzigen Faktor, der der Träger einer rechten Sozialpolitik im Verkehrswesen einer Stadt sein kann. Bei dem Wort „Sozialpolitik“ darf man indes nicht, wie das so üblich ist, nur an Arbeiterfürsorge denken. Auch sie ist im Verkehrswesen möglich und nötig, wie ja auch der 1897er Vertrag zwischen der Stadt Berlin und der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft manche Verbesserungen nach dieser Richtung hin gebracht hat. Sozialpolitik ist aber die Politik jedes Verwaltungszweiges, aufgefaßt unter sozialen Gesichtspunkten.

Wendet man das auf das Berliner Verkehrswesen an, so zeigt sich, daß es sich hier geradezu um eine Lebensfrage des städtischen Gemeinwohls handelt. Die moderne Großstadt ist ihrem inneren Wesen nach eine Verkehrsstadt. Sie dehnt sich nicht in ihrem ganzen Umkreis gleichmäßig aus, sondern in Straßen, indem sie zunächst große Verkehrsstrahlen in die Umgebung schiebt. Ihre Existenz als Großstadt wird bedingt durch die Art, wie sie in dem Reiz des Verkehrs aufgehängt ist. Auf die Frage, was sozialpolitisch der Verkehr für das Gemeinwesen Berlin bedeutet, muß man antworten: Alles. Auf die Frage, was nach dem Kleinbahngesetz die Gemeinde Berlin für ihr Verkehrswesen bedeutet, möchte man fast antworten: Nichts. Nirgends ist die Großstadtszusammenballung so in die Augen fallend wie in Berlin, das unter den Millionenstädten den kleinsten Flächeninhalt und infolgedessen eine besonders hohe Bevölkerungsdichtigkeit hat. Nur eine sozialpolitisch durchdachte Verkehrspolitik könnte diese Zustände bessern. Für eine weiträumige Wohnungsweise ist um Berlin noch Platz genug, aber es fehlt die Auffschließung durch Verkehrsmittel, die schnell und dabei billig befördern. Die ganze kommunale Wohnungs- und Boden- und Ansiedelungspolitik ist bedingt durch die kommunale Verkehrspolitik. Nur wenn die Gemeinde das Verkehrswesen in der Hand hat, gewinnt sie entscheidenden Einfluß auch auf die räumliche Gruppierung der sozialen Klassen.

Die Verkehrsmittel für den Massentransport Groß-Berlins gehören dem Staat oder privaten Erwerbsgesellschaften. Die Eisenbahnen, die einen großen Teil des Verkehrs zwischen Berlin und den Vororten zu bewältigen haben, sind in den Händen des Staates. Technisch widerständig ist, daß sie nicht sämtlich durch das Stadtinnere hindurchgeführt sind. Auch fehlt es an einem sozialpolitisch erleuchteten Zusammenarbeiten zwischen Staat und Stadt, das die Weiterentwicklung des Berliner Verkehrswezens fördern könnte. Von einem Zusammenarbeiten mit privaten Verkehrsgesellschaften ist für die Förderung kommunaler Verkehrsleistungen nichts zu erwarten. Daß solchen Gesellschaften mit der Zeit ein Monopol zufällt, ist ein ganz natürlicher Vorgang, gegen den auch Konkurrenz durch die Gemeinde nichts vermag. Bei einer Konkurrenz zwischen Gemeinde und Gesellschaften kommt es nur zu bald zu einer „Arbeitsteilung“ dergestalt, daß die Gesellschaften nur rentable Linien bauen und betreiben, und der Gemeinde der Bau und Betrieb unrentabler Linien bleibt. Die Gemeinde hat ein Interesse daran, solche erst später sich rentierenden Aufschließungsstrahlen zu bauen, aber sie kann diese kostspielige Pflicht nur übernehmen, wenn sie alle Linien baut und betreibt. Durch Verträge mit Gesellschaften kann keine Gemeinde eine wirklich von sozialem Geist erfüllte Verkehrspolitik schaffen.

Möglich wäre das auch bei Verstaatlichung der Straßenbahnen nur dann, wenn die wirtschaftliche Einheit Berlins und seiner Vororte durch ein kommunales Groß-Berlin ergänzt würde. Eine kommunale Wohnungs- und Ansiedelungspolitik und eine ihren Zielen dienende Verkehrspolitik sind bei kommunaler Zersplitterung nicht möglich. Wie die Dinge heute liegen, will nicht Berlin seine besten Steuerzahler den Vororten überlassen und wollen nicht die Vororte die Arbeiterbevölkerung Berlins übernehmen. Nachdem die Groß-Berliner Eingemeindung verpaßt ist, soll jetzt der Zwangsverband helfen. Da zu seinen Aufgaben vor allem die Regelung des Verkehrswezens gehören soll, so wird gerade er eine Trennung des Verkehrswezens von der Kommunalpolitik bringen. Nur durch die Entwidlung des Verbandes in der Richtung einer dezentralisierenden Eingemeindung, würde die Voraussetzung für die Möglichkeit eines großen sozialpolitischen Umschwunges im Groß-Berliner Verkehrswezen gegeben sein.

An den Vortag knüpfte sich keine Diskussion. Eine Bemerkung scheint uns nötig gegenüber einer schmerzlichen Beigabe, die der Vortragende seinen Ausführungen über den 1897er Straßenbahnvertrag anfügte. Preuß sagte, um den Preis der darin gewährtesten Verbesserungen zugunsten der Straßenbahnangehörigen habe auch die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion schließlich dem Vertrage zugestimmt. Wichtig ist, daß sie zugestimmt hat, richtig auch, daß durch sie die Gemeindebehörden gedrängt worden sind, der Straßenbahngesellschaft ein bisher mehr Arbeiterfürsorge abzurufen. Indes, Berlin tauschte damals noch einiges andere ein, z. B. den Behauptungszwang, der gewiß auch ein Stück „Sozialpolitik im Verkehr“ war, aber ohne Vertragsverlängerung nicht zu haben gewesen wäre. Nebenbei bemerkt: es handelte sich damals nicht etwa um die Frage, ob die Stadt selber die Straßenbahnen übernehmen solle. Lediglich darum handelte es sich, ob sie den noch bis 1911 geltenden Vertrag bis 1919 verlängern solle. Nur unter dieser Bedingung wollte die Gesellschaft sich zur Einführung des elektrischen Betriebes für das ganze Liniennetz bequemen. Auch das war „Sozialpolitik im Verkehr“, weil erst jetzt die Entwidlung der Straßenbahn zu einem die Vororte erschließenden Massenverkehrsmittel möglich wurde. Wir haben die Umstände des Zustandekommens des Vertrages von 1897 oft genug dargelegt, und auch das haben wir immer wieder festgestellt, daß damals die sozialdemokratische Fraktion infolge noch geringer Stärke für die Zustimmung weder mit ihrem „Ja“ etwas bedeutete,

nach mit einem „Nein“ etwas bedeutet hätte. Sadtrat Preuß scheint die „Gesellschaft für soziale Reform“ verwechselt zu haben mit einem Bezirksverein, der für die Wähler abgedrückter Freisinnsgitatoren empfänglich ist.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste!

Am Sonnabend, den 18. Februar, veranstaltet der Gesangverein „Prohmann“ in Mariendorf im Lokal von Bismarck, Chausseestraße 276, einen Radtennball. Da verläßt wird, in Arbeiterkreisen Willets umzuwehen, machen wir darauf aufmerksam, daß das Lokal der Arbeiterkraft nicht zur Verfügung steht, und bitten, die angebotenen Willets zurückzugeben.

In Neu-Zittau, (T. B.) Antonie Burig, steht und das Restaurant „Waldhaus Burig“ zu allen Veranstaltungen zur Verfügung, während das Lokal von Frent der Partei verweigert wird.

Die Lokalkommission,

Zweiter Wahlkreis. (8. Abteilung.) Montag, den 13. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Habel, Bergmannstr. 57: Versammlung. Vortrag des Genossen Dr. Alfred Bernstein. Diskussion.

Schöneberg. Montag, den 13. Februar, abends 8 1/2 Uhr: Volksversammlung in den Neuen Rathausgassen, Weiningerstr. 8. Tagesordnung: Die Arbeitslosenversicherung in Schöneberg. Referent Stadtverordneter Genosse G. Däumig. Die Gewerkschaftskommission. Der Vorstand des Wahlvereins.

Tempelhof. Dienstag, den 14. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Thiel, Berliner Str. 41/42: Mitgliederversammlung. 1. Vortrag des Genossen Oscar Ewald über: „Politische Streifzüge“. 2. Diskussion. 3. Wahl von je zwei Delegierten zur Kreis- und Verbands-Generalversammlung. 4. Verschiedenes.

Ober-Schöneberg. Am Dienstag, den 14. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Wilhelmshof: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Giebel, Berlin, über: Die Reichsversicherungsordnung und die Rechtsnachfolge der Arbeiter durch die Schaffung neuer Klassen hiesiger Geschäftsleute. Diskussion. Verschiedenes.

Reichshaus. Am Dienstag, den 14. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Adler, Britz, Rudower Straße 61: Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Kunert über die „Reichstagswahl“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Friedrichshagen. Am Montag, den 13. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Lindengarten“, Friedrichstr. 74: Zweiter Vortragabend des Genossen Piel: „Aus der Geschichte des 19. Jahrhunderts.“

Jossen. Mittwoch, abends 1/2 7 Uhr, von Kurzer aus. Flugblattverbreitung.

Freitag, den 17. d. M., abends 8 Uhr, bei Kurzer: Öffentliche Versammlung mit der Fortsetzung der Tagesordnung: Die Wahrheitsliebe der Diener Gottes und der hiesige Volkverein. Genosse Linger referiert. Der Vorstand.

Kowames. Mittwoch, den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Ernst Schmidt (Inhaber Hermann Wollgramm), Wilhelmstr. 41-43: Versammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Geschäftsliches. 2. Die bevorstehende Gemeindevahl und Aufstellung der Kandidaten. 3. Wahl der Delegierten zur Kreis- und Verbands-Generalversammlung. 4. Verschiedenes. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Der Vorstand.

Schönhafer bei Königs-Wusterhausen. Am Dienstag, den 14. Februar, abends 8 Uhr, bei Paeth: Mitgliederversammlung. Berichte, Vereinangelegenheiten, Wahl der Delegierten zur Kreis-generalversammlung und Groß-Berlin.

Reinickendorf-West. Urantibilletts zur Vorstellung am 19. Februar sind nur heute Sonntag noch bei Reuhoff, Eichboersstr. 64, zu haben.

Berliner Nachrichten.

Das hereingefallene Spandau.

In Spandau macht sich eine bittere Enttäuschung bemerkbar, weil große Hoffnungen, die man an den Bau der Döberitzer Heerstraße geknüpft hatte, nicht erfüllt werden. Als vor einigen Jahren bekannt wurde, daß man an einer hohen Stelle den Plan hegte, eine große Heerstraße von Berlin direkt nach dem Döberitzer Uebungsplatz anzulegen, waren auch die städtischen Körperschaften der Stadt Spandau schnell bereit, auch ihr Teil zur Ausführung des allerhöchsten Wunsches beizutragen. Es wurde beschlossen, den Bau der Heerstraße im Spandauer Gebiet auf Kosten der Stadt auszuführen. Diese Kosten waren sehr erhebliche und beliefen sich auf circa 2 Millionen Mark. In Spandau rechnete man im Stillen damit, daß die Regierung der bereitwilligen Stadt entgegenkommen würde. Dieses Entgegenkommen sah man in der Absicht, das 1. Garde-Drägerregiment nach Spandau zu verlegen. Nach neueren Mitteilungen scheint es aber damit nichts zu werden und Spandau ist um eine Hoffnung ärmer. Es stellt sich immer mehr heraus, daß die Heerstraße weniger wegen des Döberitzer Uebungsplatzes gebaut ist, sondern aus anderen Gründen. Denn man hat bekanntlich mit der Anlegung eines neuen Uebungsplatzes bei Jossen begonnen, der für das Gardekorps bestimmt ist, während das Döberitzer Gelände künftig mehr vom 3. Armeekorps benutzt wird. Den städtischen Körperschaften in Spandau brummt ob der großen Kosten für die Heerstraße der Kopf, denn mit den Baukosten allein sind die Opfer noch nicht erschöpft. Dazu kommen die nicht unerheblichen Kosten für die Unterhaltung der Straße. Allgemein dümmert es jetzt weiten Kreisen auf, daß die Straße weniger eine Heerstraße, sondern eine tadellose Automobilstraße darstellt, auf der die Kraftwagen fast zu jeder Tages- und Nachtzeit mit unkontrollierbarer, durch nichts gehemmter, rasender Geschwindigkeit dahinflaufen und daß die Fußgänger acht geben müssen, nicht überfahren zu werden. Das eigentliche Geschäft bei Anlegung der Straße hat der Forstfiskus gemacht. Ohne daß es dem Fiskus etwas kostete, ist der Grunwald erschlossen worden, damit er in die Lage kam, Forstländereien zu Bauzwecken für hohe Preise zu verkaufen.

Um einigermaßen die Kosten etwas herabzudrücken, hat der Magistrat sich an die Provinzialverwaltung gewendet mit dem Antrag, der Stadt einen Beitrag zu den Kosten des Heer-

straßenbaues zu bewilligen. Dieser Antrag ist aber abgelehnt worden. Und so muß Spandau schon sehen, wie es fertig wird. Die Bevölkerung muß die Bereitwilligkeit ihrer städtischen Behörden, die Wünsche hoher Stellen eifertig auf allgemeine Kosten zu erfüllen, teuer bezahlen.

Ueber das orthopädische Turnen in den Berliner Vororten berichtet jetzt die Regierung in Potsdam. Derartige Turnkurse an Volksschulen wurden eingerichtet, weil die periodischen schmerzhaften Untersuchungen in den Vororten Berlins stets eine große Anzahl von Kindern mit Deformationen des Knochengewebes, insbesondere der Wirbelsäule, und anderen Anomalien des Wachstums ergeben haben, die bei rechtzeitiger sachgemäßer Behandlung noch einer Besserung fähig waren. Ohne Eingriffe hätten sie zu schweren Schädigungen führen müssen. Die ersten Kurse wurden 1904 von Charlottenburg gemacht, das heute noch nach dem Urteil der Regierung die unvollständigsten und vollkommensten Veranstaltungen aufweist. 1909 bestanden dort 24 Kurse mit 262 Knaben und 891 Mädchen. 1910 stieg die Zahl der Kurse auf 34. Von den 633 im Jahre 1909 überwiesenen Kindern haben 416 den Kursus vollständig absolviert, 61 wurden gebessert, 66 „wesentlich gebessert“, 106 „gebessert“. Bei 103 trat keine Besserung ein, während bei 20 das Uebel Fortschritte machte. Weitere Kurse bestehen in Biesdorf und Schöneberg seit 1908, Wilmersdorf und Weihenitz seit 1909, Steglitz und Nixdorf seit 1910. Ueberall erfolgt die Auswahl durch die Schulärzte. Leiter der Kurse sind besonders vorgebildete Lehrer und Lehrerinnen unter Ueberwachung durch einen Arzt. Es wird meist in den Turnstunden 2 bis 3mal wöchentlich 1 bis 1 1/2 Stunde geübt. Die Kurse umfassen durchschnittlich 20 Kinder.

Der Magistrat trat in seiner gestrigen Sitzung den Vorschlägen der gemischten Deputation, welcher der Antrag des Stadtverordneten Gelpke und Genossen auf Errichtung besonderer Abteilungen für gehende Kranke in den städtischen Krankenhäusern zur Beratung überwiesen war, und über die wir schon berichtet haben, in den wesentlichen Punkten bei. Vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung soll versuchsweise im Krankenhaus Moabit in Verbindung mit der chirurgischen Abteilung des Krankenhauses ein besonderes Haus mit etwa 60-80 Betten für Patienten des Mittelstandes, eine sogenannte 2. Klasse, eingerichtet werden; die übrigen Kranken sollen hierdurch aber keine Nachteile haben und die in den Stationen vorhandenen kleinen Zimmer bleiben ihrer bisherigen Bestimmung vorbehalten.

Zur Vereinigung von Wilmersdorf und Schöneberg

wird uns aus Wilmersdorf geschrieben: „Die Frage der Vereinigung von Wilmersdorf und Schöneberg, über die gestern berichtet wurde, stellt an die Wilmersdorfer Verhältnisse wesentliche Anforderungen. Man hat sich gar viel darauf zugute, daß der steuerkräftigste Ort des preußlichen Staates eine Nummer für sich sei, und nahm den Nachbarorten gegenüber nicht selten eine Stellung ein, die mit der des „Arbeitswilligen“ in gewerkschaftlichen Kämpfen eine gewisse Ähnlichkeit hat. Nun ist aber auch in Wilmersdorf nicht alles Gold was glänzt. Abgesehen davon, daß die Stadt gleich ihrer Nachbargemeinde Schöneberg an den Kosten des Schmelzofenbaues erheblich zu tragen hat, kommen für die nächste Zeit eine Reihe besonderer Ausgaben in Betracht, die stark in die Millionen gehen. Wilmersdorf muß ein Rathaus haben; ein Krankenhaus fehlt bekanntlich ebenfalls in dieser an die 110 000 Einwohner zählenden Stadt, ferner eine Badeanstalt und noch so mancher andere notwendige Bau. Hier könnte Schöneberg bei einer Vereinigung zum wesentlichen ausweichen und man braucht nur daran zu denken, daß seine Anstalten für Krankenpflege sehr vorzüglich auf die Zukunft angelegt sind. Es kommt hinzu, daß auch in der Steuerfrage in beiden Städten eine Tendenz zum Ausgleich hervortritt. Mit den 60 Proz. Zuschlag zur Einkommensteuer, auf die Wilmersdorf sich viel zugute tat, ist es seit dem vorjährigen Eingreifen der Regierung für immer vorbei; und was die Belastung der Grundbesitzer betrifft, so brachten diese Herren bei irgendwelchen Anforderungen an sie immer zur Geltung, daß ihre Kollegen in Schöneberg im Vergleich mit ihnen milde behandelt würden.“

Wenn wir aber das Interesse der minderbemittelten Bevölkerung ins Auge fassen, so würde hier bei der Vereinigung der beiden Städte ganz und gar nicht von Nachteilen zu reden sein. Mit einer nur zu großen Berechtigung wurde Wilmersdorf bis dahin die Stadt ohne Sozialpolitik genannt, wohingegen Schöneberg auf sozialpolitischem Gebiet immerhin einige Leistungen aufzuweisen hat. Aber diese Erscheinung würde, wenn die anderen hier erwähnten Vorteile nicht von Belang wären, bei den Vertretern des Vestiges eher gegen als für die Eingemeindung sprechen. Nebenher kommt zur Förderung des Planes vielleicht auch noch in Betracht, daß die beiden Landgemeinden Friedenau und Schmaragdendorf seit langem ihre recht kostspielige Selbstständigkeit satt haben und notwendig an einen größeren Ort Anschluß suchen müssen.

Darf man nun auch keineswegs verkennen, daß die Vereinigung der Vororte mit Berlin der einzige wirklich Ausweg aus all den kommunalen Wirnissen der Gegenwart ist, so darf doch nicht außer Betracht bleiben, daß selbst vom Standpunkte des Vestiges aus viel gewonnen wäre, wenn vorab etliche Gemeinden sich zusammenschließen. Der Wilmersdorfer Kirchturnphilister wird daher, wo letzten Endes auch für ihn ein Gewinn in Aussicht steht, den Lokalpatriotismus vorläufig in die Kommode packen.“

Ungeklärtes aus der Berliner Steuerverwaltung.

In den letzten Monaten sind uns eine ganze Reihe Fälle vorgekommen, aus denen hervorgeht, daß bei der Einziehung von Steuern nicht immer die gesetzlichen Bestimmungen beachtet werden. Wir haben das Vorkommen im Auge, das bei Pfändung des Arbeitslohnes für rückständige Steuern beobachtet wird. In den uns vorgekommenen und mit den von der Steuerverwaltung ausgestellten Zahlungsverböten besetzten Fällen handelt es sich um Pfändung von Lohn für rückständige Steuern für die letzten zwei und drei Quartale. Es ist vorgekommen, daß manche mit der Lohnbeschlagnahme Bedachten von ihrem Wochenlohn nur 2 und 3 M. ausgezahlt erhalten, während der andere Teil für restierende Steuern einbehalten wurde. Die Steuerverwaltung bezieht sich in ihren Pfändungsbefehlen auf verschiedene Paragraphen, unterläßt aber dabei die Beachtung des Lohnbeschlagnahmegesetzes. Dieses Gesetz besagt im § 4 unter 2:

„Das gegenwärtige Gesetz findet keine Anwendung auf die Beitreibung der direkten persönlichen Staatsteuern und Kommunalabgaben (die derartigen Abgaben an Kreis-, Kirchen-, Schul- und sonstige Kommunalverbände mit eingeschlossen), sofern

Diese Steuern und Abgaben nicht seit länger als drei Monaten fällig geworden sind.

In Berlin werden die genannten Steuern bekanntlich in der ersten Hälfte des zweiten Quartalsmonats fällig. Ritzen ist beispielsweise der Lohn für das Quartal Januar/März 1910 bis am 15. Mai 1910 pfändbar. Diese gesetzlichen Bestimmungen werden von der Steuerverwaltung aufs gröslichste mißachtet, wenn sie den Lohn für mehrere Quartale pfänden läßt. Die Arbeitgeber brauchen einer solchen gegen das Lohnbeschlagnahmegesetz verstößenden Pfändung nicht nachzukommen; im Gegenteil mögen sie sich mitschuldig, wenn sie den auf mehrere Quartale gepfändeten Lohn in Abzug bringen.

Es muß wunder nehmen, daß in der Steuerverwaltung die gesetzlichen Bestimmungen über Lohnpfändung so wenig bekannt sind, daß in ungeschicklicher Weise verfahren wird. Es muß erwartet werden, daß die Vorschriften über Lohnpfändungen in Zukunft beachtet werden.

Ueber die Mißhandlungen des vierjährigen Kindes, über die wir gestern nach einem hiesigen Blatte berichteten, lesen wir in der „Vossischen Zeitung“: „Die gestrigen von einigen Zeitungen verbreiteten Nachrichten über die Mißhandlungen und unmensliche Behandlung eines Kindes, der 4½ Jahre alten Tochter des Fabrikarbeiters Friedrich Scheitst aus der Frankfurter Allee 107, hatten zur Folge, daß sich vor dem Hause ungeheure Menschenmengen sammelten, Verwünschungen gegen die angeblich entmenschten Eltern ausstießen und Lynchjustiz üben wollten. Ein großes Polizeigebot mußte in den Abendstunden das Haus bewachen und für Ruhe sorgen. Nach der uns auf Anfrage von amtlichen Stellen gegebenen Auskunft, sind die veröfentlichten Einzelheiten über die Behandlung des Kindes übertrieben. Tatsache ist, daß die Stiefmutter des Kindes ihre Erziehungspflichten in einer Weise vernachlässigt hat, daß ein Einschreiten von dritter Seite unbedingt notwendig erschien. Die Polizeibehörde in Lichtenberg erhielt Anfang vorigen Monats eine anonyme Anzeige über angeblich unmensliche Behandlung des Kindes durch seine Stiefmutter. Inzwischen hatte sich auch der Waisenrat und der Vormund des Kindes der Angelegenheit angenommen und am 15. Januar wurde das Kind den Eltern abgenommen und dem Waisenhaus in Berlin zugeführt. Das Kind befand sich bei der Abholung in einem Zustand äußerster Verwahrlosung, körperlich und geistig herabgekommen. In der Waisenhauspflege hat es sich in der kurzen Zeit bereits erholt. Die Eltern bestreiten die Mißhandlungen, doch ist Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet worden.“

Das Verschwinden eines Bauunternehmers erregt in Wilmersdorf Aufsehen. Der Maurermeister Leopold Mattheß aus der Holsteinischen Straße, der in den besten Verhältnissen lebt, ist seit vorigem Freitag spurlos verschwunden. Die Angehörigen jählen für Mitteilung über den Verbleib des Vermissten eine hohe Belohnung.

Erdichtet hat die Frau des Steuererbers Nymann den Ueberfall, bei dem ihr vorgestern abend 1100 M. geraubt worden sein sollten. Sie hatte die Nähergeachtete von langer Hand vorbereitet, um ihrem Manne ab und zu Freude zu machen. Dieser ist etwas leidend und gibt wohl hin und wieder falsch heraus, so daß er kleine Rantos hat. Obwohl er in guten Verhältnissen lebt, machte er sich dann Sorgen. Frau Nymann verriet ihm das Geld und wollte es in Teilbeträgen als von Verwandten kommend übergeben, um ihm alle Sorgen zu nehmen. Vorgestern händigte sie ihm denn auch 400 Mark ein, von denen sie sagte, daß eine dritte Person sie im Auftrage von Verwandten gebracht habe. Um den Raub glaubhaft erscheinen zu lassen, verbrannte sie den Beutel, in dem sie sonst das Geld wegbrachte, und verstreute das harte Geld und die Scheine an verschiedenen Stellen, an denen sie schwer zu finden waren. Sie bestreute sich auch selbst mit Pfeffer, beging aber dabei einen Fehler, der zur Entlarfung führte. Sie hatte sich den Pfeffer schon auf den Kopf gestreut, bevor sie die Haarentzage auflegte. Aus der Hand des Räubers konnte der Pfeffer unmöglich dorthin gelangt sein. Diese Entdeckung veranlaßte dann auch die Frau, ein Geständnis abzulegen. — Dem Ueberfall in der Flottwellstraße liegt lediglich Rache, nicht die Absicht des Raubes zugrunde.

Selbstmord verübte in der Nacht vom Freitag zu Sonnabend in der Herberge im Gewerkschaftshause der 52jährige Schriftsetzer Karl Obermeyer. D. war sehr asthmaleidend und mußte wiederholt ein Krankenhaus aufsuchen, bis er es zuletzt nicht mehr ertragen konnte und durch Erhängen seinem Leben ein Ende machte.

Im Hotel erschossen hat sich gestern morgen der Wäckermeister Willi Fehle aus Falkenhagen.

Arbeiter-Bildungsschule. Heute abend 7½ Uhr, pünktlich, Vortrag des Herrn Ferd. Krause: Wanderschaft zur Märktischen Schweiz mit circa 125 farbenprächtigen künstlichen Bildern (nach eigenen Aufnahmen des Vortragenden) im Königstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72.

Im Luisen-Theater fand am Freitagabend die Erstaufführung eines „Berliner Volksstücks“ mit Gesang in drei Akten statt: „Am Abend nach“ von dem Berliner Schriftsteller G. Schade, Musik von E. Uhlig. Die Bezeichnung „Volksstück“ ist nur dann richtig, wenn man dieses Wort in dem Sinne nimmt, wie es Kallisch und Varrone zur Charakterisierung ihrer Berliner Poesien und Lustspiele gebraucht haben. Denn was G. Schade schildert, sind nicht Vorgänge aus dem modernen Arbeiter- und Volksleben, keine tragischen Konflikte aus dem heutigen Ringen und Kampfen der aufwärtsstrebenden Arbeiterklasse, sondern weitere Episoden aus dem Kleinbürgerlichen Leben einer biederen, am Althergebrachten hängenden Berliner Handwerkerfamilie; aber die kleinen spießbürgerlichen Familienangelegenheiten, die uns der Verfasser vorführt, sind mit Humor dem Leben abgelauscht und recht bühnenwirksam gestaltet. Die Fabel des Stücks ist folgende: Ein kleiner Berliner Schlossermeister steht vor dem Bankrott. Er hat zwar einen praktischen Konservendosenöffner erfunden und auch ein Reichspatent darauf erhalten, aber seine Bemühungen, seinen reichen Hauswirt zu bewegen, Geld zur Gründung einer kleinen Fabrik herzugeben, schlagen fehl. Da erhält der Schlossermeister eine gerichtliche Meldung, daß ein alter amerikanischer Großonkel ihm eine Erbschaft hinterlassen habe. In ihrer Freude prahlt die biedere Frau Schlossermeister mit einer mehrfachen Millionenerbschaft, und nun kommen alle die Lieferanten, die früher nicht mehr pumpen wollten, und bieten sich als Kreditgeber an. Selbst der Hauswirt kommt und bietet 25000 M. zur Errichtung der geplanten Fabrik. Schnell wird diese eingerichtet. Die Konservendosenöffner finden großen Absatz. Der ehrsame Schlossermeister wird zum wohlhabenden Fabrikanten, dessen Familie, als sich schließlich herausstellt, daß bei der Versteigerung der Grundstücke des amerikanischen Onkels sich kein Uebersehungs ergeben hat, die schmerzliche Enttäuschung mit ruhiger Fassung erträgt.

Die Aufführung hatte entschieden Erfolg. Es wurde viel gelacht und applaudiert. Zu einem guten Teil hat der Autor diesen Erfolg dem Spiel zu danken. Oberregisseur Wald hatte das Stück vorzüglich inszeniert, und Margarete Fischbach als „gebildete“ Schlossermeisterin, Elise Hüstel als Frau Reisterin boten höchst anerkennenswerte Leistungen. Besonders aber verdient die Darstellung des schlachten, altwäckerischen Schlossermeisters durch Herrn Karl Elzer erwähnt zu werden. Er schuf eine durchaus lebenswahre Gestalt.

Arbeiter-Samariter-Bund, Rosonne Berlin. In dieser Woche finden folgende Lehrende statt: Montag, den 18., Abteilung Brunnenstraße 164; Mittwoch, den 15., Abteilung Rigdorf, Erikastr. 8; Donnerstag, den 16., Abteilung Lichtenberg, Schornweberstr. 60 und Schöneberg, Vorbergstr. 9. Ueberall Vortrag über Vergiftungen. Anfang pünktlich 8 Uhr. Gäste willkommen.

Die Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte veranstaltet auch in dieser Woche hygienische Vorträge, die nachstehend aufgeführt sind. Der Zutritt zu diesen Vorträgen ist für jedermann unentgeltlich.

Am Montag, 13. Februar er. spricht Herr Dr. Jabel über „Alkohol und Gesundheit“ in der 91./101. Gemeindefchule, Gneisenaustraße 7.

Am Donnerstag, den 16. Februar er., sprechen in den Aulen der nachbenannten Gemeindefchulen über das Thema „Die geschlechtliche Anordnung und ihre Folgen“ Herr Dr. Silentsal, in der 247./252. Gemeindefchule, Nigaerstr. 81/82; Herr Dr. L. Casper in der 240./254. Gemeindefchule, Waldensierstr. 25/26; Herr Dr. R. Pab in der 117./178. Gemeindefchule, Eberswalderstr. 10; Herr Dr. J. Jacobsohn in der 115./237. Gemeindefchule, Staliger Straße 55/56.

Am Freitag, den 17. Februar er., sprechen über das Thema „Gesundheitspflege von Nase und Ohr“ Herr Dr. R. Lehmann in der 81./100. Gemeindefchule, Tilsiterstr. 4/5; Herr Prof. Dr. Brühl in der 118./127. Gemeindefchule, Rantstr. 8; Herr Dr. Selbiger in der 228./270. Gemeindefchule, Poststr. 5.

In Vorklagen-Kummelsburg in der Neuen Schule in der Marktstraße spricht am Dienstag, den 14. Februar er., Herr Dr. Seegall über das Thema „Gebiet der Geschlechtskrankheiten“.

In Charlottenburg in der 2. Gemeindefchule, Sophie-Charlottenstr. 69/70, spricht am Mittwoch, den 15. Februar er., Herr Dr. E. Engel über das Thema „Frauenleiden und ihre Verhütung“ (nur für Frauen).

In Köpenick in der Mädchen-Mittelschule, in der Freiheit, spricht am Dienstag, den 14. Februar, Herr Dr. E. Meyer über das Thema „Ursachen und Verhütung der Schwindsucht“.

Für Friedenau und Steglitz spricht Herr Dr. F. Rosen über das Thema „Geschlechtskrankheiten und ihre Verhütung“, in dem Sitzungssaal der Gemeindevertretung im Gymnasium am Hauptbahnhof in Friedenau.

In Lichtenberg spricht Herr Dr. A. Jacobsohn in der Gemeindefchule in der Kronprinzenstr. 10 über das Thema „Auge und Arbeit“.

Für Mariendorf und Tempelhof spricht am Donnerstag, den 16. Februar er., Herr Dr. Ruskat über das Thema „Die Bedeutung der Heilgymnastik“ im Restaurant G. Löwenhagen, Chausseest. 27, zu Mariendorf.

In Pankow, in der 2. Gemeindefchule, Grunowstraße, spricht am Donnerstag, den 16. Februar er., Herr Dr. G. Feilchenfeld über das Thema „Hygiene des Auges“.

In Reinickendorf, in der 3. Gemeindefchule, Pankower Allee, spricht am Mittwoch, den 15. Februar er., Herr Dr. R. Halle über das Thema „Hygiene des Ohres“.

In Rigdorf, in der 9./10. Gemeindefchule, Kaiser-Friedrichstraße 4, am Hermannplatz, spricht Herr Dr. A. Schönsfeld über das Thema „Halbkrankheiten und Schwindsucht“.

In Schöneberg, in der 10./11. Gemeindefchule, spricht Herr Dr. Citron über das Thema „Magen- und Darmleiden“, am Dienstag, den 14. Februar er.

In Tegeel spricht am Dienstag, den 14. Februar er., Herr Prof. Dr. Roffe in der Gemeindefchule, Tredowstr. 26/31, über das Thema „Einige Fragen aus der Gesundheitslehre des täglichen Lebens“.

In Weikensee, in der Gemeindefchule in der Langhandstraße 120, spricht Herr Dr. L. Junz am Freitag, den 17. Februar er., über das Thema „Verhütung von Frauenkrankheiten. Die Bedeutung der Blutungen“ (nur für Frauen).

In Wilmersdorf, im Bismarckgymnasium, Pfalzburger Straße 30/31, spricht am Mittwoch, den 15. Februar er., Herr Prof. Dr. Neubaus über das Thema „Blinddarmentzündungen“.

Sämtliche Vorträge beginnen pünktlich um 8 Uhr.

Ein Paket Abzahlungskarten ist gestern in einem Wagen der Linie 22 gefunden worden. Der Verlierer kann dieselben bei Schultheiß, Rigdorf, Jansastraße 7, abholen.

Unterung. Für den Verein Arbeiter-Jugendklub gingen bei dem Unterungseinen: 19,95 Mark Kronenmarken der Arbeiter der Chemischen Fabrik Schering, Müllerstraße, A. Rosenfeld, An der Spandauer Brücke 1a.

Vorort-Nachrichten.

Rigdorf.

Ueber ein recht sonderbares Verfahren des hiesigen Magistrats wird uns folgendes berichtet:

Bei der letzten Auslegung der Wählerlisten zu den Stadtverordnetenwahlen vermißte der seit 1½ Jahren bei einem Tischler M. wohnhafte Chambregarnist Schlosser Z. seinen Namen in der Wählerliste; er erhob daher sofort Einspruch gegen die Richtigkeitsurteilung. Sein Antrag, ihn in die Wählerliste aufzunehmen, wurde von der Stadtverordnetenversammlung zurückgewiesen, weil Z. nach ihrer Meinung nicht selbständig sei im Sinne des Gesetzes. Z. erhob Klage bei dem Bezirksauschuss in Potsdam. Er legte die polizeiliche Meldung vor und berief sich auf das Zeugnis seines Hauswirts, des Tischlers M., dessen Vernehmung vom Bezirksauschuss angeordnet wurde. Bei der Vernehmung beidwohrt M., daß Z. vom September 1906 bei ihm in einem möblierten Zimmer wohnte, aber daß er in jeder Beziehung freies Verfügungsrecht habe. Demzufolge wurde vom Bezirksauschuss die Eintragung Z. in die Wählerliste angeordnet und den Parteien der Beschluß am Mittwoch, den 8. Februar zugestellt, mit dem üblichen Hinweis der vierzehntägigen Einspruchsfrist. Der Magistrat von Rigdorf scheint die Absicht zu haben, den Einspruch zu erheben. Das geht wenigstens daraus hervor, daß er am Donnerstag einen Magistratsdiener nach der Wohnung M. schickte, der sich vergewissern sollte, ob Z. noch dort wohnte. Des weiteren verlangte er Auskunft über die Größe der Wohnung, die Stärke der Familie M., den Mietpreis und die von Z. gezahlte Miete. Dann betrat er das Zimmer Z., der gerade anwesend war. Dessen erlaubte Frage, was er wolle und von wem er komme, beantwortete er dahin, daß er sich einmal das Zimmer ansehen wolle. Warum? Genügte dem Magistrat die eidlische Aussage des Zeugen des Klägers vor dem Bezirksauschuss nicht?

Charlottenburg.

Der Baubeginn der Untergrundbahnlinie nach dem Kurfürstendamm, deren Eröffnung gleichzeitig mit der Wilmersdorfer Linie stattfinden muß, wird, wenn es die Witterung erlaubt, bereits im März d. J. erfolgen. Die städtische Tiefbauverwaltung in Charlottenburg wird in nächster Zeit die durch den Bau der Bahn notwendige Verlegung und Umänderung der städtischen Versorgungsleitungen für Kanalisation, Gas, Elektrizität, Wasser, Feuerwehrlinien in der Tauentzienstraße und im Kurfürstendamm beginnen. Für diese Arbeiten werden bei der Stadtverordnetenversammlung Mittel in Höhe von 186 100 M. beantragt.

Für Neupflasterungen von Straßen sind im Haushaltsplan für 1911 450 000 M. eingestellt. Für folgende Straßenzüge sind Neupflasterungen (mit Stampfasphalt und Holzpfaster) vorgesehen: Marchstraße zwischen Marchbrücke und dem südlichen Asphaltanschluß, Platanenallee in Westend zwischen Linden- und Hornallee, Grolmanstraße zwischen Kurfürstendamm und Savignypfad, Kaiser-Friedrich-Straße zwischen Befalozgistraße und dem nördlichen Asphaltanschluß, zwischen Stuttgarter Platz und Befalozgistraße, der Straße am Luisenplatz zwischen Charlottenburger Ufer und Cosandertstraße, Charlottenburger Ufer zwischen Schloßbrücke und Lohmeierstraße. Die fortlaufenden Ausgaben für Unterhaltung der Straßen, Brücken, Bürgersteige usw. betragen 843 728 M., 109 571 M. mehr gegen das Vorjahr. Die Gesamtausgaben für das Kapitel: Straßenbau belaufen sich auf 1 354 014 Mark, das bedeutet gegen das Vorjahr eine Steigerung von 340 233 Mark.

Der letzten Sonntag ausgefallene musikalische Kunstabend findet nunmehr bestimmt am Donnerstag, den 16. Februar er., abends 8 Uhr, im Volkshause, Rosonnenstr. 3, statt. Die Karten zum 5. Februar haben Gültigkeit. Es werden zwei Trios sowie Geigen-, Klarinetten- und Cellosolo und Gesangsbeiträge von hervorragenden künstlerischen Kräften zu Gehör gebracht. Karten zu 30 Pf. sind bei

Weichert, Rosonnenstr. 3, Scharnberg, Eesenheimer Str. 1, Will, Kirchstraße 30, und den Jaglhablenleitern zu haben.

Der Bildungsausschuss.

Der Charlottenburger Hauspflegerverein weist wiederholt darauf hin, daß er seine Fürsorge jetzt auch auf eine gute, kräftige Ernährung schwächerer Frauen im letzten Monat von der Geburt erstreckt. Die Stadt hat dem Verein Mittel zur Verfügung gestellt, von dem Grundlage ausgehend, daß die einzige rationelle und gute Ernährung des Säuglings die Ernährung mit Muttermilch ist, daß aber Frauen, welche das zu erwartende Kind selbst stillen wollen, vorher durch gute Kost in den dazu gehörigen Kräftezustand versetzt werden müssen. Die Frauen, denen nach vorheriger Recherche diese Vergünstigung zuerkannt wird, erhalten — möglichst den letzten Monat vor der Entbindung — vier Wochen lang kräftiges Mittagessen. Alles nähere ist im Hauspflegerverein „Ernährungsabteilung“, Marchstr. 71, zu erfahren und zwar in den Sprechstunden Dienstag und Freitag, 10 bis 11 Uhr vormittags. Schwangere Frauen, welche beabsichtigen, ihr Kind selbst zu nähren und denen ihre Verhältnisse keine genügend gute Ernährung vorher gestatten, können sich möglichst sechs Wochen vor ihrer Entbindung dort in der angegebenen Zeit zur Vorernährung melden.

Lichtenberg.

Die von der Arbeiterschaft arrangierte Theateraufführung bei Schwarz (Wöllendorf), am heutigen Sonntag, den 12. Februar, beginnt pünktlich um 2½ Uhr. Die unter Leitung des Herrn Direktor Meyer stehende Märkische Wanderbühne, der Angehörige auch dem Sailer-Theater angehören, bringen Jöfens Gespenster zur Aufführung.

Groß-Lichterfelde.

Am heutigen Sonntag veranstaltet der Bildungsausschuss einen Lichtbildervortrag über die natürliche Schöpfungsgeschichte. Vortragender: Herr Th. Meenken aus Dresden. Anfang pünktlich 6½ Uhr im Restaurant Wabendorf, Bältestr. 22. Eintritt 30 Pf.

Am Nachmittag, 8 Uhr, findet ebenfalls ein Lichtbildervortrag für Kinder statt.

Eintritt für Kinder wie Erwachsene 10 Pf.

Mariendorf.

Die Gemeindevertretung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit einer Anfrage wegen Errichtung einer Radrennbahn am Ort. An die englische Gasanstalt, die ein sehr großes, zum Teil noch brachliegendes Gelände besitzt, ist eine Radrennbahn-Gesellschaft herangetreten mit dem Erlauchen, ihr das an der Ringstraße gelegene Gelände zwecks Errichtung einer Radrennbahn pachtweise auf 10 Jahre zu überlassen. Der Direktor der Gasanstalt wünscht vorher die Meinung der Gemeindevertretung hierüber. Vom Gemeindevorsteher wurden Gründe für und gegen dieses Projekt vorgebracht. Tagesgen sei die Befestigung der nächstliegenden Bewohner in Betracht zu ziehen, doch müsse dem gegenübergestellt werden, daß zweifellos eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse herbeigeführt und außerdem die Geschäftskente und besonders die Gastwirts bedeutende Vorteile haben würden. Von unseren Vertretern wurde durch den Genossen Reichardt die Zustimmung unter der Bedingung gegeben, daß die Radrennbahn-Gesellschaft verpflichtet werden müsse, an die Gemeinde eine bestimmte Summe jährlich zu zahlen. Der Schöffe Herr Friedrich protestierte gegen die Errichtung mit der Begründung, daß ihm damit ein bedeutender persönlicher Schaden zugeführt werde, weil er seinen an der anderen Seite der Ringstraße gelegenen Grundbesitz durch die Radrennbahn nicht vorteilhaft für die Erbauung verkaufen könne. Diese Ausführung wurde vom Genossen Reichardt festgehalten. Unser Redner betonte, daß noch niemals ein Gemeindevorsteher derart seine persönlichen Vorteile in den Vordergrund gestellt habe, wie Herr Friedrich, der noch dazu das Ehrenamt eines unbesoldeten Schöffen bekleidet, dabei würden die Gemeindevorsteher handlungslahm an Eidesstatt verpflichtet, nur auf das Wohl der Gemeinde bedacht zu sein unter Hintertstellung ihrer eigenen Interessen. Herr Friedrich war diese Behauptung in aller Deutlichkeit nicht annehmbar, er machte verzweifelte Anstrengung um die Sache abzu-schwächen. Genosse Weber konnte feststellen, daß dieser Versuch vollständig mißlungen sei. Bei der namentlich beantragten Abstimmung über das vorgedachte Projekt selbst stimmten 10 Vertreter mit ja und 8 mit nein, bei einer Stimmenthaltung. Es dürfte somit in Mariendorf in allernächster Zeit eine Radrennbahn errichtet werden. Hieraus wurde beschlossen, die Kurfürstentrasse besser zu beleuchten. Hoffentlich läßt die Beleuchtung nicht so lange auf sich warten, wie die Regulierung der Straße selbst, die ohnehin schon lange beschlossene, heute noch nicht in Angriff genommen ist. Nach Bewilligung einer für andere Straßen notwendigen Aufstellung von Lampen wurde Klage geführt, daß die vorhandenen Nachlampen des Nachts schon vor 2 Uhr ausgeblasen werden, so daß die mit der letzten Bahn kommenden Bewohner stets im Dunkeln gehen müssen. Eine Beschwerde soll Abhilfe schaffen. Eine größere Debatte brachte der letzte Punkt der Tagesordnung: Gewährung einer Beihilfe zu den Kosten der Eisenbahnunterführung im Zuge der Großbeerenstraße. Der jetzige Zustand ist so, daß die Eisenbahn bei einem starken Verkehr immer noch direkt über die Großbeerenstraße geht und durch Schranken abgeschlossen wird, was bei dem starken Verkehr eine Unzulässigkeit bedeutet. Ueber den Kostenanschlag, der 435 000 M. beträgt, ist man noch nicht hinausgekommen und lediglich deswegen, weil über die Verteilung der Kosten keine Einigung erzielt werden kann. Der Eisenbahndirektor hat sich bereit erklärt, 3000 M. dazu zahlen zu wollen. Der Gemeindevorsteher gab bekannt, daß jetzt neue Verhandlungen mit der an diesem Projekt ebenfalls stark interessierten Gemeinde Marienfelde stattgefunden haben, deren Resultat die Unterbreitung einer neuen Offerte beim Fiskus sein soll. In dieser Offerte erklären sich die beiden Orte bereit, von den gesamten Kosten 100 000 M. zu tragen, und zwar so verteilt, daß Mariendorf ein Drittel und Marienfelde zwei Drittel der Summe zahlt. Hierbei wurde von unseren Vertretern auf das schärfste verurteilt, daß die so notwendige Unterführung der Bahn so lange hinausgeschoben wird. Wegen des Kostenstreites würde die Sicherheit des Publikums in Frage gestellt. Schließlich einigte man sich dahin, den Antrag in der vorgeschlagenen Form als Offerte beim Eisenbahndirektor aufzugeben mit der unbedingten Bestimmung, daß der Bahnhof Marienfelde, der jetzt ein Stück hinter der Großbeerenstraße liegt, so angelegt wird, daß ein direkter Zugang von der Großbeerenstraße möglich ist. — Hiernach nichtöffentliche Sitzung.

Pankow.

Da an der Befestigung der neuen Schule am Sonntag unsere Leser infolge der Beerdigung des Genossen Singer nicht teilnehmen konnten, soll versucht werden, einen anderen Tag hierfür zu erlangen. Zur Information diene einmweilen das folgende: Wir betreten von der Götterstraße aus die höhere Mädchenschule, daran anschließend das Lehrerinnenseminar, dann die Gemeindefchule und noch weiter die Mädchenschule. Hieran schließt die alte höhere Mädchenschule, die jetzt noch einen Auf- und Ausbau erhält, um später noch eine dritte Gemeindefchule aufzunehmen. Der Nachteil, so viele Schulen auf einen Fleck zusammen zu drängen, wird durch die durchaus günstige Lage teilweise ausgeglichen. Hierdurch wurde ein Hofraum geschaffen, der 120 x 60 Meter im Ausmaß hat, nach einer Seite offen ist und so Luft und Licht reichlichen Zutrom gestattet. Außerdem ist noch ein zweiter Hof vorhanden, an der Wollankstraße, der mit altem Baumbestand besetzt ist. Das Grundstück liegt an drei Straßen und ist so von allen Seiten zugänglich. Die Fassade des Hauses sowie das Treppenhause der höheren Mädchenschule sind im Stile der deutschen Spätrenaissance gehalten. Die Gesamtzahl der Klassenräume beträgt 96, hierzu kommen noch 3 Spezialklassen für Physik, Chemie und Biologie, 4 Rechenäle, 17 Lehrmittelschüler, 14 Dienstzimmer und 3 Turnhallen. Im Dachgeböck sind außerdem 1 Les- und Arbeitsaal für die Fortbildungsschule untergebracht, in der unsere Jugend Sonntags Gelegenheit zur Unterhaltung finden soll. Die langen Korridore sind mit Linoleum belegt, die Wände mit Del-

antrieb versehen, der in allen Etagen verschieden ist, um eine schnellere Orientierung zu ermöglichen. Zur Aufnahme von Papierabfällen sind in den Wänden Klappen vorhanden. Soweit die Flure kein direktes Licht erhalten, sind die Mauerwände durchbrochen, um Licht durchzulassen und auch eine schnelle Durchlüftung der Klappen zu ermöglichen. Die Fensteröffnungen sind alle verschlossen gehalten und geben in ihrer Herabhaltung die schönste Gelegenheit, Stillstudien treiben zu können. In jeder Etage befinden sich Klosettanlagen, die hell und leicht zu reinigen sind. Die Heizung erfolgt von einem Maschinenhaus aus außerhalb der Säulenhalle in Verbindung mit einem Elektrizitätswerk, das zugleich der Schule Licht spendet. Der hier erzeugte Dampf wird durch Rohrleitungen nach dem Keller der Schule geführt und von hier, je nach Bedarf, nach allen Räumen verteilt. Zur genauen Kontrolle der Temperatur in den einzelnen Zimmern braucht man diese nicht erst aufzuwinden, sondern kann sie im Keller von einem Zeiger ablesen, wenn man vorher den Knopf eines Schaltbrettes berührt. Die verdorrte Luft wird durch Luftschächte nach dem Dach hin auf der einen Seite abgezogen, während auf der anderen Seite des Zimmers frische, vorgewärmte Luft Zutritt erhält. Brausebäder sind nicht vorhanden. Es wird also notwendig sein, daß die Badeanstalt mit Schwimmbassin, die auf demselben Grundstück geplant ist, recht bald in Angriff genommen wird, um einen fühlbaren Mangel zu beseitigen. Der jetzt vorhandene Bau ist in 1 1/2 Jahren aufgeführt worden und kostet nach der Vollendung 2 300 000 M.

Gerichts-Zeitung.

Ordnung muß sein!

Der Rutscher August Just in Nirdorf, ein älterer, kränklicher Mann, der schon mehrere Unfälle im Betriebe erlitten hatte, hatte das Pech, die Mitnahme seines Fahrzeugs vergeren zu haben, als er mit seinem Arbeitsgepäck durch die Straße fuhr. Diese furchtbare Verletzung gegen die öffentliche Ordnung mußte gesühnt werden. Die Polizeiverordnung löst Strafe von 1 M. aufwärts als Sühne zu. Die Behörde belegte den Rutscher mit 3 M. Geldstrafe eventuell einem Tage Haft. Just erkrankte und hat, ihm zu gestatten, die 3 M. in Raten von je 50 Pf. abzutragen. Der Bitte wurde stattgegeben. Er zahlte von seinem schmalen Krankengeld soviel er konnte. Gegen 50 Pf. vermochte er nicht zu zahlen, weil er nicht mehr krank, aber arbeitslos war. Da die Pfändung wegen dieser Lappalie fruchtlos ausfiel, wurde er vom Amtsvorsteher in Briss aufgefördert, innerhalb acht Tagen sich im Polizeigefängnis zu Dichtenberg einzufinden, um dort die Reststrafe in Höhe von 3 Stunden und 26 Minuten abzubringen. Just machte die Reise von Nirdorf nach Dichtenberg, inspizierte 3 Stunden 26 Minuten lang das Dichtenberger Polizeigefängnis und rettete dadurch die Ordnung.

Die massenhaften Polizeiverordnungen, deren Inhalt insbesondere Rutscher bedroht, sollten endlich dahin reformiert werden, daß derlei Ordnungsstrafen erst festzusetzen sind, wenn mehrmalige Warnungen ergebnislos gewesen sind und der zu sühnende Frevel wirklich erheblicher Natur, die Ordnung in der Tat gefährdend ist. Schon jetzt sollte aber, schon um die Scherereien der Behörde zu ersparen, die mit Bewachung, Pfändungsverfuchen usw. verbunden sind, von der Festsetzung einer Freiheitsstrafe an Stelle der Geldstrafe solange wie möglich Abstand genommen werden. Wäre Briss, Nirdorf, Dichtenberg und der preussische Staat in Trümmer zerfallen, wenn mit der Vertreibung des kleinen Restes ein Jahr oder noch länger gewartet worden wäre? Lohnt die Vertreibung von kaum 50 Pf. Strafrecht die Aufwendungen an Papier, Tinte und Arbeit, die in diesem Fall verbraucht wurden? Aber freilich: Ordnung muß sein.

Der Zusammenstoß eines kaiserlichen Automobils, in welchem sich der Oberhofmeister Erzengel Freiherr v. Nirdorf befand, mit einer Automobilmaschine hatte gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte ein gerichtliches Nachspiel. Wegen Übertretung der Polizeiverordnung über das Kraftfahrzeugwesen richtete sich der Strafdrohverfahren Robert Luft vor dem Strafrichter verantworten. Der Angeklagte soll am 30. Oktober v. J. in übermäßig schnellem Tempo die Straße Alt-Moabit entlang gefahren sein. Als er an der Ecke der Werksstraße ankam, kam ihm von der Moabitstraße her ein kaiserliches Automobil entgegen, von welchem aus die bekannten langgezogenen Signale gegeben wurden. Der Angeklagte fuhr in demselben Tempo weiter und schaute mit voller Kraft in das kaiserliche Auto hinein, welches in die Werksstraße einbiegen wollte. Bei dem mit lauten Strahl erfolgten Zusammenstoß wurden mehrere Scheiben und andere Teile der beiden Kraftwagen demoliert und nur durch einen Zufall entging der Anstoß des kaiserlichen Automobils, Oberhofmeister Freiherr v. Nirdorf, ernstere Verletzungen. Nach dem Unfall stellte es sich heraus, daß der Angeklagte angetrunken war. Gegen L. wurde deshalb wegen zu schnellem Fahren und weil er im Hochdienst angetrunken gewesen war, ein Strafbescheid in Höhe von 21 M. Geldstrafe und zwei Wochen Haft erlassen. Gegen diesen Strafbescheid ließ L. Einspruch erheben. Vor Gericht suchte er den Nachweis zu führen, daß er zwar einige Glas Bier getrunken hatte, nicht aber als angetrunken gelten konnte. — Das Schöffengericht sah auf Grund der Beweisaufnahme die Sache mild an und erkannte auf 60 M. Geldstrafe.

Nachmals das Unglück auf See Rabob.

Wegen Verleumdung des Vergrats André, des Direktors der Zeche I und II, war bekanntlich am 18. Oktober 1909 vom Landgericht Bochum der Redakteur der „Vergrater Zeitung“, Theodor Wagner in Bochum, zu 300 M. Geldstrafe verurteilt worden. Auf seine Revision hob am 12. April 1910 das Reichsgericht das Urteil auf, weil mehrere von ihm benannte Zeugen nicht vernommen worden waren. Am 28. Oktober 1910 ist, wie unseren Lesern erinnerlich, der Angeklagte vom Landgericht leider zu derselben Strafe wie früher verurteilt worden. Das Reichsgericht verwarf am Freitag die auch gegen dieses Urteil eingelegte Revision.

Drei Monate Gefängnis für Entwendung von Kohlen im Werte von 40 Pf.

hat am 14. November v. J. vom Landgericht M. Glabbach die Arbeiterfrau Gertrud Baum adjuviret erhalten, weil sie bereits zweimal wegen Diebstahls verurteilt war. — In ihrer Revision suchte sie nachzuweisen, daß sie nur wegen Rundraubs hätte bestraft werden können, da sie die Kohlen als Genußmittel, d. h. zum Erwärmen der Nahrung entwendet habe.

Bei dem jetzigen Stande der Gesetzgebung konnte diesen Darlegungen keine Beachtung geschenkt werden; das Reichsgericht verwarf deshalb am Freitag die Revision. — Die Strafjustiznovelle, die der Ungeheuerlichkeit ein Ende bereiten will, daß derartige Entwendungen im Rückfall mit der Mindeststrafe von drei Monaten zu bestrafen sind, ist bekanntlich vom Reichstag noch nicht verabschiedet, vielmehr — mit einem Knebel gegen die Presse und mit unzureichender Regelung des Erpressungsparagrafen bepackt — erst in zweiter Lesung begriffen.

Aus aller Welt.

Zur Pestepidemie.

Nach einem Telegramm, das die Londoner „Times“ aus Charbin erhielt, soll sich die Lage im Pestgebiet etwas ge-

bessert haben. Mit Hilfe der jetzt in größerer Zahl eingetroffenen Sanitätstruppen sind bisher 8500 Leichen verbrannt worden. Da auf den Straßen keine Leichen mehr liegen, ist die augenblickliche Ansteckungsgefahr etwas gemindert. Im Gegensatz dazu nehmen die Erkrankungen selbst einen immer heftigeren Charakter an. Der Krankheitsprozeß, der früher fünf Tage dauerte, verläuft jetzt in fünf bis zehn Stunden, alle Erkrankten sterben, bisher ist kein einziger Fall von Genesung beobachtet worden. Alle Läden sind geschlossen, ganze Straßen leer. Die katholische und die protestantische Mission sind nach Rußland geflohen, um dem drohenden Tode zu entgehen.

Ein offizielles Dekret, das in Charbin veröffentlicht worden ist, befiehlt den Chinesen aus der ganzen Mandchurei, ihre Städte und Dörfer während der Dauer der Pestepidemie auf keinen Fall zu verlassen.

Um eine eventuelle Einschleppungsgefahr nach Möglichkeit zu verhindern, hat die belgische Regierung die Anordnung getroffen, daß die aus Rußland kommenden internationalen Eisenbahnwagen in Zukunft desinfiziert werden sollen, wenn sie die belgische Grenze passieren.

Randschaffer im Aeroplan.

Während der seit einiger Zeit entbrannten Revolution in Mexiko ist zum ersten Male die Verwendbarkeit des Aeroplans für Kriegszwecke erprobt worden. In den Dienst der zur Bewachung der Grenze kommandierten amerikanischen Truppen sind als Freiwillige auch einige Aviatiker getreten, die dem Kommando über die Bewegung der beiden mexikanischen Kriegsparteien Randschafferdienste leisten wollen. Am Freitag ist aus dem Lager der amerikanischen Truppen der Aviatiker Hamilton aufgestiegen; er überflog mit seinem Aeroplan trotz der Warnungen, daß die mexikanischen Truppen auf ihn feuern würden, die mexikanische Grenze. Auf mexikanischem Gebiete umkreiste er die Verteidigungslinien der Stadt Juarez. Nach seinen Erkundigungen gelangte er wohlbehalten im amerikanischen Lager an, wo er dem Oberkommando über das Gischaute Bericht erstattete.

Schweres Unglück im Schieferbruch.

Einen entsetzlichen Tod fanden mehrere Arbeiter, die in den Schieferbrüchen von Gourin im französischen Departement Nordbrian ihrer Beschäftigung nachgingen. Am Sonnabend löste sich in einem 47 Meter tiefen Schachte ein schwerer Felsblock, durch den sechs Arbeiter zermalmt wurden. Bisher konnten erst zwei Verunglückte als Leichen zutage gefördert werden.

Einsturz auf dem Weltausstellungsgelände.

Bei dem Abbruch der deutschen Abteilung der Weltausstellung in Brüssel hat sich ein schwerer Unfall ereignet. Gestern mittag ist die Halle für landwirtschaftliche Maschinen beim Abbruch eingestürzt, wodurch mehrere Arbeiter verunglückt wurden. Nach einem aus zugegangenen Telegramm wurde ein Arbeiter getötet, drei erlitten Verletzungen. Die deutsche Regierung trifft keinerlei Verantwortung für den Unfall, da die Halle an einem Privatunternehmer verkauft war, der den Abbruch auf eigene Rechnung und Gefahr vornimmt.

Kleine Notizen.

Ein Liebesdrama im Hotel. In der Nacht zum Sonnabend hat in einem Hotel in Cronberg der Frankfurter Juwelier Wäde die Inhaberin eines Weinrestaurants, eine Frau Klingenberg, erschossen und dann Selbstmord verübt. Die beiden waren am Abend vorher gemeinsam von Frankfurt a. M. eingetroffen.

Wegen schwerer Sittlichkeitsverbrechen wurde gestern in Heidelberg der ehemalige Leiter der dortigen Landstummenschule, ein Direktor Holler, zu neun Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Ilmenauer hatte sich längere Zeit an den unglücklichen Jünglingen seiner Anstalt vergangen.

Die Grubenkatastrophe in dem nordamerikanischen Bergwerk Coledale hat noch weitere Opfer gefordert. Bei den Versuchen, zu den Verschütteten zu gelangen, sind zwei Freiwillige umgekommen. Von den fünfzehn verschütteten Grubenarbeitern wurden bisher neun als Leichen geborgen.

Verurteilter Raubmörder. Das Schwurgericht in Dautzen verurteilte den Arbeiter S. H. Mann wegen Mordes in zwei Fällen, verurteilt Mordes, Raubes und Brandstiftung zum Tode und zu 10 Jahren Zuchthaus. S. H. Mann hatte im Juni vorigen Jahres auf die 62jährige Materialwarenhändlerin Käthe einen Raubmord verübt und am 8. Dezember die 60jährige Materialwarenhändlerin Gedlich und deren 37jährige Tochter ermordet, sowie das von ihnen bewohnte Grundstück in Brand gesteckt.

Eine gewaltige Schlammflut hat sich nach einem Telegramm aus Petersburg am Freitagabend über die zentralasiatische Stadt Tschimkent ergossen. Der Wasserplay und die anliegenden Straßen sind sehr hoch, stellenweise meterhoch überflutet worden. Die Landwege in der Umgegend sind unpassierbar; mehrere Brücken wurden fortgerissen.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Königl. Opernhaus. Sonntag: Königskinder. Montag: Jar und Zimmermann. Dienstag: Rigoletto. Mittwoch: Jodelo. Donnerstag: Salome. Freitag: Unbestimmt. Sonnabend: Die Jäuberflotte. Sonntag: Königskinder. Montag: Die Jäuberflotte. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
Königl. Schauspielhaus. Sonntag: Die Journale. Montag: Ein Schritt vom Wege. Dienstag: Der Störenfried. Mittwoch: Der Kaufmann von Venedig. Donnerstag: Minna von Barnhelm. Freitag: Der Störenfried. Samstag: Ein Schritt vom Wege. Sonntag: Der Störenfried. Montag: Ein Schritt vom Wege. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
Deutsches Theater. Sonntag: Don Carlos. Montag: Ein Sommertraum. Dienstag: Judith. Mittwoch: Die Räuber. Donnerstag: Orbeo. Freitag: Faust. Sonnabend: Don Carlos. (Anfang 6 1/2 Uhr.) Sonntag: Hamlet. Montag: Ein Sommertraum. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
Deutsches Theater (Kammerspiele). Sonntag: Lancelot. Montag: Aglaune und Sphelste. Dienstag: Lancelot. Mittwoch: Die Hofe. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Donnerstag: Die Hofe. Freitag: Komödie der Irrungen. Die Heirat mit der Willen. Sonnabend: Lancelot. Sonntag: Die Hofe. Montag: Ganach. (Anfang 8 Uhr.)
Leipzig-Theater. Sonntag: Rosenmontag. Abends: Die Ratten. Montag: Anatol. Dienstag: Die Ratten. Mittwoch: Wenn der junge Wein blüht. Donnerstag und Freitag: Die Ratten. Sonnabend: Die Ratten. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Sonntag: Die verurteilte Witwe. Abends: Die Ratten. Montag: Die Ratten. (Anfang 8 Uhr.)
Kleines Theater. Sonntag: Die verurteilte Witwe. Montag: Die verurteilte Witwe. Dienstag: Die verurteilte Witwe. Mittwoch: Die verurteilte Witwe. Donnerstag: Die verurteilte Witwe. Freitag: Die verurteilte Witwe. Samstag: Die verurteilte Witwe. Sonntag: Die verurteilte Witwe. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
Neues Schauspielhaus. Sonntag: Das kleine Schokoladenmädchen. Montag: Genoveva. Dienstag und Mittwoch: Das kleine Schokoladenmädchen. Donnerstag: Maria Stuart. Freitag: Faust I. Teil. (7 1/2 Uhr.) Samstag: Sonnabend und Sonntag: Das kleine Schokoladenmädchen. Sonnabend: Maria Stuart. Montag: Pygmalion. (Anfang 8 Uhr.)
Berliner Theater. Sonntag: Einer von uns. Montag: Einer von uns. Dienstag: Einer von uns. Mittwoch: Einer von uns. Donnerstag: Einer von uns. Freitag: Einer von uns. Samstag: Einer von uns. Sonntag: Einer von uns. (Anfang 8 Uhr.)

Modernes (Gebbel) Theater. Sonntag: Die Hölle. Montag: Die Hölle. Dienstag: Die Hölle. Mittwoch: Die Hölle. Donnerstag: Die Hölle. Freitag: Die Hölle. Samstag: Die Hölle. Sonntag: Die Hölle. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Romische Oper. Sonntag: Die Hölle. Montag: Die Hölle. Dienstag: Die Hölle. Mittwoch: Die Hölle. Donnerstag: Die Hölle. Freitag: Die Hölle. Samstag: Die Hölle. Sonntag: Die Hölle. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Freidrich-Wilhelms-Theater. Sonntag: Die Hölle. Montag: Die Hölle. Dienstag: Die Hölle. Mittwoch: Die Hölle. Donnerstag: Die Hölle. Freitag: Die Hölle. Samstag: Die Hölle. Sonntag: Die Hölle. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Reines Operetten-Theater. Sonntag: Die Hölle. Montag: Die Hölle. Dienstag: Die Hölle. Mittwoch: Die Hölle. Donnerstag: Die Hölle. Freitag: Die Hölle. Samstag: Die Hölle. Sonntag: Die Hölle. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Thater des Westens. Sonntag: Die Hölle. Montag: Die Hölle. Dienstag: Die Hölle. Mittwoch: Die Hölle. Donnerstag: Die Hölle. Freitag: Die Hölle. Samstag: Die Hölle. Sonntag: Die Hölle. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Trion-Theater. Sonntag: Die Hölle. Montag: Die Hölle. Dienstag: Die Hölle. Mittwoch: Die Hölle. Donnerstag: Die Hölle. Freitag: Die Hölle. Samstag: Die Hölle. Sonntag: Die Hölle. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Reichens-Theater. Sonntag: Die Hölle. Montag: Die Hölle. Dienstag: Die Hölle. Mittwoch: Die Hölle. Donnerstag: Die Hölle. Freitag: Die Hölle. Samstag: Die Hölle. Sonntag: Die Hölle. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Berliner Volks-Oper. Sonntag: Die Hölle. Montag: Die Hölle. Dienstag: Die Hölle. Mittwoch: Die Hölle. Donnerstag: Die Hölle. Freitag: Die Hölle. Samstag: Die Hölle. Sonntag: Die Hölle. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Luisen-Theater. Sonntag: Die Hölle. Montag: Die Hölle. Dienstag: Die Hölle. Mittwoch: Die Hölle. Donnerstag: Die Hölle. Freitag: Die Hölle. Samstag: Die Hölle. Sonntag: Die Hölle. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Rose-Theater. Sonntag: Die Hölle. Montag: Die Hölle. Dienstag: Die Hölle. Mittwoch: Die Hölle. Donnerstag: Die Hölle. Freitag: Die Hölle. Samstag: Die Hölle. Sonntag: Die Hölle. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Polles Caprice. Sonntag: Die Hölle. Montag: Die Hölle. Dienstag: Die Hölle. Mittwoch: Die Hölle. Donnerstag: Die Hölle. Freitag: Die Hölle. Samstag: Die Hölle. Sonntag: Die Hölle. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Woll-Theater. Sonntag: Die Hölle. Montag: Die Hölle. Dienstag: Die Hölle. Mittwoch: Die Hölle. Donnerstag: Die Hölle. Freitag: Die Hölle. Samstag: Die Hölle. Sonntag: Die Hölle. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Galme-Theater. Sonntag: Die Hölle. Montag: Die Hölle. Dienstag: Die Hölle. Mittwoch: Die Hölle. Donnerstag: Die Hölle. Freitag: Die Hölle. Samstag: Die Hölle. Sonntag: Die Hölle. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Vasage-Theater. Sonntag: Die Hölle. Montag: Die Hölle. Dienstag: Die Hölle. Mittwoch: Die Hölle. Donnerstag: Die Hölle. Freitag: Die Hölle. Samstag: Die Hölle. Sonntag: Die Hölle. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Wintergarten. Sonntag: Die Hölle. Montag: Die Hölle. Dienstag: Die Hölle. Mittwoch: Die Hölle. Donnerstag: Die Hölle. Freitag: Die Hölle. Samstag: Die Hölle. Sonntag: Die Hölle. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Reichshallen-Theater. Sonntag: Die Hölle. Montag: Die Hölle. Dienstag: Die Hölle. Mittwoch: Die Hölle. Donnerstag: Die Hölle. Freitag: Die Hölle. Samstag: Die Hölle. Sonntag: Die Hölle. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Waldhalla-Theater. Sonntag: Die Hölle. Montag: Die Hölle. Dienstag: Die Hölle. Mittwoch: Die Hölle. Donnerstag: Die Hölle. Freitag: Die Hölle. Samstag: Die Hölle. Sonntag: Die Hölle. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Canonica. Sonntag: Die Hölle. Montag: Die Hölle. Dienstag: Die Hölle. Mittwoch: Die Hölle. Donnerstag: Die Hölle. Freitag: Die Hölle. Samstag: Die Hölle. Sonntag: Die Hölle. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Carl-Haberland-Theater. Sonntag: Die Hölle. Montag: Die Hölle. Dienstag: Die Hölle. Mittwoch: Die Hölle. Donnerstag: Die Hölle. Freitag: Die Hölle. Samstag: Die Hölle. Sonntag: Die Hölle. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Arnon-Theater. Sonntag: Die Hölle. Montag: Die Hölle. Dienstag: Die Hölle. Mittwoch: Die Hölle. Donnerstag: Die Hölle. Freitag: Die Hölle. Samstag: Die Hölle. Sonntag: Die Hölle. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Steuersache. Sonntag: Die Hölle. Montag: Die Hölle. Dienstag: Die Hölle. Mittwoch: Die Hölle. Donnerstag: Die Hölle. Freitag: Die Hölle. Samstag: Die Hölle. Sonntag: Die Hölle. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Allgemeine Familienherbette. Heute Sonntag von 8-6 Uhr: Jahrling Adlerstraße 123 bei Bernice.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ehrenrunde Andre Vindenkrahe Nr. 60. born vier Treppen - R a r h u d i - , wochentäglich von 1 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabend von 4 1/2 bis 6 Uhr nachmittags halt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Beitrag ist ein Guckzettel und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Bitte tragen Sie man in der Ehrenrunde vor.

S. C. (oder G. 7) 910. Wir halten die Betreffende nicht für erhaltspflichtig. — G. 7. 15. 1. Es empfiehlt sich die Abhebung. Der Antrag ist längstens binnen Jahresfrist nach dem Ableben zu stellen. 2. Sie sind als langhin gebunden, können aber zum 1. Juli auflösbare, wenn der Vertraginhalt dem nicht entgegensteht. — B. M. 9. Zu erfahren im Bureau des Transportarbeiterverbandes, Engländer 15 oder auch im Bureau der holländischen Straßenbahnverwaltung, Anprodestraße. — Nirdorf 126. Der Eisenbahnschiff ist haltbar. Es empfiehlt sich, einen Revocant zu konsultieren und sich denfalls an einen Rechtsanwalt zu wenden. — G. 7. 1. Beide Arten. 2. Die teilweise Unterhaltspflicht, aber kein Vermögensrecht. 3. Ja, nach der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts, die anderes Erachten im Gesetz keine Stütze findet. — M. B. 1000. 1. Anwaltsrente 12,45 M. monatlich. — 2. Bei der Gemeindeförderung. 3. Das ist nicht absolut erforderlich, aber zweckmäßig. 4. und 5. Das ist kein Hindernis. 6. Die Karte muss innerhalb längstens zweier Jahre eingetauscht sein und es müssen — bei einmaliger Verleerung — in diesem Zeitraum mindestens 20 Vertragsjahre gefüllt sein. — G. 7. 100. Für Berlin nicht. — Streiffrage 21. Im Plenum ist darüber noch nicht verhandelt, in der Budgetkommission nur gestreift. Verhandlungen oder Beschlüsse sind erst in 2. oder 3. Lesung des Etats im Plenum zu erwarten. — C. 10. 1. Nein. 2. Darüber wird der Niedersächsischen eine Bestimmung enthalten. Sie können auch die Räte einbringen zu rechtzeitig, das der Vermittler am Freitagstage im Reich ist. — M. B. 100. Nach den für Berlin üblichen Niedersächsischen nicht. — C. 7. 76. 1. Nein. 2. Ja.

Witterungsübersicht vom 11. Februar 1911. morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. in C	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. in C
Stromede	765,0	DE	1	wolken	-4	Kapranba	767,0	S	4	Schnee	-10
Damberg	764,0	DE	2	Reiter	-4	Petersburg	772,0	SO	1	Schnee	-14
Berlin	765,0	W	1	bedekt	-5	Seitz	767,0	W	2	Reiter	0
Frankfurt	765,0	SE	3	Reiter	-3	Berzen	764,0	W	3	wolken	6
München	769,0	SE	2	halb bb.	-2	Wars	765,0	S	2	Negen	2
Wien	768,0	SE	1	Reiter	-8						

Wetterprognose für Sonntag, den 12. Februar 1911. Vielmal neblig, sonst ziemlich heiter und trocken bei schwachen veränderlichen Winden; außer am Mittag Frost.

Berliner Wetterbureau.

Witterungsbericht der holländischen Reichsbahn-Direktion über den Großhandel in den Central-Marktblöcken. Witterungsbericht: Zufuhr schwach, Geschäft still, Preise unverändert. Wild: Zufuhr mäßig, Geschäft lebhaft, Preise fest. Getreide: Zufuhr ausreichend, Geschäft etwas lebhafter, Preise bedäufelt. Fisch: Zufuhr mäßig, Geschäft ziemlich belebt, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüß, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert.

N. JSRAEL

KÖNIG-STRASSE 11-14

BERLIN C.
GEGRÜNDET 1815

26-32 SPANDAUER STR.

Wäsche-Ausstattungen

Wohnungs-Einrichtungen

Montag, den 13., und folgende Tage

Modellhut-Ausstellung

Original-Modelle aus den ersten Pariser Salons
zu sehr vorteilhaften Preisen:

Während der Ausstellung:

Soweit Vorrat:

Handschuh - Verkauf

zu ausserordentlich billigen Preisen:



Schwedische Leder-Herren-
Handschuhe,
farbig, mit 1 Druckknopf, Paar 1.35

"Fownes' Gloves". Englische Herren-
Handschuhe, Schwedisch-Leder, ganz
gesteppt, mit 1 Druckknopf,
grau oder braun . . . Paar 1.90

Damen-Handschuhe:

Glacé-Leder,
feine, elegante
Qualität,
farbig, weiss
oder schwarz, mit
2 Druckknöpfen
Paar 1.35

Glacé-Leder,
farbig, weiss, schwarz
mit 2 Druckknöpfen

Das Paar

95

Schwedisch Leder,
mode, braun, mit
3 Perlmutterknöpfen

Pfennige

Echt Mocha-
Veneziana
mit
2 Druckknöpfen
in
modernen Farben
Paar 2.75

Bei Bestellungen ist genaue Grössen-Angabe erbeten.

Beachten Sie meine Prämienscheine:

100 Cigarren gratis

Verlangen Sie neue illustr. Engros-Preisliste kostenfrei
H. Preuss, Berlin N. 28, Söwinmünder Str. 64, 1.
Zigarren-, Zigaretten- und Tabak-Fabrik und -Versandhaus

wertvoll — ausschneiden — aufbewahren

Die Harnleiden
ihre Gefahren, Verhütung und
Beseitigung von
Dr. med. Schaper,
BERLIN — Preis 1 Mark.
71ca Tausend.
Verlag Max Richter, Frankfurt a. M.
Bismarckstr. 10.

Einer sagt's dem Anderen,

dass der echte Grimm & Triepel von keinem
anderen Fabrikat an Güte und Wohl-
geschmack übertroffen wird. Bitte genau
auf die Zetteleinlage in Rotdruck zu achten,
welche jeder Rolle beigefügt ist:



Spezialität:
Kau-Tabak.

Fabrik von
Grimm & Triepel
in Nordhausen

Nordhäuser
Kau-Tabak.

CONSTANTIN CIGARETTEN

verdanken ihr Renommee der hervor-
ragenden Qualität und Bekömmlichkeit

In allen besseren Cigarrengeschäften zu haben

Verantwortlicher Redakteur: Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Giese, Berlin. Druck u. Verlag: Bornwärt. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Humor-Quartett

Gg. Trauer Kastanienallee 40

Gardinenhaus
Bernhard Schwarz
Gardinenfabrik.

Sämtliche Fabrikate
zeichnen sich
durch außerordentliche
Haltbarkeit aus

Wallstr. 13

Zur Probe

NEU! 80 Stücke
auf einmal zu-
gleichm. Apparat

mit Rücksendungsrecht bei Nicht-
gefallen, also ohne jede Kaufver-
pflichtung und ohne Anzahlung
jediglich gegen Monats-Raten von
2 Mark an liefern wir: Sprech-
Apparate mit Pathé-Platten,
Musik-Instrumente aller Art, photo-
graphische Apparate, Waffen etc.

Kaufen Sie niemals ohne mehr-
fache Probe! Kaufen Sie nur un-
serer nabellosen Pathé-Platten.
Alle anderen Platten werden durch
den atemberaubenden Nabelwechsel an-
gegriffen u. schließlich völlig zer-
stört. Lieferung z. Original-Fabrikpreis.

Gratis

und franco senden wir an jeder-
mann unseren illustrierten Katalog
mit der Broschüre „Das Unwesen im
Plattenshandel.“ Postkarte genügt.

BIAL & FREUND

Breslau Postfach 130b

Wollen Sie gut u. billig rauchen?



So bestellen Sie so-
fort meine hier ab-
gebildete beliebte
Havannillos
mit Javadecke.

Silberspitze und Nikotin-
sammler, 500 Stück ver-
schiedens gute Probe-
zigaretten versende für den
billigen Preis von nur
7,00 M. per Nachnahme.
Billiger und besser kann
niemand liefern.

P. Pokora.
Zigarrenfabrik,
Neustadt, Westpr. No. 282A.
Gegr. 1888. — Ca. 200 Arb.

2. Ziehung 2. Kl. 224. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 11. Februar 1911, vormittags.
Nur die Gewinne über 96 Mark sind den betreffenden
Nummern in Klammern beigefügt.
Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Lose
beider Abteilungen.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
78 778 1021 84 [500] 175 302 450 71 2115 325 [500]
85 445 90 92 702 840 3229 878 98 808 976 4011 879 809
5178 465 904 8218 505 47 88 801 25 898 981 7109 904
779 8145 307 58 455 507 9885
10000 89 175 785 858 [500] 21252 430 783 923 22108
85 90 819 23074 185 457 24009 304 880 25098 328 223
822 810 [500] 27 26096 80 186 458 781 27178 548 818
28015 [500] 354 437 28 878 921 29127 85 400
38098 107 97 282 308 644 31500 [500] 288 898 938
32283 418 810 728 879 83188 808 482 500 34189 643 714
961 80 92 854 35878 712 35 85 38004 84 150 332 500 18
58 870 709 37065 861 68 97 879 38002 504 379 [500]
814 70 72 927 [500] 52 39018 37 878 921 97 558 87
40111 482 300 844 41084 244 289 938 915 42108 478
812 78 43284 408 78 [500] 882 728 978 44240 567 849
82 90 780 81 45106 21 210 [500] 478 708 21 899 46008
128 47003 [500] 700 78 255 558 48720 917 [500] 49004
[500] 128 318 [500] 604
50018 487 51188 84 [500] 282 499 52386 448 603
797 278 53017 48 127 84 235 437 886 943 88 84079 847
55274 [500] 288 56029 78 [500] 324 88 423 225 782 803
57074 484 258 58170 88 542 802 74 88 [500] 789 921 [500]
88 88 59027 78 185 297 [500] 456
60169 248 414 338 81 31 748 88 98 882 61027 780
248 613 508 858 [500] 783 827 43 827 68 88 62066 847
781 6308 71 859 731 64084 189 70 280 728 28 814
65096 98 818 415 98 882 712 998 66000 67119 87 588
68008 119 820 [500] 821 69174 824
70170 390 457 748 865 71827 427 267 812 85 72074
149 278 881 703 14 47 73171 74510 75874 79 408 581 41
648 787 78118 [500] 21 90 210 403 818 908 [500] 77287
888 848 178 991 78018 286 477 820 54 606 998 700324 184
448 302 88
80298 487 810 81548 508 [500] 82004 88 200
83188 723 24 884 434 989 84297 484 92 357 [500] 67
85008 180 303 455 908 86184 248 58 881 808 702 83 62
87018 188 98 [500] 488 88021 588 45 89008 220 458
90087 148 287 78 724 808 18 948 78 91084 108 48
914 20 548 778 808 925 92483 78 [500] 828 981 93041
285 232 408 24 [500] 81 861 641 94088 80 289 720 99

2. Ziehung 2. Kl. 224. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 11. Februar 1911, nachmittags.
Nur die Gewinne über 96 Mark sind den betreffenden
Nummern in Klammern beigefügt.
Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Lose
beider Abteilungen.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
904 88 98 984 95900 96008 223 281 428 28 285 988 97028
208 10 878 515 633 60 98294 87 70 874 480 78 561 99025
500 704 888
100000 200 98 428 737 888 28 888 101218 470
85 371 701 102065 470 258 10322 104098 288 422
61 371 818 85 765 105061 118 47 313 382 108023
241 58 74 800 87 351 82 871 107008 47 280 428 28 530
80 108008 280 478 [500] 910 108008 44 88 287 888 800
110025 786 111188 74 282 965 11210 [500] 808
44 870 81 88 808 113125 225 847 84 370 888 114182
591 981 115028 508 98 874 116018 418 48 71 [500]
630 808 117152 75 279 770 118004 88 121 80 808 741
827 70 119121 285 243 408 921 48
120187 255 98 378 121306 408 887 122064 448
78 207 30 92 958 123088 781 124884 [500] 125329
66 619 707 982 126086 618 127500 87 738 84 128808
130 43 31 82 [500] 842 84 810 21 129841 [500] 844
780 508 98
130078 498 887 731 888 131141 288 548 887
132042 70 202 410 81 82 726 801 812 133289 284 88
444 80 850 87 82 [500] 908 48 53 [400] 134000 80 183
291 804 818 842 135013 130 700 48 348 85 135182
340 881 827 88 137158 742 304 887 138081 [400] 447
898 901 958 80 99 750 77 [500] 80 813 24 48 [500]
139218 77 485 80 515 84 888
140078 480 88 508 887 988 141241 580 142121
[500] 88 [500] 228 588 654 70 888 98 143088 87 100 237
990 144004 188 88 418 887 91 145020 890 622 808
146000 [500] 10 113 274 98 [500] 808 81 288 147118
800 148188 889 208 88 149117 88 502 700 8 [500]
150088 [500] 176 818 630 718 81 891 151478 888
401 542 [500] 550 818 152298 455 84 373 80 680 729
803 153040 848 154117 51 948 [500] 155272 158
870 282 156145 408 [500] 886 986 58 988 84 157005
218 488 88 848 883 981 158880 821 159000 188 478
948 78
160018 48 271 88 287 310 372 161084 124 88
418 508 648 88 162082 151 718 480 685 704 884
163088 848 748 783 888 164078 41 88 71 165088
166 288 288 74 166888 81 513 874 167188 288 217
88 168088 155 [500] 88 80 870 169188 78 288 400 22
88 880 28 287
170084 88 63 704 718 888 988 171178 288 487
88 [500] 517 172117 718 88 71 173314 178 478 [500]
847 888 174088 828 728 881 175319 198 176084 288
488 580 87 806 177087 288 288 484 690 884 74 178008
88 112 648 88 781 988 179111 888
180047 81 207 482 575 688 181188 288 768 801 [500]
182081 184 888 34 [500] 878 411 183001 84 110300
305 7 [500] 825 51 883 184278 378 485 841 185188
348 88 417 842 878 88 186088 478 188 348 88 825
187088 48 831 814 188288 788 982 189188 [500] 482
550 97 888

2. Ziehung 2. Kl. 224. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 11. Februar 1911, nachmittags.
Nur die Gewinne über 96 Mark sind den betreffenden
Nummern in Klammern beigefügt.
Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Lose
beider Abteilungen.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
435 982 688 712 885 887 29 1130 [500] 58 88 383 48
57 80 404 661 710 81 989 97 2118 748 988 3036 58 243
88 501 887 4008 244 [500] 87 443 [500] 48 818 82 851 5029
357 811 6345 658 [500] 748 [500] 818 7108 275 98 876
454 [500] 528 686 715 879 97 8041 818 748 829 42
[400] 300 9021 187 258 784 88 808 42
10180 [500] 904 782 11175 923 636 851 978 12088
417 28 530 [500] 13021 87 288 88 78 774 982 14127 849
228 788 [500] 88 843 97 885 15018 118 [500] 696 16811
688 17049 208 287 581 672 18975 110 229 226 54 630 822
1608 282
20113 473 25 808 978 21388 434 796 22140 358 87
474 824 23145 87 [500] 731 945 24453 547 818 708 874
928 25008 38 [500] 153 108 28 26137 361 432 841 27102
801 718 28000 101 [500] 315 388 48 432 542 673 714 36
34 28078 108 368 [400] 319 440 516 696 743 [400] 81
30106 423 821 841 31061 314 640 907 32064 184
98 [500] 283 680 528 33258 78 88 508 [500] 74 848
34000 408 82 860 [500] 882 35108 482 739 36008 808 723
37340 401 581 725 801 38 [500] 38015 214 779 942 [500]
38223 327 84 728
40225 300 28 808 41337 68 494 888 42288 801
42014 28 863 44188 284 249 821 922 45304 830 40013
549 621 28 783 891 280 84 47022 28 181 218 28 413 [400]
873 978 48008 104 843 [500] 287 88 491 49245 801 401
71 288 780 944
50121 88 288 789 51175 288 588 848 78 [500] 52120
33 278 879 788 53166 78 282 [400] 404 283 54158 201
400 22 538 688 801 55277 [500] 848 85 58071 181 247
370 844 57083 122 88 98 437 808 70 848 816 [500] 58044
282 788 480 50029 281 458 540 878 820 78
60811 860 61548 702 62285 487 800 63194 54 481
800 64041 88 209 698 712 38 810 40 84 78 810 65049
851 66028 78 184 [500] 280 388 88 530 708 78 [500] 90
67420 68149 [500] 306 [500] 433 379 784 820 84 29 904
68181 488 272 642 822
70841 88 382 484 600 87 977 71117 530 918 41
72018 88 842 84 280 483 788 818 83 73000 [500] 28 80
111 284 88 129 841 889 74074 187 228 782 75053 178 204
28 492 878 76028 284 730 77148 867 379 434 723 78201
218 458 877 [500] 848 879 218 453 533
80896 [500] 823 81229 887 82008 70 188 800 538
417 88 [500] 875 289 83188 280 70 843 686 818 41 68 83
84287 881 85088 615 40 758 847 80 842 86022 253 282
628 88 884 884 87 87189 281 848 814 88027 218 781
89282 82 387 889
90008 88 250 410 13 278 91887 88 824 82 981
92261 281 93008 286 41 650 785 24 847 94088 [500] 153
458 75 582 742 919 95154 867 410 510 [500] 677 987

2. Ziehung 2. Kl. 224. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 11. Februar 1911, nachmittags.
Nur die Gewinne über 96 Mark sind den betreffenden
Nummern in Klammern beigefügt.
Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Lose
beider Abteilungen.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
96122 88 887 843 97008 21 228 543 681 22 74 729 27
548 43 98018 88 827 88 732 848 58 88 808 31 99347 77
721 802 [500]
100088 288 408 558 888 948 101087 801 [500]
102307 579 882 88 840 103175 206 80 470 80 840 56
88 104088 154 80 280 875 823 105188 285 248 51 817
106100 281 610 [500] 717 107488 584 717 72 108084
28 81 227 791 818 108042 274 387 803
111177 808 447 84 810 88 912 112100 282 442 553
80 700 945 119138 244 588 618 700 81 98 844 [500]
900 [500] 41 114125 424 508 684 720 50 115088 877
78 437 70 804 [500] 815 116208 388 84 84 98 442 85 517
614 748 841 88 829 117100 418 84 602 923 87 118218
340 810 78 118048 88 84 149485 77 844 970
120544 [500] 28 684 817 [500] 121108 248 847
122088 187 588 481 888 87 709 588 74 123028 88
283 78 800 748 828 124018 87 817 435 154 125081 488
818 126014 [500] 453 588 81 78 680 711 688 127118
787 818 [500] 28 128008 482 800 74 784 129000 [500]
904 77
130084 344 588 778 907 131080 80 888 80 80
488 588 824 78 132080 432 48 773 832 133000 288
604 124 134287 384 488 501 710 135080 [500] 136000
129 87 [500] 281 72 137004 90 648 138187 [500]
139107 12 88 88
140178 808 141120 212 88 887 718 843 142278
281 82 143145 87 [500] 284 488 583 778 888 87 144284
318 88 588 844 781 884 886 145488 227 146001 218
387 488 381 [500] 614 818 48 [500] 147018 182 148008
78 108 437 843 149021 488 707 884
150088 88 174 812 797 835 88 151088 843 801 8
18 28 498 828 28 152108 881 153784 284 154708 888
155179 827 156108 28 288 407 884 157017 147 217 412
588 708 158000 288 887 642 887 882 159000 401 85
[500] 891 822
160081 24 80 840 80 76 161048 88 988 162084
817 163087 312 38 442 32 78 164088 84 121 410 884
780 165188 371 [400] 168018 47 88 308 47 80 [500]
518 71 [500] 808 48 167018 200 400 [500] 458 78
168118 281 583 728 169041 218 801 [500]

Verfammlungen.

Wählt Liste 3!

lautete das Thema einer vom Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Geheulinnen einberufenen und überaus stark besuchten öffentlichen Versammlung, in der Genosse Eduard Bernstein unter allseitigem Beifall referierte. In der Diskussion forderte der Vorsitzende die anwesenden Gegner auf, ihre Angriffe aus den

Flugblättern hier vor aller Augen zu vertreten, es würde ihnen volle Redefreiheit gewährt. Doch wagte sich keiner der Herren vor. Reier vom Zentralverband kritisierte nachher in sehr launiger Weise das „Standesbewußtsein“ eines Teiles seiner Berufs-kollegen und forderte die Anwesenden dringend auf, die Kandidaten auf ihre Gesinnung und Anschauungen hin sehr sorgsam zu prüfen. Des weiteren rechnete der Redner, gestützt auf Tatsachen und unter lebhafter Zustimmung der Versammlung mit dem Deutsch-nationalen Verbände ab. Diese Wahlen sollten ein Gericht werden für die genannte Organisation und wenn jeder dazu

beitrage, so werde endlich die Zeit auch für die Handlungsgehilfen kommen, wo einer für alle und alle für einen eintreten werden. — Trotz nochmaliger Aufforderung meldeten sich die anwesenden Gegner nicht zum Worte. — Zum Schluß richtete Bernstein an die Versammlung noch einmal warme Ermahnungen und erläuterte Worte. Wenn die Wahlen am Sonntag ein Gericht für die Deutsch-nationalen werden sollen, dann müsse Mann für Mann für Liste 3 stimmen. Mit einem begeisterten Hoch war die Versammlung beendet.

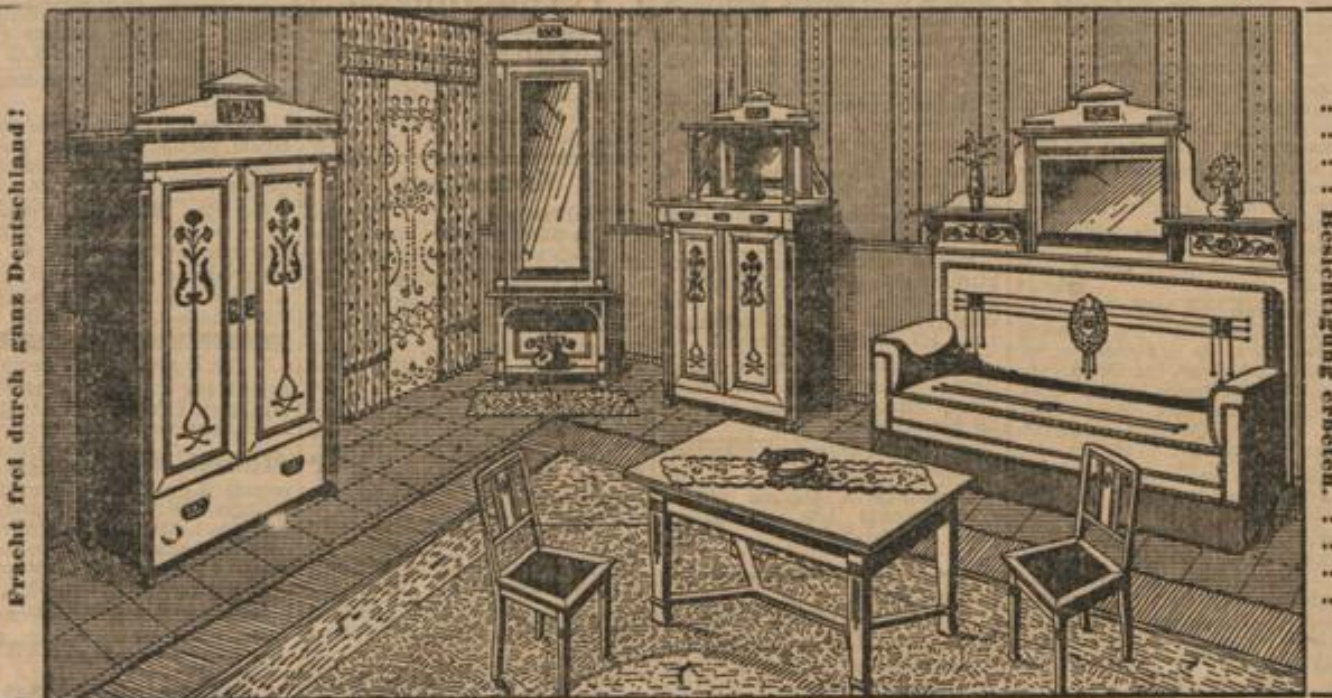
Geöffnet 8-8.

Gegr. 1879.

Sonntags 8-2.

Moebel-Boebel

Kein Laden! Verkauf nur im Fabrikgebäude: BERLIN S., Moritzplatz 58 Kein Laden! Verkauf nur im Fabrikgebäude: SPEZIALITÄT: Ein- und Zwei-Zimmer-Einrichtungen.



Wohnzimmer, echt Nußbaum furniert M. 297.—
1 Kleiderspind M. 67.— | 1 Trumeau mit Staffe M. 39.— | 1 Vertiko M. 62.—
4 Stühle a 6 H. M. 24.— | 1 Auszugtisch M. 30.— | 1 Sofa M. 75.— Umbau extra M. 50.—
Eigene Werkstätten. x x 5 Jahre Garantie. x x Musterbuch „F“ gratis.

10% Inventur-Verkauf 10%
Nach beendeter Inventur kommen zu ganz bedeutend ermäßigten Preisen zum Verkauf:
Teppiche mit kleinen Farbabweichern 26.50 19.75 12.50
Plüsch Tischdecken 11.75 9.50 6.25
Gardinen Restbestände 1-4 Fenster 6.25 4.75 1.95
Portieren, Plüsch und Tuch 9.75 6.25 2.95
Großer Posten
Felle u. Bettvorlagen 4.75 3.25 1.95
Möbelstoffreste } zu außer-
Läuferstoffreste } gewöhnlich
billigen Preisen
Während des Inventur-Verkaufs erhalten
„Vorwärts“-Leser
10% Rabatt
Teppichhaus Georg Lange
73/74, Chausseestraße 73/74.

Qualität Geschmack Ergiebigkeit
Alles ist erstklassig beim Original-
Kronen-Bouillon-Würfel
Lassen Sie sich keine minderwertigen Nachahmungen aufreden

Es bringt Goldfische, Gupfins, Süßwasserfische!
Ein buntes Leben in Ihren Aquarien!

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.
Kleine Anzeigen
ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Teppiche (Gardinen) Gelegenheitsverkauf.
Gardinenhaus.
Bücher des deutschen Hauses.
Teppiche (Gardinen) in allen Größen.
Wilder kaufen Sie direkt Rabat bei Bogdan.
Vorwärtsleiter erhalten fünf Prozent Extrarabatt.
Teppich-Thomas.
Monatssätze, Paletots, wenig getragene.
Lieferwagen und alle Sorten Räder.

Umwanderung wegen verkaufte Grundstück.
Händehalter.
Monatssätze, Winterpaletots.
Schönhauser Allee.
Händehalter.
Händehalter.
Händehalter.
Händehalter.

Herrmannplatz 6.
Händehalter.
Händehalter.
Händehalter.
Händehalter.

Herrn-Garderobe nach Maß.
Teichengrund.
Gadronen ohne Anzahlung.
Händehalter.

Salontypische!
Händehalter.
Händehalter.
Händehalter.

Grundstück, 107,9 Quadratrußen.
Betten werden mit Dampf gereinigt.
Zuschneidemaschine.
Händehalter.

